



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Gaza in der Krise.“  
„Perspektiven für eine Zweistaatenlösung.“

Verfasserin

Barbara Irene Wohlfahrt

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Studienrichtung lt. Studienblatt:  
Betreuer:

A300  
Politikwissenschaft  
Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer



## Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

---

Datum

---

WOHLFAHRT, BARBARA IRENE



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung</b>	<b>8</b>
<b>2 Historischer Überblick</b>	<b>10</b>
2.1 Theodor Herzls Judenstaat	11
2.2 Britische Politik vor 1917 – Balfour-Deklaration	13
2.3 Mandatsmacht Großbritannien	16
2.4 Jüdische Einwanderung nach Palästina	18
2.5 Der palästinensische Aufstand zwischen 1936 und 1939	21
2.6 Die Weißbuchpolitik	24
2.7 Die letzten Etappen bis hin zur Staatsgründung 1948	26
2.8 Unabhängigkeitskrieg 1948/1949	30
<b>3 Schicksalsjahr 1967</b>	<b>33</b>
3.1 Die letzten Wochen und Tage vor dem Kriegsausbruch 1967	34
3.2 Drei Fronten ein Gegner	41
3.3 Unüberlegte Provokationen	44
3.4 Friedensverhandlungen	46
3.5 Die israelische Besatzungspolitik nach 1967	51
<b>4 1973 - Jom-Kippur-Krieg</b>	<b>55</b>
<b>5 1987 – Koordinierter Befreiungskampf oder gewalttätiger Widerstand?</b>	<b>57</b>
5.1 Was war der Auslöser für den Ausbruch der Intifada 1987?	59
5.2 Israelische Reaktionen	60
5.3 Gaza in der Rolle des Anführers?	61
5.4 Die Palästinensische Befreiungsorganisation - PLO	62
5.5 Koordinierte Gewaltaktionen?	66
5.6 Hamas	67
5.7 Politische Erfolge der Intifada Aktivisten	71
<b>6 1990er Jahre – Hoffnung auf Frieden?</b>	<b>74</b>
6.1 Friedenskonferenz in Madrid	75
6.2 Osloer Prinzipienklärung 1993	77
6.3 Interimsabkommen – Oslo II	79

6.4 Camp David	82
6.5 Al-Aksa Intifada	84
6.6 Hamas – Einleitung der Selbstmordattentate	85
<b>7 Krisenherd Gaza</b>	<b>88</b>
7.1 Rückzug aus dem Gazastreifen	89
7.2 Palästinensische Parlamentswahlen	91
7.3 Gaza Invasion 2006	93
7.4 Gaza-Krieg 2008/2009	95
<b>8 Schlussfolgerungen</b>	<b>98</b>
<b>9 Quellenverzeichnis</b>	<b>102</b>
9.1 Literatur	102
9.2 Zeitungsartikel	104
9.3 Internetquellen	105
<b>10 Anhang - Landkarten</b>	<b>106</b>
10.1 1947 – UN Teilungsplan	106
10.2 1949-1967 Waffenstillstandslinie	107
10.3 1967 – Israel nach dem Sechstagekrieg	108
10.4 2005 – Israelischer Abzugsplan	109
<b>11 Abstract</b>	<b>110</b>
<b>12 Lebenslauf</b>	<b>111</b>



# 1 Einleitung

Den Ausgangspunkt des jahrzehntelangen Konflikts zwischen Juden und Palästinenser stellt definitiv die Politik Großbritanniens am Beginn des 20. Jahrhunderts dar. Den Konfliktparteien wurden unterschiedliche Versprechungen unterbreitet, die letztlich nur dazu dienten, die eigenen Interessen im Nahen Osten durchzusetzen. Im Grunde genommen war die britische Vorgehensweise der Wegbereiter dafür, dass Juden und Palästinenser ein und dasselbe Territorium für das jeweils eigene Volk beanspruchen.

Mit der Verabschiedung der UN-Resolution 181 wurden am 29. November 1947 ein jüdischer und ein arabischer Staat vorgesehen. Die Vereinten Nationen hofften mit der von ihnen angestrebten Zweistaatenlösung den Konflikt zu einem Ende zu bringen. Im Grunde genommen konnte jedoch dadurch keine Lösung herbeigeführt werden, da Israel in diesem Zusammenhang die Möglichkeit ergriff einen unabhängigen Staat zu gründen, welchen sie auch mit der Staatsgründung am 14. Mai 1948 besiegelten. Im Gegensatz zur palästinensischen Seite, die den UN-Teilungsplan ablehnte und auch letztlich das ihnen zugewiesene Gebiet verlor. Das Schicksal nahm somit seinen Lauf. In den folgenden Jahrzehnten musste sich Israel in mehreren Verteidigungskriegen seinen arabischen Nachbarstaaten stellen. Die Forderung der Palästinenser nach einem eigenen Staat konnte im Zuge der Stellvertreter-Kriege, zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten, nicht erfüllt werden.<sup>1</sup> Besonders ausschlaggebend für die Zukunft der Palästinenser war der Sechstagekrieg im Jahr 1967. Die Besatzungspolitik, welche fortan von der israelischen Regierung geführt wurde, machte eine Herausbildung

---

<sup>1</sup> Vgl. Steininger, Rolf (2003): Der Nahostkonflikt. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 2, 38 f.;  
Vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt. (2. Auflage), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11;  
Vgl. Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern, (8. Auflage), München: Piper, S. 270 f.

eines eigenständigen palästinensischen Staates nahezu unmöglich. Die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser wurde für die Weltöffentlichkeit vor allem im Zuge der Intifada 1987 augenscheinlich. Der Osloer Friedensprozess in den 1990er Jahren ließ jedoch erstmals die Hoffnung auf Frieden aufkeimen.

Im Verlauf der Jahre kristallisierte sich auf palästinensischer Seite, neben der Palästinensischen Befreiungsorganisation, noch eine zweite politische Kraft namens Hamas heraus. Vom palästinensischen Volk wurde sie zunehmend als vertrauenswürdige und wählbare Bewegung wahrgenommen. Die Islamische Widerstandsbewegung, mit Sitz im Gazastreifen, wurde allerdings über die Jahre zum direkten Kontrahenten Israels. In den Gazakriegen 2006 sowie zum Jahreswechsel 2008/2009 stellte sich indes heraus, dass Israel trotz seiner militärischen Vormachtstellung, an seine Grenzen geriet. Infolgedessen versuchte ich im Laufe meiner Arbeit die wichtigsten Eckpfeiler der Geschichte Israels aufzuarbeiten, um eine mögliche Erklärung für die Teils auswegslose Situation zu erhalten, und ob aufgrund der Machtverhältnisse, die im Gazastreifen vorherrschen, eine Zweistaatenlösung überhaupt noch im Bereich des Möglichen liegt.

## 2 Historischer Überblick

Israel stellt seit der von Theodor Herzl proklamierten „jüdischen Heimstätte“ in Palästina, 1896, einen Brennpunkt der Geschichte dar. Allerdings war nicht die Politik Herzls sondern die von Großbritannien, am Beginn des 20. Jahrhunderts, für den noch immer andauernden „israelisch-arabischen Konflikt“ ausschlaggebend. Den Konfliktparteien wurden von britischer Seite unterschiedlichste Versprechungen unterbreitet. Diese dienten vor allem dazu, die eigenen Interessen in der Region durchzusetzen beziehungsweise eine Abgrenzung zwischen dem französischen und britischen Einflussgebieten vorzunehmen. Als die Zionisten jedoch die Schaffung einer „nationalen Heimstätte“, mit Hilfe jüdischer Einwanderung, vorantreiben wollten, spitze sich die Lage zwischen den Juden und den Palästinensern beträchtlich zu. Die Problematik, dass einerseits ein „Großarabisches Reich“ sowie ein „jüdischer Staat“ den Parteien in Aussicht gestellt wurde, zeichnete sich vor allem im palästinensischen Aufstand zwischen 1936 und 1939 ab. Um eine Lösung des Konflikts herbeizuführen, wurde von Großbritannien erstmals 1937 eine Zweistaatenlösung ins Auge gefasst. Allerdings war England, kurz vor Eintritt in den Zweiten Weltkrieg darum bemüht, die Araber für ein gemeinsames Kriegsvorgehen gegen Hitler zu gewinnen. Folglich sahen es die Briten nicht mehr als ihre Aufgaben an, einen jüdischen Staat zu errichten. Die Spannungen zwischen den Zionisten und der britischen Mandatsmacht wurden letztlich unüberwindbar. Infolgedessen sahen führende Zionisten in den Amerikanern einen neuen Verbündeten. Letztlich verabschiedeten die Vereinten Nationen am 29. November 1947 die UN-Resolution 181, welche einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah. Folglich wurde mit der Gründung Israels, am 14. Mai 1948, der UN-Beschluss besiegelt. Allerdings musste sich Israel, bereits einen Tag später im „Unabhängigkeitskrieg“ seinen arabischen Nachbarn stellen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Steininger, Rolf (2003): Der Nahostkonflikt, S. 2 ff., 9 ff. 15, 20 ff., 30, 38 ff., 73.

## 2.1 Theodor Herzls Judenstaat

Nach dem Ausbruch der „Dreyfus Affäre“ im Jahr 1894 und den anhaltenden antisemitischen Exzessen in Frankreich, fasste der assimilierte Wiener Journalist Theodor Herzl im Alter von 34 Jahren den Entschluss, dem Problem des Antisemitismus durch einen „jüdischen Exodus“ Einhalt zu gebieten. Mit seinem Werk „der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“, welches den Beginn des „modernen Zionismus“ widerspiegelt, machte er im Februar 1896 deutlich, dass durch die Schaffung einer jüdischen Heimstätte dem allgegenwärtigen Antisemitismus gegengesteuert werden kann. Herzl war sich bewusst darüber, dass das von ihm angestrebte Ziel nur durch unzählige Debatten, Verhandlungen und publizistische Meisterleistungen erreichbar sein wird. Interessanterweise sah Herzl, das zukünftige politische Zentrum nicht zwingend in Palästina. Ein Gebiet in Argentinien oder in Afrika wurde von Herzl nicht ausgeschlossen.

Bis zum ersten „Zionistenkongress“ in Basel, 1897, waren die Reaktionen auf Herzls Anschauungen eher verhalten wenn nicht sogar ablehnend. Assimilierte Juden sahen sich nicht als eine Nation, da sie nur der Glaube an ein und denselben Gott verbindet. Für strenggläubige Juden stand hingegen die Sehnsucht, und nicht die Verwirklichung in das „Gelobte Land“ zurückzukehren im Vordergrund. Der Wiener Journalist war nach Moses Hess, Leon Pinsker oder Nathan Birnbaum zwar nicht der erste, der einen jüdischen Staat in Palästina proklamierte, beziehungsweise das Wesen des Zionismus prägte, jedoch wurde mit Herzl aus der national-jüdischen Bewegung eine politische, der er als Leitfigur vorstand. Erst nach dem Basler Kongress im Sommer 1897 bekam die Debatte rund um den Zionismus den ausschlaggebenden Startschuss. Dies wurde einerseits durch den unerbitterlichen Kampf Herzls, der bis zu seinem frühen Ableben 1904 für die Verwirklichung seiner nationalen Heimstätte kämpfte,

begünstigt. Andererseits stellten die 204 Abgeordneten, die dem Kongress beiwohnten, mit ihrer Gründung des „Zionistischen Weltkongresses“ und der Verabschiedung einer Resolution, aus der hervorgeht,<sup>3</sup> dass „der Zionismus für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina erstrebt“<sup>4</sup>, die Weichen für die Gründung des Staates Israels im Jahr 1948. Wobei nach dem Basler Kongress die von Herzl und seinen Anhängern gern angewendete Formel,<sup>5</sup> „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“<sup>6</sup>, nicht zu dem erhofften Ergebnis führte, die dort ansässige Bevölkerung aus Palästina zu verdrängen.

Unmittelbar nach dem Kongress im Sommer 1897 richtete der Zionistische Weltkongress einen „Nationalfond“, eine „jüdische Kolonisationsbank“ sowie eine „Entwicklungsgesellschaft“ ein. Durch diese Maßnahmen wurde das Ziel ins Auge gefasst, für die jüdische Bevölkerung Land zu erwerben, um sie in Palästina anzusiedeln. Weiters war für dieses Vorhaben vor allem die Legitimation einer Großmacht maßgebend. Theodor Herzl fasste zunächst den Entschluss, auf Deutschland zu setzen. Jedoch war der Sultan des Osmanischen Reiches, Palästina war ein Teil davon, nicht bereit Länderein an Juden zu veräußern. Mit dem Kriegseintritt 1914, an der Seite von Österreich-Ungarn und Deutschland, änderte sich jedoch relativ rasch die geographische Einflusssphäre des Sultans. Das Osmanische Reich wurde 1918 geteilt, und fortan unterlag der Nahe Osten einer politischen Neuordnung unter der Vorherrschaft Großbritanniens.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. Steininger, Rolf (2003): Der Nahostkonflikt, S. 3 ff.

<sup>4</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 7.

<sup>5</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 8.

<sup>6</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 8.

<sup>7</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 8 f.

## 2.2 Britische Politik vor 1917 – Balfour-Deklaration

Während des Ersten Weltkrieges begab sich Großbritannien auf die Suche nach potentiellen Verbündeten, die sie mit weitreichenden Versprechungen köderten, welche allerdings auf die weitere politische Situation im Nahen Osten enormen Einfluss nahmen. Das erste Abkommen wurde in einem Briefwechsel zwischen Sir Henry McMahon, „britischer Hochkommissar in Ägypten“, und Hussein, dem „Scherifen von Mekka“ am 24. Oktober 1915 festgelegt. Die Korrespondenz die allerdings erst im Jahr 1939 an die Öffentlichkeit gelang beinhaltete folgendes<sup>8</sup>:

*„Großbritannien sei bereit, die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen und zu unterstützen innerhalb der Länder, die in den vom Scherif von Mekka vorgeschlagenen Grenzen liegen. Dies werde zu einer festen und dauerhaften Allianz führen, deren unmittelbare Ergebnisse die Vertreibung der Türken aus den arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker vom türkischen Joch sein werden, das seit vielen Jahren schwer auf ihnen gelastet hat.“<sup>9</sup>*

Das Abkommen blieb allerdings sehr vage hinsichtlich der Länder beziehungsweise der Gebiete, welche das „Großarabische Reich“ letztlich einschließen soll. Weiters war aus der Sicht Großbritanniens „die syrische Mittelmeerküste“ davon vollkommen ausgenommen. Dazu zählte neben Palästina auch der heutige Libanon. Am 15. Juni 1916, acht Monate nach dem legendären Briefwechsel, kam es allerdings zum Krieg zwischen den Arabern und der Türkei.

Anhand des „Sykes-Picot-Abkommen“, vom 16. Mai 1916, wurde ersichtlich, aus welchen Gründen England ein Großarabisches Reich weder akzeptieren noch umsetzen konnte. Aus dem Abkommen, welches unter dem britischen Nahostexperten Sir Marc Sykes und dem in Beirut ansässigen Generalkonsul Frankreichs, Charles Georges Picot

---

<sup>8</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 9 f.

<sup>9</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 10.

noch während des Krieges ausverhandelt wurde, gehen die zukünftigen Einflussphären der Briten und der Franzosen im Nahen Osten hervor. Wenn man vom Grenzverlauf der heutigen Staaten ausgeht, so verlief die britische Interessenszone - sie sollte als Verbindungsweg nach Indien dienen - vom Mittelmeer bis hin zum Irak. Genauer gesagt stand der südliche und mittlere Teil des Iraks unter britischer Einflusszone. Weiters erhielt die „Bucht von Haifa“ den Sonderstatus einer „britischen Enklave“. Für die Briten war Haifa aus zweierlei Gründen interessant. Einerseits sollte von dort aus eine Eisenbahnlinie direkt nach Bagdad führen. Andererseits sollte Haifa den Briten als Endstation der Ölpipeline aus dem Irak dienen. Das französische Einflussgebiet erstreckte sich dem Abkommen nach über den Libanon, Nordgaliläa und Syrien. Palästina, das bis dahin größtenteils Syrien zuzurechnen war, sollte unter „internationale Verwaltung“ gestellt werden.<sup>10</sup> „Der von den Briten den Arabern zugesagte Staat sollte in eine französische Einflusszone im Norden und eine britische im Süden aufgeteilt werden“.<sup>11</sup>

Am 2. November 1917 erteilte der „britische Außenminister Arthur James Balfour“ die bis dahin wohl wichtigste Zusage an die „Zionistische Föderation“ in England, genauer gesagt, an deren Präsidenten Lord Lionel Walter Rothschild. Durch die sogenannte „Balfour-Deklaration“, in der erstmals das britische Empire von einer jüdischen Heimstätte in Palästina spricht, erreichte die zionistische Bewegung einerseits einen unglaublichen diplomatischen Erfolg, andererseits stellte die Deklaration ebenso den Ausgangspunkt eines bis heute andauernden Konfliktes dar.<sup>12</sup>

*„Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, um die Erreichung dieses*

---

<sup>10</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 10 f.

<sup>11</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 11.

<sup>12</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 11 f.

*Zieles zu erleichtern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, dass dabei nichts geschieht, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der in Palästina bestehenden nicht-jüdischen Gemeinden oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.“<sup>13</sup>*

Mit dieser dritten und politisch wohl am weitest reichenden Zusage, neben dem arabischen Großreich und dem Sykes-Picot-Abkommen, übernahmen für die nächsten 30 Jahre die Briten die weitgehende Kontrolle über den Nahen Osten. Dies wurde teils durch die Kapitulation des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg und wiederum durch das Sykes-Picot-Abkommen mit den Franzosen herbeigeführt. Wie bereits erwähnt wurde im Abkommen vom 16. Mai 1916, Palästina unter internationale Verwaltung gestellt. Unter den britischen Machthabern setzte sich aber relativ rasch die Meinung durch, um den Suezkanal und Ägypten zu sichern, dass Palästina unter britischer Herrschaft stehen muss, da jede andere politische Konstellation eine ernsthafte Bedrohung für das Empire darstellen würde.

Chaim Weizmann, Anführer der zionistischen Bewegung in England und erster israelischer Staatspräsident 1948, nutzte die Ziele der Briten gekonnt, um die nationale Heimstätte der Juden in absehbare Reichweite zu manövrieren. Weizmann gelang es mit Hilfe seiner gesellschaftlichen Kontakte, einflussreiche Persönlichkeiten für die Idee eines jüdischen Staates zu begeistern. Demnach wurden Lord Lionel Walter Rothschild und Chaim Weizmann vom britischen Außenminister um einen Entwurf betreffend der Deklaration gebeten. Hinter diesem Schritt standen letztlich verschiedenste Gründe. Das ausschlaggebendste Motiv war wohl jenes, die amerikanischen Juden soweit für die Sache zu gewinnen, dass Präsident Wilson die ihm

---

<sup>13</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 73.

nahestehenden Juden soweit überzeugen konnte, dass einer Besetzung Großbritanniens in Palästina nichts mehr entgegenzusetzen war.

Die Briten verfolgten mit der Balfour-Deklaration ganz offensichtlich das Ziel, ihre politische Vormachtstellung in Palästina zu sichern, jedoch war der Wortlaut des Dokuments nicht zu ihren eigenem Vorteil gewählt, da auf diese Weise die eindeutige Unterstützung zu Theodor Herzls proklamierten „Judenstaat“ fiel.<sup>14</sup>

## 2.3 Mandatsmacht Großbritannien

Nach der Kapitulation des Osmanischen Reiches, 1918, unterlag der Nahe Osten einer geographischen Neuordnung, die vor allem von den Briten und in gewisser Weise auch von den Franzosen politisch gesteuert wurde. Bis 1922 wurden dort jene politischen Gegebenheiten geschaffen, wie sie größtenteils auch heute noch existieren.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es für die Araber augenscheinlich, dass das britische Empire während des Krieges ein Doppelspiel betrieb, und dass demnach das Großarabische Reich nur ein leeres Versprechen seitens der Engländer blieb. Dieser Umstand resultierte einerseits aus dem mit den Franzosen ausgehandelten Sykes-Picot-Abkommen, welches England unbedingt einhalten musste, und der Balfour-Deklaration. Als die Deklaration in Palästina veröffentlicht wurde, fiel die Reaktion von Seiten der Araber dahingehend aus, dass umgehend eine „arabisch-palästinensische Nationalbewegung“ ins Leben gerufen wurde. Daraufhin verkündete im Februar 1919 der „Palästinensische Nationalkongress“<sup>15</sup>: „Der Bezirk Südsyrien oder Palästina soll nicht von der unabhängigen arabisch-syrischen Regierung getrennt werden.“<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 11, 73 f.

<sup>15</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 11 f.

<sup>16</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 12.

Im April 1920 wurden letztendlich in San Remo die endgültigen Einflusssphären der Franzosen und der Engländer abgesteckt. Wie bereits bemerkt, wurden der Libanon und Syrien unter französisches- der Irak und Palästina unter britisches Mandat gestellt. Die Grenzen wurden zum damaligen Zeitpunkt fast bildlich mit dem Lineal gezogen. Beispielsweise wurde das östliche Gebiet vom Jordan abgetrennt, damals unterstand es noch Palästina, und als Transjordanien etabliert. Weiters ist auch der Irak ein Produkt, das ausschließlich den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Briten diene, die ohne Rücksichtnahme auf die vorhanden Probleme oder Bevölkerungsgruppen ihre willkürliche Grenzziehung vollzogen. Trotz dieser einseitigen Vorgehensweise und den daraus resultierenden Problemen die in den nächsten Jahrzehnten, speziell im Irak, auf massivste Weise ans Tageslicht traten, war zum damaligen Zeitpunkt das eigentliche Problem Palästina. Demzufolge wurde für das Land, vom Völkerbund, am 24. Juli 1922, Großbritannien als Mandatsmacht vorgesehen. Der Vertragstext beinhaltete, dass in Zukunft England für die Umsetzung der Balfour-Deklaration, die wortwörtlich übernommen wurde, ab sofort verantwortlich ist. Folglich wurden weitere Artikel festgelegt, in denen die weitere Vorgehensweise Londons, betreffend der zukünftigen Entwicklung in Richtung einer nationalen Heimstätte geregelt wurde. Im Mittelpunkt stand hierbei insbesondere die Anerkennung der „Jewish Agency“ – zionistisches Verwaltungsorgan - um mit deren Hilfe die Errichtung des „Judenstaates“ maßgeblich voranzutreiben. Weiters wurde in den Mandatstext,<sup>17</sup> die „Anerkennung der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina“<sup>18</sup> aufgenommen. Der damalige britische Außenminister Lord Curzon stand dieser Formulierung zunächst äußerst skeptisch gegenüber, da dieser Artikel als Grundlage zukünftiger zionistischer Forderungen missbraucht werden könnte.

---

<sup>17</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 14 ff;

Vgl. Gresh, Alain (2009): Israel – Palästina. Hintergründe eines Konflikts, Zürich: Unionsverlag, S. 43.

<sup>18</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 16.

Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es dem britischen Empire, das von ihnen angestrebte Ziel, die Kontrolle über strategische und wirtschaftlich bedeutende Gebiete im Nahen Osten zu erlangen.

Im Gegensatz zu den Arabern, feierten die Zionisten ihre ersten diplomatischen Erfolge, die alsbald mit der „organisierten“ jüdischen Einwanderung eine Art Eigendynamik annahmen. Demzufolge waren in Palästina die wesentlichen, politischen Akteure versammelt, deren Wege sich nun ständig kreuzten.<sup>19</sup>

## 2.4 Jüdische Einwanderung nach Palästina

An den Einwanderungswellen nach Palästina war die sogenannte Jewish Agency maßgeblich beteiligt. Wobei die zionistische Bewegung zunächst, bis zur Machtergreifung Hitlers, 1933, in Deutschland, Schwierigkeiten hatte, die Leute zu mobilisieren. Das Verwaltungsorgan der Zionisten konnte sich aber immerhin innerhalb weniger Jahre soweit etablieren, dass es in Palästina zu einer Art Schattenregierung avancierte. Dadurch konnte die fortschreitende Errichtung einer nationalen Heimstätte durch wirtschaftliche wie politische Maßnahmen weitgehend vorangetrieben werden.

Politische Verfolgung, welche viele Emigranten in ihren Herkunftsländern erlebten, war für viele der ausschlaggebende Punkt nach Palästina, auszuwandern. Die antijüdischen Pogrome, die zunächst in Osteuropa und in Russland ihren Ausgang nahmen, spiegelten sich zum Teil auch in den Einwanderungswellen wieder. Zwischen 1919 und 1923 immigrierten in etwa 35.000 Personen ins „Gelobte Land“. Einen Großteil dieser Zahl machten russische Juden aus, die infolge der Revolution, in der 70.000 Juden den Tod fanden, zuzogen. In den darauf folgenden zwei Jahren weist die Statistik einen leichten Anstieg der Quote auf, da Washington die Einwanderung in die

---

<sup>19</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 15 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 44.

Staaten reglementierte und Polen antijüdische Handlungen setzte. Am Ende der 1920er Jahre wanderten hingegen aufgrund der Wirtschaftskrise sogar mehr Juden aus Palästina aus, als einwanderten.

Innerhalb dieser Jahre kam es vermehrt zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und Juden. Die antizionistischen Aktionen wurden vom Mufti Palästinas, Amin al Husseini, geleitet. Nachdem Husseini, 1921, von den Briten zum geistigen Führer Palästinas ernannt wurde, erklärte er sich bald danach selbst zum „Großmufti von Jerusalem“. Im Jahr 1929 nahmen die Konflikte schließlich eine bis dahin noch nie dagewesene Dimension an. Husseini sprach sogar vom „Heiligen Krieg“, welcher 116 Palästinensern und 133 Juden letztlich das Leben kostete. Nachdem alleine in Hebron 67 Juden durch die brutalen und unsäglichen Zusammenstöße ihr Leben verloren, setzte die Mandatsmacht Großbritannien eine sogenannte Untersuchungskommission ein. Aus dem Endbericht der Kommission ging einerseits hervor, dass für die Massaker, unter anderem in den Orten Safed und Hebron, die Araber verantwortlich sind. Andererseits wurde ihnen jedoch ein gewisses Verständnis für ihr Tun und Handeln entgegengebracht, da die Eskalationen auf den Ängsten ihre existenzielle Grundlage zu verlieren beruhen. Da sich das gegenseitige Verständnis von Juden und Palästinensern in Grenzen hielt, wurde in einem „Weißbuch“ festgehalten, dass nur noch die Ländereien, die sich im Besitz der Jewish Agency befänden für neue Siedler zugänglich sind. Diesbezüglich wurde der Mandatsmacht ebenso empfohlen, die jüdische Einwanderung nach Palästina zahlenmäßig zu beschränken. Weiters wurde im Weißbuch erwähnt, dass das zionistische Verwaltungsorgan politisch keinen Status inne hat, sowie dass die britische Regierung dafür verantwortlich ist, ihre Verpflichtungen gegenüber den Arabern und den Zionisten gleichwertig zu erfüllen.

Die Vorgehensweise der Briten wurde von Chaim Weizmann, er stand seit 1920 der „Zionistischen Weltorganisation“ vor, und der Allgemeinheit dahingehend interpretiert, dass für jede weitere Entwicklung im Hinblick auf die jüdische Heimstätte, die Zustimmung der Palästinenser vonnöten sei, und dass für die britische Regierung die Errichtung dieser bereits weitgehend abgeschlossen sei. 1931 gelang es allerdings Weizmann, nach unzähligen politischen Interventionen, den britischen Premier Ramsay MacDonald dahingehend zu überzeugen, den Inhalt des Weißbuches nochmals zu überdenken. Nachdem MacDonald den Mandatstext aus dem Jahr 1922 bestätigte, stand den Zionisten somit vorerst nichts mehr im Wege.

Wenn man sich die Einwanderungszahlen nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ansieht - zwischen 1932 und 1938 emigrierten aus Österreich, der damaligen Tschechoslowakei und Deutschland fast 200.000 Juden nach Palästina - wird die Notwendigkeit ersichtlich, mit welcher Weizmann den Mandatstext so massiv verteidigte. 1934 formulierte David Ben Gurion, Zionist und erster Premierminister Israels 1948, die Situation folgendermaßen<sup>20</sup>:

*„Die Herrschaft Hitlers gefährdet das jüdische Volk in seiner Gesamtheit; jedoch nicht nur das jüdische Volk. Es besteht kein Zweifel daran, dass wir jetzt ebenso wie 1914 an der Schwelle eines Krieges stehen, und dieser wird, wenn es so weit ist, furchtbarer sein als der vorangegangene.“<sup>21</sup>*

Ein Jahr später ging Gurion in seinen Ausführungen noch einen Schritt weiter und er kommentierte die steigenden Einwanderungszahlen, die durch die verheerende Situation in Deutschland bedingt waren, sogar als Segen für den Zionismus.<sup>22</sup> Weiters meinte er: „wenn den Massen

---

<sup>20</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 12, 17 ff.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 47 f., 52.

<sup>21</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 19.

<sup>22</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 19.

das Wasser nicht bis zum Hals gestiegen wäre, so wären sie nicht ins Land gekommen.“<sup>23</sup>

Wie bereits erwähnt, war es der Jewish Agency in den 1920er Jahren nicht möglich die Massen zu mobilisieren. Erst mit der sich zu verschärfenden Lage, besonders in Deutschland, Österreich und Osteuropa, strömten die Massen, solange eine Flucht noch einigermaßen möglich war, nach Palästina. Demzufolge ist der radikalen Wortwahl Gurions durchaus etwas abzugewinnen, da sie meines Erachtens indirekt auf die enorme Wichtigkeit hinweist, dass innerhalb dieses Zeitraums der Mandatstext aus dem Jahr 1922 erneut von britischer Seite bestätigt wurde.

## 2.5 Der palästinensische Aufstand zwischen 1936 und 1939

Wie bereits am Ende der 1920er Jahre, spitzte sich die Lage zwischen 1936 und 1939 erneut zu. Die Situation der Araber verschlechterte sich zunehmend, obendrein sah sich der überwiegende Teil selbst als Verlierer an. Für das „Arabische Hochkomitee“ war es somit im April 1936 an der Zeit, einen Generalstreik auszurufen. Ausschlaggebend war dafür vor allem die beschleunigte jüdische Einwanderung nach Hitlers Machtergreifung 1933. Vorsitzender des Arabischen Hochkomitees war der selbsternannte Großmufti von Jerusalem, Amin al-Husseini. Erstmals waren innerhalb dieses Komitees nahezu alle palästinensischen Parteien und Strömungen vertreten. Nur einen Monat später, im Mai 1936, richtete sich der Aufstand dann nicht mehr alleine gegen die jüdische Bevölkerung, sondern ab sofort auch gegen die Mandatsmacht Großbritannien. Der Streik war beispielsweise durch Guerillaaktionen, öffentliche Protestkundgebungen, Steuerverweigerungen sowie durch die Forderung gekennzeichnet, dass die jüdische Einwanderung nach Palästina gestoppt werden soll.

---

<sup>23</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 19.

Die Entscheidung des Arabischen Hochkomitees, den Aufstand auch auf die Briten auszuweiten, glich einem fehlerhaften politischen Kalkül, welches auch zum Ende des Aufstandes beitrug. Auf die unbedachte Handlungsweise der Araber antwortete das Empire in etwa mit 20.000 Soldaten. Gleichzeitig wurde es den Zionisten von nun an ebenso gestattet, sich militärisch zu rüsten. Folglich wurde im Oktober 1936 die erste Phase des Generalstreiks unter der Vermittlung der Staatsoberhäupter Transjordaniens, des Iraks sowie Saudi Arabiens, aufgrund des mangelnden Erfolges, als beendet erklärt. Als sogenannte Gegenleistung an die arabischen Staatsoberhäupter schränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einreisebewilligungen auf massivste Weise ein. Die geforderte Quote von Seiten der Jewish Agency betrug für das nächste halbe Jahr 11.200. Die Briten genehmigten allerdings nur mehr 17 Prozent, sprich 1800 Anträge der ursprünglich geforderten Höhe.

Parallel dazu wurde von London eine Untersuchungskommission eingesetzt, die am 7. Juli 1937, den namentlich bekannten „Peelbericht“ präsentierte. Aus dem Bericht, der unter der Leitung von Lord Robert Peel zustande kam, ging eindeutig hervor, dass aufgrund der unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Konfliktparteien eine zwei Staaten Lösung unausweichlich ist. Wobei Jerusalem sowie weitere heilige und strategische Plätze fortan unter der Verwaltung von Großbritannien stünden. Der Teilungsplan sah vor,<sup>24</sup> dass der „nördliche Bereich Galiläas bis südlich von Nazareth und die Gebiete von der libanesischen Grenze bis südlich von Jaffa – das arabisch bleiben sollte“<sup>25</sup> – den jüdischen Staat bilden sollte. Das entspricht in etwa 20 Prozent vom geplanten arabischen Staat. Der Teilungsplan wurde von den Arabern sofort abgelehnt, da einerseits das ökologisch ergiebigste Gebiet Palästinas an den jüdischen Staat gefallen wäre. Andererseits wäre mit der angestrebten Staatenlösung auch eine Bevölkerungsumsiedelung einhergegangen. Die arabische Bevölkerung

---

<sup>24</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 20 ff; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 52 f.

<sup>25</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 22.

wäre von dieser weit aus schwerer betroffen gewesen als die jüdische. Über 200.000 hätten vom vorgesehenen jüdischen- ins arabische Gebiet übersiedeln müssen. Im Gegensatz zu nicht einmal 1.300 Juden.

Die Zionisten äußerten sich zunächst skeptisch gegenüber dem Peelbericht, da ihnen das zugewiesene Gebiet vorerst als zu klein erschien. Dies änderte sich jedoch mit dem „20. Zionistenkongress in Zürich“, als David Ben Gurion darauf verwies, dass möglicherweise mit der Annahme des Plans das eigentliche Ziel in greifbare Nähe rückt. Ein weiterer Grund, dem Peelbericht zuzustimmen, war die Souveränität, die ein unabhängiger Staat mit sich bringt. Demnach wäre eine uneingeschränkte jüdische Einwanderung möglich gewesen, die aufgrund der Situation in Deutschland immer mehr an Bedeutung gewann.

Nachdem sich die Araber außer Stande sahen dem Peelbericht beziehungsweise der britischen Vorgehensweise zuzustimmen, leiteten sie als politische Gegenreaktion die zweite Phase ihres Aufstandes im September 1937 ein. Diese war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sich hunderte von Gruppen dem bewaffneten Widerstand anschlossen. Die begehrten Angriffspunkte stellten neben den jüdischen Siedlungen ebenso Regierungsbeamte der Mandatsmacht dar. Nachdem in nur wenigen Wochen Städte und Verbindungswege unter der Kontrolle der Aufständischen standen, schloss sich die <sup>26</sup> „jüdische paramilitärische Selbstverteidigungsorganisation Haganah“<sup>27</sup> mit den Briten zusammen. Obwohl die Briten mit äußerster Härte gegen die Bewegung voringen, konnte das Ende des Aufstandes erst im Frühjahr 1939, aufgrund des „Münchener Abkommens“, herbeigeführt werden. Das Abkommen, das vorerst den Frieden in Europa sicherte, ermöglichte dem Empire zusätzliche Truppen in Palästina zu stationieren. Die Briten standen während des Aufstandes willensstarken Gruppierungen gegenüber, die

---

<sup>26</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 22 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 53.

<sup>27</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 23.

trotz einer nicht vorhandenen einheitlichen Führungsriege und unterschiedlichen Zielvorstellungen der Mandatsmacht bis zur militärischen Aufstockung Stand hielten.

Auf arabischer Seite verloren schätzungsweise mehr als 1.700 Menschen, alleine 1938 ihr Leben. Weiters wurden hunderte von Häuser und Wohneinheiten gesprengt und über tausende Personen wurden verhaftet. Die Bilanz auf arabischer Seite war somit erschreckend. Zusätzlich mussten sich die Araber auch der Tatsache stellen, dass sie ohne jegliche Führung waren und durch innere Disputen vollkommen gespalten waren.

Im Gegensatz dazu gingen die Zionisten eindeutig gestärkt aus der Revolte hervor: Die Opferbilanz hielt sich im direkten Vergleich auf einem sehr niedrigen Niveau. Weiters intensivierte sich auch kurzfristig das Verhältnis zwischen der Jewish Agency und der britischen Regierung.<sup>28</sup>

## 2.6 Die Weißbuchpolitik

Angesichts dessen, das ein Krieg mit Nazi-Deutschland als unumgänglich erschien, wurde es für Großbritannien von enormer Wichtigkeit, neben den Zionisten auch die arabischen Staaten als Verbündete gegen Hitler zu gewinnen. Die Ambitionen und das Engagement, welches Großbritannien bis dahin den Zionisten entgegen gebracht hatte, entpuppte sich jedoch als Belastung, der man am 17. Mai 1939 das „MacDonald-Weißbuch“ mit folgendem Inhalt entgegensetzte<sup>29</sup>:

---

<sup>28</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 23 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 53 f.

<sup>29</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 24 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 55 f.

*„Die Balfour-Deklaration konnte in keinem Fall bedeuten, dass Palästina gegen den Willen der arabischen Bevölkerung in einen jüdischen Staat verwandelt werden soll. Auf der anderen Seite seien die britischen Entscheide während des Ersten Weltkrieges nicht als gerechte Grundlage für die Forderung der Umwandlung Palästinas in einen arabischen Staat anzusehen“.*<sup>30</sup>

Die britische Regierung verfolgte ab diesem Zeitpunkt das Ziel innerhalb der nächsten zehn Jahre einen unabhängigen Staat zu schaffen, indem die Machtbefugnisse gleichermaßen zwischen den Arabern und den Zionisten verteilt werden. Damit wurde unmissverständlich mitgeteilt, dass es nicht die Aufgabe der Engländer sei, einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen. Um der politischen Kehrtwende noch mehr Nachdruck zu verleihen, wurde in einem Passus ebenso festgehalten, dass die jüdische Einwanderung nur noch für die kommenden fünf Jahre auf 75. 000 Personen legitimiert wird. Infolge dessen obliegt die Entscheidungskompetenz bei den Arabern weiteren Einwanderungswellen zuzustimmen. Letztlich erhielt der Hochkommissar von Palästina auch die Befugnis den jüdischen Landerwerb zu steuern beziehungsweise zu beschränken.

Trotz massiver Kritik an der britischen Politik erkannte die Jewish Agency letztlich, im Gegensatz zu Amin al-Huseini, der keinerlei taktisches Gespür an den Tag legte, das MacDonald-Weißbuch an, da es unerlässlich war, nicht an der Seite Großbritanniens in den Krieg zu ziehen.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 55.

<sup>31</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 24 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 56.

## 2.7 Die letzten Etappen bis hin zur Staatsgründung 1948

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im September 1939, ordneten sich auch die politischen Gegebenheiten in Palästina auf ein Neues. Fortan orientierten sich die Zionisten, an deren Spitze David Ben Gurion stand, an den Vereinigten Staaten von Amerika, da die Differenzen mit London immer weiter auseinander klafften.

Im Mai 1942 wurde erstmals auf einer „außerordentlichen Zionistenkonferenz“ in New York zur jüdischen Staatsgründung aufgerufen.<sup>32</sup> „Palästina, so hieß es, wird als ein jüdisches Staatswesen [Commonwealth] in die Struktur der neuen demokratischen Welt eingegliedert.“<sup>33</sup> Nachdem die Anwesenden im „Hotel Biltmore“ residierten, wurde der Aufruf folglich als „Biltmore-Deklaration“ publik. Für eine möglichst rasche Umsetzung, hätten sich die demographischen Gegebenheiten jedoch zum Vorteil der Zionisten wenden müssen. Aufgrund der restriktiven Einwanderungspolitik der Mandatsmacht, für die London vom Westen sehr stark kritisiert wurde, verzögerte sich die Staatsgründung bis ins Jahr 1948. Allerdings profitierte Gurion, politisch gesehen, von der britischen Vorgehensweise, da die Berichterstattung, dass unzähligen Flüchtlingsschiffen aus den Internierungs- und Todeslagern der Seeweg versperrt wurde, zugunsten der Zionisten ausfiel.

Obwohl Antisemitismus in Amerika ein weit verbreitetes Phänomen darstellte, war die jüdische Wählergruppe dennoch ein signifikanter Faktor, sich der verfahrenen Situation in Palästina anzunehmen. Die politische Vorgehensweise der USA war in den folgenden Jahren dicht an innenpolitische Überlegungen gekoppelt. Schon bei der Wahl zum Präsidenten im November 1944 wurde dem Katholiken Robert Wagner, der sich mit seinem „Palestine Committee“ für die Rücknahme des

---

<sup>32</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 30; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 84 f.

<sup>33</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 30.

MacDonald-Weißbuches und den daraus resultierenden unangenehmen Begleiterscheinungen sowie für einen jüdischen Staat aussprach, von Präsident Franklin D. Roosevelt versprochen, dass er sich bei einem neuerlichen Wahlerfolg, für die Etablierung eines jüdischen Staates einsetzen werde. Diese Entscheidung beruhte auf rein demographischen Gegebenheiten, die gekonnt von Roosevelt genutzt wurden. 100.000 arabische versus nahezu 4,6 Millionen<sup>34</sup> „jüdische Wähler in den USA“.<sup>35</sup>

Als Reaktion auf die politischen Gegebenheiten wurde ein halbes Jahr später, am 24. März 1945, die „Arabische Liga“ in Alexandria gegründet. Das Defizit, das seit der ersten Stunde die arabischen Staaten verbindet, konnte gekonnt bis heute von Israel genutzt werden. Die Arabische Liga war sich zwar darüber einig, dass der „Judenstaat“ die Sicherheit im Nahen Osten beeinträchtigt, jedoch überwogen im Kampf jeweils die Interessen der einzelnen Staaten.

Nach dem plötzlichen Tod Roosevelts übernahm im April 1945 Harry S. Truman das Amt des amerikanischen Präsidenten. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit wurde er vom Außenminister Edward Stettinius darauf hingewiesen, dass die Komplexität Palästinas keinesfalls unterschätzt werden darf. Immer deutlicher wurden auch die unterschiedlichen Ansichten der Briten und der Amerikaner. Nach der Konferenz in Potsdam, im Juli 1945, bat Truman Winston Churchill, die jüdischen Einwanderungsbeschränkungen aufzuheben. Truman stand unter massivem Druck der Zionisten, die im Vorfeld uneingeschränkte Einwanderung und die mehrfach erwähnte nationale Heimstätte forderten. Churchill äußerte sich diesbezüglich nicht mehr, da Clement Attlee den neuen Premier Großbritanniens stellte. Den Forderungen Trumans wurde von britischer Seite nicht nachgekommen, da Außenminister Ernest Bevin die strategische Position im Nahen Osten als gefährdet ansah. Somit galten nach wie vor die Bestimmungen des

---

<sup>34</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 30 f.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 85.

<sup>35</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 31.

MacDonald-Weißbuches und die Einwanderungsquoten waren weiterhin auf etwa 1500 Personen pro Monat legitimiert.

Die politische Diskrepanz zwischen den Briten und den Amerikanern führte sogar soweit, dass am 14. Februar 1947 von Seiten Großbritanniens die Vereinten Nationen mit der Problemlösung rund und um Palästina ab sofort beauftragt wurden. Diesem Schritt gingen gegensätzliche Ansichten voraus, die letztlich als unüberbrückbar erschienen, sowie die bereits gesetzten, jedoch gescheiterten Initiativen der Mandatsmacht in Palästina.

Präsident Truman wurde im Juni 1945 von den Zionisten vermehrt auf die Problematik hunderttausender „Displaced Persons“ in Europa hingewiesen - Flüchtlinge, die den Todes- und Internierungslagern der Nazis nochmals entkommen konnten. Truman nahm sich deren Schicksaal an, und setzte unter Earl Harrison eine Untersuchungskommission ein, deren Endbericht erschreckendes offenbarte<sup>36</sup>: „Wir behandeln die Juden offensichtlich, wie die Nazis es taten, nur mit einer Ausnahme: Wir ermorden sie nicht.“<sup>37</sup>

Truman trat infolge an Premier Clement Attlee heran und bat, trotz Zweifel des Pentagons und des Außenministeriums, um weitere 100.000 Einreisebewilligungen für die genannten Displaced Persons. Großbritannien lehnte zwar diese Forderung ab, jedoch willigten sie einer „Angloamerikanischen Untersuchungskommission“ zu. Die Thematik rund um die jüdischen Flüchtlinge stellte sich für Truman als ein hervorragendes Wahlkampfthema für die New Yorker Wahlen am 6. November 1945 heraus. Nachdem die Untersuchungskommission ihren Endbericht veröffentlichte sprach sich Harry S. Truman ohne jegliche Absprache mit Attlee für das Ergebnis der Kommission aus,<sup>38</sup> welche unter anderem „die sofortige Einwanderung von 100.000 jüdischen

---

<sup>36</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 31 ff.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 85;

Vgl. Bauer, Kirsten (1993): Palästinenser und PLO. München: Wilhelm Heyne Verlag, S. 17.

<sup>37</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 33.

<sup>38</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 33 f.

Flüchtlingen“<sup>39</sup> forderte. Am 4. Oktober 1946 ging Präsident Truman sogar so weit, dass er öffentlich für eine Zweistaatenlösung warb. Der Zeitpunkt war von Truman günstig gewählt, da am 5. Oktober der wichtigste jüdische Feiertag, „Yom-Kippur“, zelebriert wurde. Gleichzeitig waren damit auch innenpolitische Machtspiele verbunden, wo es letztlich nur um die jüdischen Wählerstimmen ging. Im Nachhinein kommentierte der britische Außenminister Trumans Politik relativ gekonnt indem er sinngemäß meinte, dass man das eigentliche Problem „Palästina“ nicht auf dem Rücken örtlicher Befindlichkeiten austragen kann.

Wie bereits erwähnt, fasste im Februar 1947 die britische Regierung den Entschluss, die Vereinten Nationen mit der Lösung Palästinas zu beauftragen. Daraufhin wurde eine Kommission unter dem Namen „UN-Special Committee on Palestine“ kurz „UNSCOP“ eingerichtet. Nachdem die Errichtung eines arabischen Staates, aufgrund der Ereignisse, nicht mehr möglich war, kündigte das Arabische Hochkomitee jegliche Zusammenarbeit mit der Sonderkommission. Am 31. August wurde schließlich der Endbericht vorgelegt. Einig waren sich die Mitglieder der UNSCOP vor allem darin, dass Großbritannien das Mandat über Palästina aufgeben muss. Unstimmigkeiten gab es im Hinblick auf die Zukunft des Landes. Wobei sich bereits zum damaligen Zeitpunkt eine Mehrheit für die Teilung Palästinas in Verbindung mit einer Wirtschaftsgemeinschaft aussprach. Weiters würden die heiligen Stätten und Jerusalem einen Sonderstatus unter internationaler Kontrolle einnehmen. Im Gegensatz dazu, sah eine Minderheit in einem gemeinsamen Bundesstaat die Lösung des Problems.

Am 29. November 1947 stimmten letztlich 33 von insgesamt 56 stimmberechtigten Staaten im Zuge der UN-Generalversammlung für die namentlich bekannte Resolution 181, die die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah. Neben den USA

---

<sup>39</sup> Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 34.

und Frankreich stimmte ebenso die Sowjetunion dem Teilungsplan zu. Dies war insbesondere für Großbritannien und die USA Besorgnis erregend, da man eine kommunistische Invasion mit gleichzeitiger Destabilisierung im Nahen Osten befürchtete.

Die vorgegebene Grenzziehung entsprach zwar nicht den Vorstellungen der Zionisten, aber dennoch bestand durch die Teilung die Möglichkeit einen unabhängigen Staat zu gründen. Diese Vorgehensweise wurde jedoch von der palästinensischen Seite leider nicht in Erwägung gezogen. Ihre unbedachte Entscheidung, den Teilungsplan nicht anzuerkennen hatte zur Folge, dass sie letztlich sogar das ihnen zugewiesene Gebiet der UN verloren. Mit der Staatsausrufung Israels, am 14. Mai 1948, durch den ersten israelischen Ministerpräsident David Ben Gurion, sowie mit der Mandatsniederlegung Großbritanniens am 15. Mai, nahm die politische Tragödie der Palästinenser ihren Lauf, welche teils durch die unüberlegte Denkweise der politischen Elite ausgelöst wurde.<sup>40</sup>

## 2.8 Unabhängigkeitskrieg 1948/1949

Bereits vor der Staatsgründung, am 14. Mai 1948, befand sich das Land im Bürgerkrieg. Die Palästinenser griffen bereits am 30. November 1947, nur einen Tag nachdem die Resolution 181 von der Generalversammlung beschlossen wurde, zu den Waffen. Nachdem die Palästinenser bereits vor dem 14. Mai militärisch geschlagen wurden, sahen sie nur noch die Möglichkeit, ihre arabischen Verbündeten um Hilfe zu bitten.

Am 15. Mai 1948 wurde Israel von Ägypten, dem Irak, Syrien, dem Libanon und von Jordanien angegriffen. Trotz der Tatsache, dass Israel von mehreren arabischen Staaten gleichzeitig attackiert wurde, ging der

---

<sup>40</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 34 ff.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 94 ff.; Vgl. Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land, S. 270 f.

erste „arabisch-israelische Krieg“, im Juli 1949, zu Gunsten Israels aus. Im Zuge der Kampfhandlungen konnte Israel nicht nur seine militärische Stärke unter Beweis stellen, sondern auch das ursprünglich zugeschriebene Territorium des UN-Teilungsplans vergrößern. Ab diesem Zeitpunkt stand der Westteil Jerusalems nicht mehr unter internationaler-, sondern unter israelischer Kontrolle. Wobei die Ausrufung Jerusalems als Hauptstadt des neugegründeten Staates völkerrechtswidrig war, und auch heute noch Zündstoff für den andauernden Konflikt bietet.

Die Folgen, die sich für die Palästinenser durch den ersten arabisch-israelischen Konflikt ergaben, waren äußerst prekär. Einerseits verloren sie das ihnen zugeschriebene Gebiet. Andererseits standen sie vor der Problematik, dass 700.000 Palästinenser ab sofort als Flüchtlinge galten. Der vermeintliche Verbündete Emir Abdallah, vormals König von Transjordanien, annektierte bereits im Dezember 1948 die Westbank und den Ostteil von Jerusalem. Ab diesem Zeitpunkt lies sich Emir Abdallah als König von Jordanien feiern, da beide Ufer des Jordans nun unter jordanischer Herrschaft standen. Die im Gaza lebende Bevölkerung musste sich ebenso einem Verbündeten unterwerfen. Im Gegensatz zu Jordanien annektierte Ägypten Gaza nicht. Dadurch brach die ägyptische Führung zwar offiziell nicht das Völkerrecht, so wie es Israel und Jordanien taten, jedoch wurde der Landstreifen bis ins Jahr 1967 von ägyptischer Seite verwaltet. Inwiefern zu diesem Zeitpunkt ein Unterschied zwischen Annexion und Verwaltung bestand, wird hiermit in den Raum gestellt.

Die bereits angesprochene Flüchtlinsproblematik, mit der die Palästinenser zwischen 1947 und 1949 konfrontiert wurden, ist von zahlreichen Mythen und Sichtweisen beider Seiten überschattet. Die wohl plausibelste Erklärung jedes erdenklichen Geschehnisses teilt sich in drei grob angeführte Gegebenheiten: Bereits Ende 1947 flüchtete die politische und intellektuelle palästinensische Elite aus freien Stücken. Diese Vorgehensweise hatte enorme Bedeutung für die verbliebene

Bevölkerung, da sie ab diesem Zeitpunkt ihre Entscheidungen ohne die Stimme einflussreicher Persönlichkeiten treffen musste. Die zweite Gegebenheit beruht auf der Tatsache, dass die Zionisten psychologische Schritte einsetzten, um die Palästinenser dazu zu bewegen, das Land freiwillig zu verlassen. Den Palästinensern wurde erklärt, dass es für sie besser sei zu gehen, als letztlich besiegt zu werden. Weiters wurde das letzte Drittel der in etwa 700.000 Flüchtlinge durch die Anwendung von Gewalt fortgejagt.

Die Massenflucht in die arabischen Nachbarstaaten wurde von israelischer Seite mehr als begrüßt. Dies wurde auch mehr oder minder nach dem Unabhängigkeitskrieg 1949 ersichtlich, da sich die Regierung weigerte, einen Großteil der Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Jedoch darf hierbei nicht außer Acht gelassen werden, dass durch einflussreiche militante Palästinenser zehntausende Flüchtlinge dazu bewogen wurden, innerhalb der Nachbarstaaten Zuflucht zu suchen, da der militärische Triumph gegenüber Israel nicht lange auf sich warten lässt.

Die Konsequenz, die sich aus dem ersten arabisch-israelischen Krieg für die Palästinenser ergab, war einerseits ein ungeheures Flüchtlingsproblem, das bis heute Gegenstand zahlreicher Verhandlungsrunden ist, sowie ein Gebietsverlust an scheinbar, arabische Freunde. Für Israel hingegen ergab sich die Situation, dass die arabischen Staaten nun mehr als gewillt waren, den neugegründeten Staat auszulöschen.<sup>41</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 40; Vgl. Gresh (2009): Israel - Palästina, S. 96 ff., 102 f.; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 18, 20; Vgl. Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? S. 271, 273 ff; Vgl. Kiefer, Michael (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation, S. 88 f.

### 3 Schicksalsjahr 1967

1967 waren nur sechs Kriegstage ausschlaggebend, um die politische und geographische Situation im Nahen Osten nachhaltig zu verändern. Neben großflächigen Gebietsgewinnen verbesserte sich für Israel nach dem Sechstagekrieg ebenso die strategische Position. Allerdings drängte sich nach dem anfänglichen Hochgefühl, welches die gewonnene Schlacht mit sich brachte, die Frage auf, wie man mit den eroberten Gebieten nun umgehen soll? Im Grunde wurden die Optionen „Friedensvertrag“ oder „Besatzung“ zur Debatte gestellt. Neben sicherheitspolitischen Überlegungen, spielten religiöse Aspekte sowie Patriotismus eine maßgebende Rolle im Entscheidungsprozess. Allerdings war mit diesem, auch unmittelbar das Schicksal der Palästinenser verbunden, die fortan einer neuen Besatzungsmacht gegenüberstanden. Den territorialen Zustand vor dem Krieg, konnten sich Regierungsmitglieder sowie ein Großteil der Bevölkerung ein Jahr nach dem Sechstagekrieg nicht mehr vorstellen. Allerdings wurde in den obersten Regierungskreisen und innerhalb der Gesellschaft befürchtet, dass sich die Besatzungspolitik negativ auf Israel auswirken könnte. Ungeachtet dessen, herrschte allerdings keinerlei Einigkeit vor, inwiefern ein Rückzug zur Diskussion steht, und in welcher Weise mit den arabischen Staaten verhandelt werden soll.

Die ambivalente Haltung, die innerhalb des Landes vorherrschte, sowie die fehlgeschlagenen Friedensverhandlungen, ebneten letztlich den Weg zur Besatzungspolitik. Dieser Schritt war ebenso schicksalhaft für Israel wie für die Palästinenser, da Probleme und Konfrontationen, die mit dem Sechstagekrieg ihren Ausgang nahmen, eine Dimension in einem für Israel noch nie dagewesenem Ausmaß erreichten.<sup>42</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. Segev, Tom (2009): 1967. Israels zweite Geburt, München: Pantheon, S. 651, 653 ff., 658, 660, 695 f., 672 ff., 684; Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 97; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 49.

### 3.1 Die letzten Wochen und Tage vor dem Kriegsausbruch 1967

Im Zuge der Feierlichkeiten zum 19. Unabhängigkeitstages Israels, 1967, erhielt Premier Levi Eschkol von Stabchef Yitzhak Rabin die Information, dass im Sinai ägyptische Truppen stationiert wurden. Dieses Ereignis wurde zuerst als nicht besonders besorgniserregend wahrgenommen, vielmehr als ein reines „Scheinmanöver“, um Ägyptens Stärke unter Beweis zu stellen. Dementsprechend teilte der Ministerpräsident seinem Kabinett mit, dass es sich hierbei um keine Kriegserklärung Nassers handle. Am darauffolgenden Tag verkündete jedoch Nasser, dass er einen Rückzug der UN-Truppen aus dem Sinai fordere, die UN-Blauhelme waren seit dem „Sinai-Feldzug 1956“ Gegenstand einer „Rückzugsvereinbarung“, die den Israelis ermöglichte, die besetzten Gebiete zu räumen. Die Vorgehensweise Nassers versetzte die israelische Regierung in eine äußerst komplizierte Situation, mit der aus ihrer Sicht, im Falle einer Schifffahrtsblockade beziehungsweise mit der Sperrung der Straße von Tiran eine Kriegserklärung von Seiten Ägyptens einherginge. Die Forderung Nassers gewann unheimlichen Nachdruck, aufgrund des geringen diplomatischen Gespürs des damaligen UN-Generalsekretärs U-Thant. Nasser plädierte vorerst nur auf eine Konzentration der Blauhelme im Gaza sowie auf einen Teilabzug im Sinai. Allerdings stellte U-Thant Nasser, am 18. Mai 1967, ein Ultimatum, das Ägypten keinerlei Spielraum mehr gewährte als sich nicht für einen gesamten Truppenabzug auszusprechen.

Der zum damaligen Zeitpunkt Parlamentsabgeordnete und spätere Verteidigungsminister Moshe Dajan kommentierte im Zuge des „Knessetausschusses für Äußeres und Verteidigung“ sehr treffend die Vorgehensweise Ägyptens. Dajan war der Auffassung, dass Nasser durch sein derzeitiges Auftreten sich einerseits als Schutzmacht Syriens beweisen möchte. Andererseits geht es dabei ebenso um Einfluss, sowie um sein Ansehen in der arabischen Welt. Demzufolge müsste Nasser

einen Angriff seitens der Israelis auslösen, um weiterhin seine Glaubwürdigkeit mit der einhergehenden Machtposition im Nahen Osten unter Beweis zu stellen. Dazu beigetragen haben unter anderem die Entscheidungen Israels betreffend der zeitlichen Ausdehnung des Militärdienstes, der Flug über die Region von Damaskus am 7. April 1967 – sechs syrische Kampfflugzeuge wurden von der israelischen Luftwaffe abgeschossen - sowie die Tatsache, dass hauptsächlich Syrien für Sabotageakte belangt wird.

In den Debatten der nächsten Tage wurde immer wieder von israelischer Seite zum Ausdruck gebracht, dass eine etwaige Seeblockade sowie ein Angriff auf den Atomreaktor in Dimona einer Kriegserklärung gleich kommt. Bereits am 19. Mai standen um die 40.000 Reservisten für etwaige Kampfhandlungen bereit. Trotz der steigenden Befürchtung eines unvermeidbaren Krieges, sahen die meisten Regierungsmitglieder allerdings keinen Grund für eine frühzeitige Entscheidung. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde augenscheinlich, dass Premier Eschkol seine Handlungsweise an die Überlegungen der USA knüpfte. Unmissverständlich wurde dem israelischen Botschafter in Amerika Harman mitgeteilt, dass von Maßnahmen abzusehen sei, solange die Straße von Tiran nicht versperrt sei.

Ab dem 23. Mai 1967 überschlugen sich jedoch die Ereignisse, die es Eschkol immer schwerer machten, sich seiner Position innerhalb der Regierung und der Gesellschaft gewiss zu sein. In den letzten Tagen vor dem Krieg zeichnete sich ebenso die Tatsache ab, dass sich hochrangige Generäle, im Gegensatz zu Eschkol und Teilen der Regierung, vehement für militärische Handlungen aussprachen. Mit der Sperrung der Straße von Tiran, die am 23. Mai von seitens der Ägypter erfolgte, wurden die angedachten Vorgehensweisen zwischen dem Militär und der Regierung sehr deutlich. Levi Eschkol plädierte für die Einhaltung diplomatischer Wege, darunter fiel auch das „48-stündige Moratorium“, um das die USA Israel baten. Stabchef Rabin, Luftwaffenkommandant Mordechai

Hod, Aharon Jahriv Chef des Militärgeschichtsdienstes sowie der Oberkommandant der Luftwaffe Ezer Weizmann waren hingegen für sofortige Kampfhandlungen. Die Argumente für eine militärische Vorgehensweise wurden insbesondere von Rabin dahingehend erläutert, dass Israel durch sein Zuwarten seine „militärische Glaubwürdigkeit“ verliert. Infolgedessen würde sich der Krieg verkomplizieren und es sei nicht auszuschließen, dass sich im Zuge dessen auch ein Feldzug mit Jordanien und Syrien entwickelt. Die Generäle plädierten ebenfalls auf die Wichtigkeit der Manövrierfähigkeit der Armee sowie auf den Überraschungseffekt, welcher durch zu langes Zuwarten verloren ginge.

Am 25. Mai traf Eschkol mit Ariel Sharon, der mit seinem Trupp im Süden des Landes stationiert war, Arbeitsminister Yigal Allon sowie mit Meir Amit vom Mossad zu einer Lagebesprechung zusammen. Die Debatte entwickelte sich dahingehend, dass die Beteiligten mehr als überzeugt waren, dass ein Krieg mit Ägypten als unausweichlich galt. In der Hitze des Gefechts verfasste Eschkol an Außenminister Abba Eban, der sich in den USA aufhielt, ein Telegramm, in welchem er zum Ausdruck brachte, wie sich die Lage „weitreichend verändert“ hätte. Eschkol sprach unter anderem über eine verstärkte Truppenkonzentration im Sinai, sowie an der syrisch-israelischen Grenze seitens der syrischen Armee. Weiters verlagern Jordanien, der Irak und Kuwait ebenso Truppenverbände. Abschließend wurde von Eschkol eingeräumt, dass ein umfassender Feldzug unter Umständen von den Arabern vorbereitet wird. Diese Vorkommnisse müssten Präsident Johnson unterbreitet werden, da es nicht mehr nur um den Seeweg, sondern um die „Existenz Israels“ gehe.

In den Abendstunden des 25. Mai wurde noch ein weiteres Telegramm, diesmal an Botschafter Harman, versandt, welches noch weitaus dramatischer formuliert war als ersteres. Innerhalb der Botschaft wurde von den USA verlangt,<sup>43</sup> dass „jeder Angriff auf Israel als Angriff auf das

---

<sup>43</sup> Vgl. Segev, Tom (2009): 1967, S. 277 ff., 288 ff., 298 f., 310 f; Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 89;

eigene Territorium betrachtet wird.“<sup>44</sup> Falls der US-Präsident dies öffentlich bestätige, werde man von Kriegshandlungen Abstand nehmen. Ansonsten müsse Israel militärisch reagieren. Die Behauptungen erwiesen sich nach den Informationsquellen der CIA als haltlos und unbegründet. Johnson war trotz der unkorrekten Vorgehensweise Israels, welche eigentlich die nackte Angst vor einer möglichen Konfrontation widerspiegelte, bereit sich für die Öffnung der Straße von Tiran einzusetzen, jedoch nicht für die geforderte öffentliche Erklärung. Durch diese haltlosen Botschaften wollte sich Eschkol paradoxerweise, einerseits die Unterstützung einer Großmacht sichern, andererseits wollte sich Israel damit auch die Möglichkeit eröffnen, ohne das Einverständnis der USA agieren zu können. Yitzhak Rabin formulierte auf der nächsten Regierungssitzung die eigentliche Situation relativ treffend<sup>45</sup>: „Im Augenblick gebe es nur Anzeichen für die Möglichkeit eines Angriffs. Ich möchte nicht mit Sicherheit sagen, dass eine Absicht vorliegt, einen Generalangriff auf Israel zu starten.“<sup>46</sup>

Aufgrund eines nächtlichen Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter Dimitri Tschuwachin berief Eschkol am 27. Mai, welcher ihm durch ein Schreiben versicherte, dass die UdSSR an einer friedlichen Lösung des Konflikts mit Ägypten interessiert sei, erneut eine Sitzung ein, um über die Vorkommnisse der letzten Nacht zu berichten. Im Laufe der Diskussion prallten wiederum die unterschiedlichsten Meinungen zwischen der Regierung und den Generälen aufeinander. Eine Entscheidung wurde an diesem Tag nicht getroffen, da sich eine Pattstellung herauskristallisierte. Die Entscheidung wurde auf den nächsten Tag verlegt, wobei sich diesmal der Premierminister für einen militärischen Schlag aussprach, jedoch nur mit der Unterstützung der USA. Am nächsten Tag trafen wie vereinbart die Mitglieder der Regierung erneut zu einer Kabinettsitzung

---

Vgl. Mejer, Helmut (1999): Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten, (2. Auflage), München: Deutscher Taschenbuch Verlag, S.19.

<sup>44</sup> Segev (2009): 1967, S. 311.

<sup>45</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 311 ff., 321 f.

<sup>46</sup> Segev (2009): 1967, S. 313.

zusammen. Der Beschluss der hierorts letztlich getroffen wurde, basierte diesmal auf einer Falschaussage des Außenministers Aba Eban. Die Regierung entschloss sich im Grunde genommen nur deshalb von einer militärischen Öffnung der Meeresstraße abzusehen, da Eban den Mitgliedern versicherte, dass sich die USA verpflichtet im Alleingang vorzugehen, falls ein „internationales Vorgehen“ scheitert, die Straße von Tiran zu öffnen. Letztlich sollte ein weiterer Beschluss binnen drei Wochen fallen.

Bevor sich Eschkol zu einem Gespräch mit hochrangigen Generälen auf den Weg machte, verlas er den soeben gefassten Regierungsbeschluss über das Radio. Zum Leidwesen des Premiers misslang die Ansprache rhetorisch wie inhaltlich. Dieser verpatzte Auftritt war nicht besonders förderlich für das darauffolgende Treffen mit den Generälen. In der Atmosphäre lag deutliche Anspannung, sowie ein Hauch von einem Putsch. Eschkol wurde auf das Heftigste von den Generälen kritisiert. Ständig wurde von den Generälen die Wichtigkeit eines Krieges hervorgehoben. Ein weiteres Argument der Generäle betraf die Reservisten. Aus wirtschaftlicher Sicht ist die Einberufung tausender nicht länger vertretbar. Außerdem würde bei noch längerem Zuwarten das Vertrauen in die Armee sinken. Das eine oder andere Mal wurde sogar die „Existenz des Staates“ in den Raum gestellt. Der Ministerpräsident konnte sich nur damit rechtfertigen, dass der nun verlesene Regierungsbeschluss auf Beratungen beruht, denen gleichzeitig „diplomatische Probleme“ zu Grunde liegen. Weiters brachte Eschkol das Argument vor, dass bis 1956 die Meeresstraße für Israel nicht passierbar war. In der Zwischenzeit beschlossen Eschkols Militäradjutant Israel Lior sowie der Arbeitsminister Yigal Allon, die ebenfalls an der Lagebesprechung teilnahmen, dass die Diskussion mit den Generälen eine Woche später fortgeführt wird, da es den Anschein machte, als ob die anhaltende Diskussion aus dem Ruder laufe.

Am 30. Mai 1967 verkündeten die israelischen Abendnachrichten, dass Jordanien einen Verteidigungspakt mit Ägypten geschlossen hat. Diese Meldung bestärkte die Bevölkerung ungemein, insbesondere Intellektuelle und Journalisten, in ihrem Wunsch nach einer „Regierung des nationalen Notstandes“. Unter den Israelis machte sich aufgrund der Ungewissheit der letzten Wochen sowie der andauernden Propaganda seitens der ägyptischen Medien das Gefühl breit, dass Krieg der einzige Ausweg sei, um einen zweiten Holocaust zu vermeiden. Die Bevölkerung sehnte sich nach einer starken Führungsperson, da sie Eschkol nicht das notwendige Vertrauen entgegenbrachten, diese schwerwiegende Krise zu meistern.

Mit der Veröffentlichung des Verteidigungspaktes wurden zugleich brisante Entwicklungen der Aufklärungsabteilung bekannt, welche letztlich nicht nachvollziehbar waren und wahrscheinlich aus dem Zweck heraus veröffentlicht wurden, um den Standpunkt der Generäle zu unterstreichen. Innerhalb des Papiers wurde beispielsweise der Fehler hervorgehoben, dass die Entscheidung, gegen Ägypten militärisch vorzugehen, vertagt wurde. Weiters setze Nasser auf „psychologische Kriegsführung“ und „primitive radioaktive Waffen“.

Zum selben Zeitpunkt plagte David Ben Gurion das ungute Gefühl eines Militärputsches. Daraufhin verkündete er öffentlich, dass die israelische Streitkraft sich nicht eigenhändig über die Demokratie stellen darf. Gleichzeitig sei das Vertrauensverhältnis zu den befreundeten Staaten Israels aufrechtzuerhalten. Gurion plädierte folglich dafür, dass die Unterstützung einer europäischen Großmacht oder der Vereinigten Staaten von Amerika, für einen Krieg, als unabdingbar anzusehen sei.

Wenige Stunden nach der Übereinkunft zwischen Jordanien und Ägypten entbrannte die Debatte, Politiker der Opposition in die Regierung mit einzubinden, insbesondere war dabei die Rede von Moshe Dajan als Verteidigungsminister. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Levi Eschkol neben dem Amt des Premierministers auch das des

Verteidigungsministers inne. Aufgrund der öffentlichen Hysterie und des innenpolitischen Drucks übergab er einen Tag später, am 1. Juni, gekränkt und nur sehr zögerlich das Amt des Verteidigungsministers an Dajan, mit welchem er nur Argwohn und Differenzen verband. Eine Regierung der „nationalen Einheit“ mit Mosche Dajan als Verteidigungsminister und Menachem Begin als Minister ohne Portfolio war nun gebildet. Bereits am darauffolgenden Tag traf Eschkol mit zehn seiner Minister zu einem Gespräch mit dem Generalstab zusammen. Bei diesem Treffen ließ es sich Dajan nicht nehmen, im Gegensatz zu Eschkol, der auch diplomatische Überlegungen nicht außer Acht lassen durfte, sich für einen „sofortigen Kriegsbeginn“ auszusprechen.<sup>47</sup> Dajans Plan sah vor, „dass die ägyptische Luftwaffe zerstört und der Sinai, nicht aber der Gazastreifen und der Suezkanal besetzt werden.“<sup>48</sup> Noch am selben Tag diskutierte Dajan mit einigen Generälen und Rabin zwei vorliegende „Aktionspläne“, welche sich jeweils für oder gegen eine Eroberung Gazas aussprachen. Neben dem neu ernannten Verteidigungsminister war nun auch der Stabchef davon überzeugt, dass von einer Besetzung Gazas abzusehen sei. Rabin war zuerst der Auffassung, Gaza schlichtweg als etwaige Verhandlungsbasis zu erobern. Dajan sah mit einer Eroberung ein Flüchtlingsproblem auf Israel zukommen, dies sollte seines Erachtens den Vereinten Nationen überlassen werden. Wiederum andere sahen in der Besetzung den Vorteil, so die israelischen Siedlungen, die direkt an der Grenze zu Gaza liegen, besser schützen zu können.

Am Samstag, dem 3. Juni, fiel Premier Eschkol schlussendlich die inoffizielle Entscheidung eines militärischen Manövers, da die Amerikaner letztlich keine maßgebliche Hilfe für Israel darstellten. Aus taktischen Gründen und um Nasser zu täuschen verlautbarte Moshe Dajan während einer Pressekonferenz, dass es in allzu naher Zukunft zu keiner Konfrontation mit Ägypten kommen wird. Bereits einen Tag

---

<sup>47</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 323 f., 332 f., 345 f., 348 ff., 354 ff., 359, 361, 367 f., 372 ff., 386, 389 f.; Vgl Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 92.

<sup>48</sup> Segev (2009): 1967, S. 390.

später, am Sonntag dem 4. Juli, wurde aus einer inoffiziellen eine offizielle Entscheidung. Die Amerikaner sicherten der israelischen Regierung ihre Zustimmung mit der Bedingung zu, dass der Anschein gewahrt bleiben müsse, als ob die militärischen Handlungen abwehrend erfolgen.<sup>49</sup>

*„In der Entschließung , die schließlich formuliert wurde – und über die, wie Eschkol betonte, die Geschichte ihr Urteil fällen werde -, hieß es, Israel gehe gegen einen sich um das Land zuziehenden Ring der Aggression vor.“<sup>50</sup>*

## 3.2 Drei Fronten ein Gegner

Die seit Tagen erwartete Schlacht endete für die ägyptische Luftwaffe bereits zu Mittag des ersten Kriegstages, am Montag den 5. Juni 1967, mit einer verheerenden Niederlage. Im Zuge eines Präventivschlages eroberten insgesamt 183 Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe innerhalb von nur zwei Angriffswellen den gesamten Luftraum der gegnerischen Streitkräfte. Am Donnerstag den 8. Juni, nach nur drei weiteren Kriegstagen unterzeichnete Israel bereits mit der ägyptischen Führung ein Waffenstillstandsabkommen. Nachdem im Sinai die „Kommandostruktur“ zerfallen ist, bestand für die meisten ägyptischen Militäreinheiten nicht mehr die Gelegenheit, das Gebiet frühzeitig zu verlassen. Demzufolge war die Bilanz, die Ägypten am Tag des Waffenstillstandes für den Sinai verzeichnete, erschreckend.<sup>51</sup> „Über 10.000 Tote, 13.000 Gefangenen sowie 965 zerstörte Panzer.“<sup>52</sup> Demgegenüber registrierte Israel 275 gefallene Soldaten, und nahezu 1.400 Verletzte sowie den Verlust von 122 Panzern.

---

<sup>49</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 391, 393, 399 f.

<sup>50</sup> Segev (2009): 1967, S. 401.

<sup>51</sup> Vgl. Mejcher, Helmut (1999): Sinai, 5. Juni 1967, S. 9 f.; Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 89.

<sup>52</sup> Mejcher (1999): Sinai, 5. Juni 1967, S. 10.

Das jordanische Schicksal war eng an das von Ägypten gebunden. Bereits am Abend des 7. Juni, wurde auf Druck der Vereinigten Staaten von Amerika zwischen Jordanien und Israel ein Waffenstillstand geschlossen. Die Tragödie, die Jordanien erfuhr, ging auf eine Falschmeldung Nassers Feldmarschall Abdel-Hakim Amer zurück. Er präsentierte sich siegessicher und er lies die Meldung verkünden, dass sich Ägypten mit seinen Streitkräften auf dem Vormarsch gegen Israel befinde. Angesichts dieses Berichts und der Tatsache, dass den Großteil der jordanischen Bevölkerung Palästinenser stellten, sah sich König Hussein, trotz des Rates von Eschkol nicht in den Krieg zu ziehen, darin bestätigt gegen Israel militärisch vorzugehen. Der jordanische König war davon überzeugt, dass die Siegeshymnen der Wahrheit entsprächen. Weiters war Hussein der Ansicht, dass der längst begonnene Angriff auf „israelische Luftbasen“ wirkte, da ansonsten der israelische Premier nicht vor einem Eintritt in den Krieg gewarnt hätte. Die daraus resultierende Offensivstellung der jordanischen Armee, die sich zuvor nur an einer Verteidigungsstrategie orientierte, zudem auch noch unzureichend aufgestellt war, hatte fatale Folgen für das Land. Am Nachmittag des 5. Juni sowie innerhalb der nächsten 48 Stunden demonstrierte Israel letztlich und mit voller Wucht seine militärische Überlegenheit gegenüber Jordanien.

Bereits am 6. Juni traten die USA für einen israelisch-jordanischen Waffenstillstand ein, da die Annahme vorherrschte, dass sich der Krieg bis hin nach Bagdad verlagern könnte, nachdem die Nachschubwege immer mehr unter israelischen Beschuss gerieten. Es herrschte die Sorge vor, dass die angesprochenen Entwicklungen das jordanische Königreich, welches eine Anlaufstelle „westlicher Politik“ darstellte, in den Abgrund drängen beziehungsweise destabilisieren könnte. Trotz des Drucks seitens der Amerikaner kam der Waffenstillstand erst am Abend des 7. Juni zustande, nachdem die Kämpfe rund und die „Heiligen Stätten“ im Osten von Jerusalem zugunsten Israels ausgingen. Aus der nun besetzten Westbank, die vormals unter jordanischer Herrschaft stand, flüchteten in etwa 100.000 Palästinenser ins benachbarte

Jordanien. 90 Prozent blieben jedoch in ihrer gewohnten Umgebung. Die Verluste der beiden Konfliktparteien waren annähernd gleich hoch – circa 2.500 Verletzte sowie um die 700 tote Soldaten auf beiden Seiten.

Am 9. Juni 1967, kurz vor Kriegsende, eröffnete Israel letztlich noch eine dritte Front gegen den unmittelbaren Nachbarn Syrien. Damaskus war zwar kein offensiver Gegner, jedoch wurde das Land bereits am ersten Kriegstag auf sehr zurückhaltende Weise militärisch aktiv. Israel sah innerhalb des Sechstagekrieges die Gunst der Stunde, ein für alle Mal den andauernden Wasserkonflikt, welcher mit Syrien vorherrschte, auf militärische Art und Weise lösen zu können. Obwohl dieses Manöver, aufgrund des sowjetischen Rückhalts, den Syrien für sich verbuchen konnte, sehr risikoreich für Israel war, scheute das israelische Militär nicht davor zurück „Flugbasen im Hinterland“ sowie am Golan syrische Stützpunkte anzugreifen.

Zum gleichen Zeitpunkt debattierte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Sowjetunion mit den USA, um einen passenden Konsens betreffend der Lage im Nahen Osten zu erreichen. Weder die einen noch die anderen wollten das Risiko eines Konflikts eingehen, da es so schien, als würde aus einem regionalen ein internationaler Konflikt entflammen. Schlussendlich kam es aufgrund des politischen Drucks noch am selben Tag zwischen Israel und Syrien „zum Prinzip eines Waffenstillstands“. Israel hatte allerdings bis zu diesem Augenblick noch nicht die Stadt Kuneitra, die den militärischen Hauptstützpunkt für Syrien auf dem Golan bildete, eingenommen. Für Israel begann somit ein Wettlauf mit der Zeit. Die Kritik seitens der Sowjetunion wurde immer lauter und die USA wussten nicht mehr, mit welchen Argumenten sie eine Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat verhindern sollten. Nachdem zu Mittag des 10. Juni 1967 die syrische Stadt Kuneitra fiel - beugte sich die israelische Regierung den Forderungen der Vereinten Nationen und willigte noch am selben Tag einem syrisch-israelischen Waffenstillstandsabkommen zu.

Im Nahen Osten etablierte sich Israel innerhalb dieser sechs Kriegstage als der eindeutige sowie führende militärische Akteur. Neben dieser Errungenschaft vergrößerte sich trotz dieser kurzen Zeitspanne das israelische Staatsgebiet um das Dreifache. Im Gegensatz dazu erlebten die arabischen Staaten eine verheerende Niederlage mit gleichzeitigem Gebietsverlust. Letzten Endes konnte Israel den Suezkanal, die Sinai Halbinsel, Ostjerusalem, Gaza, sowie die Westbank und die Golanhöhen - während des Sechstagekrieges erobern.<sup>53</sup>

### 3.3 Unüberlegte Provokationen

Wie bereits angesprochen spielten für Israel mehrere Gründe eine Rolle, warum sie den präventiven Feldzug vorerst nur gegen Ägypten gestartet haben. Die Motive waren vielfältig: Ausschlaggebend waren die zunächst harmlos erscheinenden Truppenstationierungen im Sinai. Folglich kam es zur herausfordernden Sperrung der Straße von Tiran. Für Israel spielten auch mögliche Angriffsziele Nassers, beispielsweise Dimona, eine maßgebliche Rolle sowie innenpolitische Differenzen, öffentliche wie gesellschaftliche Hysterie und die mediale Propaganda seitens Ägyptens. Alle diese Gegebenheiten untermauerten die Motive für die israelische Vorgehensweise, die letztlich in einer Kriegshandlung endete, in welcher Israel schlussendlich drei arabischen Staaten gegenüber stand.

Naturgemäß drängt sich hiermit die Frage auf, aus welchen Gründen Nasser auf frontale Provokation setzte? Ausschlaggebend für Ägyptens Eskalationswellen war ohne Zweifel die Falschmeldung Moskaus vom 13. Mai 1967, in welcher verlautbart wurde, dass sich an der syrischen Grenze israelische Truppenverbände konzentrieren. Daraufhin wurden trotz Dementis des ägyptischen Generalstabs sowie der Richtigstellung seitens der israelischen Regierung, Nassers Kampfansagen gegenüber Israel eingeleitet. Nasser rechtfertigte dies zunächst mit der Solidarität,

---

<sup>53</sup> Vgl. Mejcher (1999): Sinai, 5. Juni 1967, S. 10 ff.; Vgl. Steininger (2003): Der Nahostkonflikt, S. 96 f.; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 49.

die er gegenüber Syrien hegte. Von den eingeleiteten Handlungen versprach sich Nasser zunächst noch einen „Sieg ohne Krieg“. Nachdem Ägypten allerdings am 22. Mai die Straße von Tiran sperren ließ, war folglich die Schwelle einer friedlichen Beilegung der „Differenzen“ eindeutig überschritten, da dadurch einerseits die Solidaritätskarte mit Syrien ihre Gültigkeit verlor, andererseits konnten die bisher gestellten Forderungen sowie Aktionen, Truppenverstärkung im Sinai, Teilabzug der UN-Blauhelme aus dem Sinai sowie die Sperrung der Meeresstraße, nicht mehr zurückgenommen werden, da dies einer politischen Niederlage Nassers gleich gekommen wäre.

Am 29. Mai 1967 versuchte Nasser im Zuge einer Ansprache, in welcher er vor allem auf das Palästinenserproblem aufmerksam machte, eine Rechtfertigung für seine bisherigen gesetzten Maßnahmen zu finden, wobei diese Rede letztlich wiederum nur einen Akt der Provokation gegenüber Israel darstellte. Im Grunde genommen legte Nasser ein sehr widersprüchliches Verhalten an den Tag. Auf der einen Seite setzte er offensichtlich auf Provokation – andererseits verkündete er wiederholt, selbst noch am Vorabend des Sechstagekrieges, dass der erste Schuss nicht von Ägypten fallen werde. Welche Gedanken Nasser tatsächlich hegte, wird wohl für immer ein gut gehütetes Geheimnis bleiben.

Die bereits angeführten Tatsachen stellen ohne Zweifel einige Ursachen dar, die zum Sechstagekrieg 1967 führten. Jedoch war auch die mangelnde Kommunikation zwischen Kairo und Tel Aviv ein maßgebender Grund, warum es zur militärischen Auseinandersetzung kam. Weiters beunruhigte Israel das Militärbündnis zwischen Jordanien und Ägypten, sowie der seit dem Ende der 1950er Jahre andauernde Wasserkonflikt mit Syrien - im Quellgebiet des Jordan. All diese Fakten und Tatsachen waren schlussendlich ausschlaggebend für den israelischen Präventivschlag 1967.<sup>54</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Mejcher (1999): Sinai, 5. Juni 1967, S. 17 ff., 23 f., 28 ff.

Innerhalb von nur sechs Kriegstagen stellten sich im Nahen Osten die Weichen für die kommenden Jahrzehnte. Insbesondere war damit auch das Schicksal der Palästinenser verbunden, die sich fortan einer neuen Besatzungsmacht ausgeliefert sahen. Nach der anfänglichen Euphorie entpuppte sich für Israel der scheinbare Sieg allerdings als große Last, welche spätestens Ende der 1980er Jahre – mit dem Ausbruch der Intifada augenscheinlich wurde. Dementsprechend werde ich in den nachfolgenden Seiten vor allem auf die Besatzungspolitik der israelischen Regierung eingehen, sowie auf das immer größer werdende Sicherheitsproblem aufmerksam machen, welches zum Teil auf die Politik Israels nach 1967 zurückzuführen ist.

### 3.4 Friedensverhandlungen

Nach dem anfänglichen Hochgefühl, welche die gewonnene Schlacht mit sich brachte, machte sich innerhalb der israelischen Regierung relativ rasch Ernüchterung breit. Denn es drängte sich wohl oder übel die Frage auf, wie man mit den eroberten Gebieten nun umgehen soll? Im Wesentlichen wurde in den darauffolgenden Wochen über zwei Optionen diskutiert: Friedensvertrag oder Besatzung. Neben den unterschiedlichsten Positionen der sogenannten „Tauben“ und „Falken“, welche sich allerdings kaum von einander unterschieden, mit der Ausnahme dass der Flügel der Tauben vor einer Annexion warnte, spielten strategische wie religiöse Aspekte eine maßgebliche Rolle in der Entscheidungsfindung. Die Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Positionen waren marginal. Ministerpräsident Eschkol vertrat beispielsweise, wie sehr viele Schriftsteller und Intellektuelle, die Meinung, dass ein Rückzug nur mit einem Friedensvertrag von statten gehen kann. Wobei für diesen Block eine Annexion nicht zur Debatte stand. Die Positionen der Falken beziehungsweise die der Generäle unterschieden sich größtenteils nur darin, dass sie weitaus schärfer formuliert waren. Unter den Generälen war ebenso die Tendenz zu

erkennen, den momentanen „Status quo“ beizubehalten. Mit diesem Standpunkt wurde ebenso verbunden, dass die Palästinenser in den kommenden Jahren vielleicht fliehen oder aus freien Stücken das Land verlassen, und sich somit das „Problem“ von selbst löst. Mosche Dajan und Eschkol einte zwar nicht sehr viel, jedoch vertraten sie in der „Araberfrage“ dieselbe Ansicht,<sup>55</sup> dass „Israel Ostjerusalem, Teile des Westjordanlandes, den Gazastreifen und ein paar andere Orte auf der Karte der besetzten Gebiete behalten sollte.“<sup>56</sup> *Hinsichtlich der Palästinenserfrage erträumten sie sich wahrscheinlich denselben Ausgang, welchen sich auch die Generäle mit der Aufrechterhaltung des Status quo erhofften.*

Es ist sehr schwierig eine genaue Trennung zwischen den einzelnen Stellungnahmen sowie Überlegungen, welche bei den Tauben sowie bei den Falken vorherrschte, vorzunehmen, da weder die einen noch die anderen dazu bereit waren, besetzte Gebiete aufzugeben. Neben sicherheitspolitischen Überlegungen wurde sowohl in den einzelnen Diskussionsrunden immer wieder augenscheinlich wie viel Platz Patriotismus und religiöse Betrachtungsweisen in den einzelnen Gedankengängen einnahmen. Beispielhaft ist hierfür vor allem die Aussage Beginns während einer der vielen Kabinettsitzungen<sup>57</sup>: „Sollen wir diejenigen sein, die das Land Israel zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels wieder teilen“?<sup>58</sup>

Durch den vorherrschenden Enthusiasmus, welcher durch die Eroberung der besetzten Gebiete den Staat Israel regelrecht erfasste, konnte sich weder ein Großteil der Bevölkerung noch der stets bedachte Ministerpräsident Eschkol - nochmals in die territoriale Situation vor dem Sechstagekrieg hineinversetzen. Wobei sich Levi Eschkol andererseits auch um den zukünftigen Ruf Israels sorgte, welchen er mit einer möglichen Besatzungspolitik in Gefahr sah. Anhand dieser

---

<sup>55</sup> Vgl. Segev (2009) 1967, S. 651 ff.

<sup>56</sup> Segev (2009): 1967, S. 656.

<sup>57</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 658.

<sup>58</sup> Segev (2009): 1967, S. 659.

ambivalenten Gedankengänge, die nicht nur auf den Premierminister zutrafen, entpuppten sich folglich, unmittelbar nach Kriegsende, die Friedensverhandlungen als äußerst problematisch.

Im Oktober 1967 starteten mit der Hilfe eines amerikanischen Freundes Nassers – Robert Anderson - die Friedensgespräche zwischen Kairo und Tel Aviv. Die Gespräche erwiesen sich als sehr kompliziert, und letztlich von vornherein als eine Einbahnstraße, da Nassers Bedingungen für einen Frieden, für Israel als nicht akzeptabel galten.

Ägypten plädierte auf keine direkten Verhandlungen, da es für Nasser als „arabischer Führer“ nicht möglich war, in direkte Gespräche mit Israel zu treten. Weiters forderte Ägypten den Rückzug aus den besetzten Gebieten sowie eine Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. Im Gegensatz dazu wäre Nasser bereit gewesen, den Suezkanal zu öffnen, und eine Entmilitarisierung bestimmter Gebiete wurde in Erwägung gezogen. Letztlich trat Nasser ebenso für einen vorgegebenen Friedensvertrag der Großmächte ein. All diese Punkte stellten jedoch für Israel keinerlei Verhandlungsbasis dar - nachdem keine direkten Gespräche mit Nasser möglich waren. Erst im Jahr 1979 wurden die Differenzen zwischen den beiden Staaten ausgeräumt, und somit ein Friedensvertrag möglich.

Nachdem sich die Friedensgespräche als ziemlich haltlos erwiesen verabschiedete am 22. November 1967 der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 242. Im Vorfeld der Abstimmung gab es jedoch heftige Diskussionen, ob innerhalb des Gesetzestextes die Rede von „den Gebieten“ oder nur von „Gebieten“ sein soll. Letzteres fand schlussendlich mehrheitliche Zustimmung, wobei diese Tatsache die Verhandlungen nicht wesentlich vereinfachte. Israel akzeptierte erst 1970 die UN-Resolution, die PLO offiziell erst nach ihrer eigenständigen Proklamation des Staates Palästinas 1988. Aufgrund dieser ungenauen Formulierung ist bis heute ungewiss, aus welchen Gebieten sich die israelischen Streitkräfte zurück ziehen mussten. Neben dieser Forderung wurde auch eine rasche Lösung hinsichtlich des

Flüchtlingsproblems verlangt sowie ein friedvoller Umgang und Akzeptanz gegenüber den Nachbarstaaten aus der Region. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt die Position Israels schon so gefestigt, dass ein Rückzug ohne Frieden keinerlei Diskussionsgrundlage bot. Demzufolge war auch die Bereitschaft, die Israel bereits am 19. Juni 1967 signalisierte, sich von der Sinai-Halbinsel und den Golanhöhen im Austausch von Demilitarisierung und Frieden zurückzuziehen, als nichtig zu betrachten.

Das Scheitern der Friedensgespräche wurde neben den bereits angeführten Punkten auch maßgeblich von der Tatsache beeinflusst, dass die arabischen Außenminister im August 1967 in Khartum, „drei Negativbeschlüsse“, welche sich gegen den Staat Israel richteten, beschlossen<sup>59</sup>: „kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels und keine Verhandlungen mit Israel“.<sup>60</sup>

Trotz diverser Unstimmigkeiten mit den Vereinigten Staaten wurde Israel in keinerlei Hinsicht in Bedrängnis gebracht, sich aus den eroberten Gebieten zurückziehen zu müssen. Dazu beigetragen hat aller Wahrscheinlichkeit nach der Alleingang König Husseins. Ungeachtet der drei Negativbeschlüsse wurden direkte Friedensverhandlungen mit Israel aufgenommen. Die Gespräche verliefen dem Anschein nach relativ konstruktiv, unter anderem, um Amerika zu signalisieren, dass Israel an einem Frieden mit den Nachbarstaaten interessiert sei. Innerhalb der Regierung herrschte nämlich das Gefühl vor, die okkupierten Gebiete, auf Druck der Vereinigten Staaten räumen zu müssen. Obwohl Jordanien letzten Endes einem Friedensvertrag mit Israel nicht zustimmen konnte, war dennoch das amerikanisch-israelische Verhältnis ungebrochen. Aufgrund des spürbaren Rückhalts Amerikas bestand für Israel keine Eile einem bloßen Waffenstillstandsabkommen zuzustimmen, sowie sich in vermehrter

---

<sup>59</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 656, 660, 672 ff.; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 50;

Vgl. Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 29 f.

<sup>60</sup> Segev (2009): 1967, S. 675.

Weise mit Rückzugsgedanken auseinander zu setzen. Augenscheinlich wurde dies insbesondere durch den Kabinettsbeschluss Ende August 1967, in welchem die Entscheidung fiel, auf den Golanhöhen Land zu bebauen. Bereits im Dezember 1967 wurden in den besetzten Gebieten bis zu zehn Siedlungen verzeichnet.

Ungefähr ein Jahr nach dem Sechstagekrieg konnte sich ein Großteil der israelischen Bevölkerung den territorialen Zustand vor dem Krieg nicht mehr vorstellen. Jedoch wurden sie gleichzeitig von den Gedanken übermannt, dass die Besatzungspolitik ebenso negative Folgen für den Staat Israel nach sich ziehen könnte. Diese ambivalente Betrachtungsweise beherrschte unmittelbar nach dem Krieg auch die Regierungsmitglieder. Einerseits sollen die im Krieg eroberten Gebiete als Diskussionsgrundlage dienen. Andererseits herrschte keinerlei Einigkeit vor, inwiefern ein Rückzug zur Debatte steht, und in welcher Weise mit den arabischen Nachbarstaaten verhandelt werden soll.<sup>61</sup>

Unterschiedlichste gesellschaftliche wie sicherheitspolitische Überlegungen sowie die fehlgeschlagenen Friedensgespräche, und dem beinahe alles beherrschendem Gefühl Herr über „Erez Israel“ zu sein, trugen letzten Endes dazu bei, den Weg als Besatzungsmacht für Israel zu ebnen. Die Konsequenzen, die sich dadurch für Israel, die palästinensische Bevölkerung sowie für zukünftige Friedensgespräche ergaben, waren zum damaligen Zeitpunkt, im Hinblick auf die Entscheidungsfindung, meines Erachtens nicht absehbar.

---

<sup>61</sup> Vgl. Segev (2009): 1967, S. 675 ff., 684 f., 688, 691, 695 f.; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 49.

### 3.5 Die israelische Besatzungspolitik nach 1967

Bereits wenige Wochen und Monate nach dem Sechstagekrieg nahm die israelische Regierung mit Hilfe verschiedenster Mittel, wie in etwa mit der Siedlungspolitik und den rigiden Sicherheitsmaßnahmen, ihre Kolonisationstätigkeiten im Gaza sowie in der Westbank auf. Diese wurden einerseits mit Sicherheits- und Strategischen Argumenten sowie mit dem Anspruch aus radikalen Lagern, dass es sich hierbei um das von Gott verheißende Land handle, untermauert.

Eine der ersten Handlungen, die Israel setzte, um beispielsweise aufkommende Unruhen und Aufstände in den eroberten Territorien zu vermeiden, wurde unter den Schlagwörtern „Administrativhaft“ und „Ausgangssperre“ publik. Unter ersterem versteht man, dass alleine aus Sicherheitsgründen, Personen ohne eine juristische Anklage sowie einer rechtmäßigen Verurteilung für bis zu sechs Monate festgehalten werden können. Völkerrechtlich gesehen stellte die Administrativhaft keine Bedenken dar, da sie als ein Relikt aus der britischen Mandatszeit fungierte. Aufgrund der anhaltenden Kritik aus dem In- und Ausland wurde sie jedoch Mitte der 1970er Jahre beträchtlich eingeschränkt. Allerdings war dies nur von kurzer Dauer, da mit dem Ausbruch der Intifada 1987 neben der vermehrten Anwendung auch die Höchstdauer von sechs auf zwölf Monate angehoben wurde. Neben der Ausgangssperre, welche je nach Bedarf über Dörfer, Flüchtlingslager und Städte verhängt wurde, war auch die Rede- und Versammlungsfreiheit in den besetzten Gebieten äußerst eingeschränkt. Weiters waren aufgrund der eingesetzten Militärverwaltung im Gaza sowie in der Westbank politische wie soziale Rechte für die palästinensische Bevölkerung so gut wie nicht vorhanden. Laut Menschenrechtsorganisationen und der UN gingen mit der in den eroberten Gebieten angewendeten Politik auch Menschenrechtsverletzungen wie in etwa Folter einher.

Ab der Mitte der 1970er Jahre verbesserte sich die Situation zwischen den Besatzern und den Palästinensern. Allerdings nahmen ungefähr zehn Jahre später die Spannungen wieder deutlich zu. Dies ist unter anderem damit zu begründen, dass die Politik der „Eisernen Faust“ das Land ab sofort regierte. Darunter fielen neben Deportationen, Stadt- oder Hausarrest, allgemeine Ausgangssperren sowie die wieder vermehrt zum Einsatz kommende Administrativhaft. Diese Maßnahmen sollten vor allem Aufständen und Terrorismus gegensteuern.

Wie vorangehend bereits erwähnt, nahm Israel nur wenige Monate nach Kriegsende den Bau von jüdischen Siedlungen in Angriff. Aus offizieller Sicht wurde die Siedlungspolitik mit Sicherheitsmaßnahmen argumentiert, um rund um den Staat eine Art Sicherheitsgürtel bilden zu können. Mit den Siedlungen speziell im Gaza und in der Westbank wurde jedoch beabsichtigt, dass die arabischen Gebiete von einander getrennt werden, damit sich die dort ansässige Bevölkerung früher oder später in überfüllten Ghettos wiederfindet. Hinter dieser Handlung stand der Gedanke, dass auf diese Weise der Wille nach einer politischen wie territorialen Einheit eines palästinensischen Staates gebrochen werden könnte. Weiters beabsichtigte die israelische Regierung den palästinensischen Widerstandsgruppen dadurch den Zulauf in den Zentren zu erschweren. Um die Errichtung von Siedlungen überhaupt starten zu können, war es für Israel notwendig Staatsgebiet zu konfiszieren. Im Gaza wurde ungefähr ein Drittel der gesamten Fläche beschlagnahmt. Als Ziel wurden „städtisch-industrielle Zentren“ angestrebt. Als Vorläufer wurden allerdings „militärisch-landwirtschaftliche Siedlungen“ errichtet, um den Anschein zu wahren, auch völkerrechtlich gesehen, dass es sich hierbei nur um eine vorübergehende Maßnahme handle. Denn nach der „4. Genfer Konvention“ geht die von Israel angewendete Siedlungspolitik nicht mit dem Völkerrecht einher, da es einer Besatzungsmacht nicht zusteht, die eigene Bevölkerung in besetzte Territorien umzusiedeln. Aus offizieller Sicht rechtfertigte sich Israel mit der Begründung, dass die Westbank sowie der Gazastreifen nur unter jordanischer beziehungsweise

ägyptischer Verwaltung standen. Somit treffe die Konvention nicht zu, da es sich um „herrenlose“ Gebiete handle.

Bis 1977 konnte man noch von einer moderaten Siedlungspolitik sprechen. Danach wurde die Vorgehensweise jedoch zunehmend aggressiver, da Mitglieder der Gruppe „Gusch Emunium“, welche eine sehr radikale Siedlerbewegung darstellen, zunehmend an Einfluss gewannen. Die UN Organisation „Commission for Trade and Development“ publizierte 1990, dass in den besetzten Gebieten in etwa 54 Prozent den jüdischen Siedlern und der Militärbehörde unterstand. Am Anfang der 1990er lebten ungefähr 5000 Siedler im Gaza, 140.000 in Ostjerusalem sowie 90.000 in der Westbank. Unmittelbar vor Ariel Sharons Rückzug aus dem Gaza, 2005, wurden 8. 475 jüdische Siedler in insgesamt 21 Siedlungen verzeichnet. Um das Leben in den besetzten Gebieten einigermaßen attraktiv zu gestalten, wurden sogar die Wohnanlagen von staatlicher Seite subventioniert, um sie relativ günstig anbieten zu können.

Trotz mehrfacher Verurteilung des UN-Sicherheitsrates und der andauernden internationalen Kritik rückte die israelische Politik jahrelang nicht von ihrer Siedlungspolitik ab. Sogar unter Premier Yitzhak Rabin - dessen Amtszeit von einer Friedensinitiative geprägt war - stieg die Anzahl jüdischer Siedler innerhalb der besetzten Gebiete. Seit 2005 herrscht zwar Einigkeit darüber, dass von neuen Siedlungsbauten Abstand genommen wird. Allerdings ist es noch weitgehend unklar, inwiefern vorhandene Siedlungen ausgebaut oder aufgelöst werden. *Klarheit wäre in diesem Fall von Vorteil, da die Siedlungspolitik eines der großen Streitthemen in den immer wieder aufkeimenden Friedensprozessen darstellt.*

Ausgehend von den rigiden Sicherheitsmaßnahmen und der Siedlungsoffensive nahm die israelische Regierung auch weitgehenden Einfluss auf die wirtschaftlichen Aktivitäten in den besetzten Territorien. Nachdem die Besatzungspolitik Kolonien im Gaza sowie in der Westbank anstrebte, wurde die wirtschaftliche Entwicklung eng an

jene von Israel gebunden. Israelische Produkte fanden einerseits einen enormen Absatzmarkt, sowie israelische Unternehmen andererseits „billige Arbeitskräfte“ vorfinden, die wiederum unter sehr prekären Verhältnissen ihrer Arbeit nachgingen.

Aufgrund der besatzungspolitischen Maßnahmen hielten sich die Palästinenser, politisch gesehen, bis zum Anfang der 1970er Jahre eher im Hintergrund. Unter anderem ist dies damit zu begründen, dass der Schock 1967 bereits zum dritten Mal, nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948/49 und dem Suezfeldzug 1956, einen Krieg gegen Israel verloren zu haben, einfach zu tief in den Köpfen der Menschen verankert gewesen. Weiters fanden politische Strömungen keinerlei Rückhalt innerhalb der Bevölkerung. Mit der Zeit formierten sich dann einzelne Gruppen, die sich gegen die rigide Besatzungspolitik Israels auflehnten. Erst mit dem Ausbruch der Intifada, im Dezember 1987, wurde in voller Bandbreite die verzwickte Lage, in welcher sich die Palästinenser befanden, für die Weltöffentlichkeit sichtbar, und der Aufstand gegen die Besatzungsmacht nahm ihren Lauf.<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 51 ff., 58 ff; Vgl. Segev (2009): 1967, S. 687; Vgl. Johannsen (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 71 f;  
Vgl. Wolffsohn, Michael (2007): Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, (7. Auflage), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 28 f.;  
Vgl. Berry, Mike/ Philo, Greg (2007): Israel und Palästina. Kampf ums „gelobte“ Land – eine vergleichende Betrachtung, Berlin: Kai Homilus Verlag, S. 75 f., 81, 83;  
Vgl. Hilal, Jamil (1976): Class Transformation in the West Bank and Gaza, in: MERIP (Middle East Research and Information Project)-Reports No. 53, Washington, in: Bunzl, John (Hg.) (1981): Der Nahostkonflikt. Analysen und Dokumente, Wien: Wilhelm Braumüller Verlag Wien, Campus Verlag Frankfurt, S. 99, 106 f.;  
Vgl. Schreiber, Friedrich (1990): Aufstand der Palästinenser. Die Intifada, Opladen: Leske und Budrich, S. 14;  
Vgl. Langer, Felicia (2006): Die Entrechtung der Palästinenser. 40 Jahre israelische Besatzung, Göttingen: Lamuv Verlag GmbH, S. 76.

## 4 1973 - Jom-Kippur-Krieg

Innerhalb dieses Kapitels möchte ich kurz sowie in groben Umrissen auf den Jom-Kippur-Krieg 1973 eingehen, der auch unter dem Namen „Oktoberkrieg“ bekannt ist. Dieser stellt neben dem Sechstagekrieg, im Jahr 1967, einen der bedeutendsten Kriege des Nahostkonflikts dar. Dies ist vor allem damit zu begründen, dass sich nach den Kampfhandlungen mit den arabischen Staaten, 1967 sowie 1973, grundlegende Veränderungen in der innenpolitischen Landschaft Israels ergaben.

Am 6. Oktober 1973 versuchten der ägyptische sowie der syrische Präsident die im Sechstagekrieg an Israel verlorenen Gebiete, die Sinai Halbinsel sowie das Golangebirge, in Form eines Überraschungsangriffs zurückzuerobern. Anwar Sadat sah aufgrund der gescheiterten Friedensverhandlungen mit Israel keine andere Wahl, als wie auf kriegerische Art und Weise seine Gebietsansprüche zu untermauern. Der syrische Staatspräsident Hafis al-Assad erhoffte sich vor allem die Golanhöhen wieder als syrisches Territorium verzeichnen zu können. Am höchsten jüdischen Feiertag – Jom-Kippur – wurde schließlich die militärische Offensive auf den Golanhöhen sowie am „Ostufer des Suezkanals“ aufgenommen. Im Zuge der Kampfhandlungen konnten Syrien und Ägypten zunächst durchaus Erfolge verbuchen. Ägypten erreichte den Sinai. Syrien wiederum gelang es, in den Golanhöhen die israelischen Streitkräfte zurückzudrängen. Die Erfolge stellten sich jedoch ein, als Israel auf eine offensive Strategie setzte. Weit über die vermeintlich verlorenen Gebiete erfolgte schließlich der militärische Gegenschlag Israels.

Die Kampfhandlungen wurden schließlich auf Initiative der USA am 26. Oktober 1973 eingestellt sowie ein Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien geschlossen. Es bestand die Annahme, dass es zu einer atomaren Konfrontation zwischen der Sowjetunion, welche ein mögliches Eingreifen in den Oktoberkrieg von 1973 androhte, und

Amerika kommen könnte, falls die kriegerischen Handlungen nicht eingestellt werden.

Nach den gescheiterten Friedensverhandlungen und dem Jom-Kippur-Krieg unterzeichneten Israel und Ägypten schließlich, am 26. März 1979, einen Friedensvertrag, der im Rahmen des Camp David Abkommens von 1978 geregelt wurde. Dieses sah neben dem Friedensschluss zwischen Kairo und Tel Aviv einen Friedensfahrplan für den Nahen Osten vor. Die Sinai Halbinsel wurde, wie im Vertrag festgelegt, bis zum April 1982 von Israel geräumt und an Ägypten zurückgegeben.

Der Oktoberkrieg von 1973 symbolisiert definitiv den letzten großen Kriegsschauplatz der arabischen Staaten und Israels im Nahostkonflikt. Der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten brachte vor allem eine grundlegende Änderung der Lage Israels mit sich. Verteidigungskriege rückten zwar in den Hintergrund, jedoch mussten sich die Politiker in den folgenden Jahren vermehrt mit innenpolitischen Problemen auseinandersetzen. Die Zukunftsthemen waren für Israel zum einen die Palästinenserfrage, die sich im Zuge der Intifada 1987 zuspitzte, und zum anderen ein etwaiger Friedensschluss mit den Palästinensern, aufgrund der anhaltenden Kritik aus dem In- und Ausland.<sup>63</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl. Johannsen (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 29 f., 37; Vgl. Berry/ Philo (2007): Israel und Palästina, S. 90 f; Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 14.

## **5 1987 – Koordinierter Befreiungskampf oder gewalttätiger Widerstand?**

Bis zum Ausbruch der Intifada, 1987, verzeichnete Israel eine lange Liste an erfolgreich gewonnenen Kriegen, im Gegensatz zu ihren durchaus kampfbereiten, umliegenden arabischen Nachbarstaaten. Innerhalb von nur einem Jahr behauptete sich der neugegründete Staat, im Unabhängigkeitskrieg 1948/1949, gegen mehrere arabische Armeen. 1956 meisterten sie erfolgreich die Suezkrise. Im Sechstagekrieg 1967 bewies sich Israel innerhalb von nur sechs Tagen militärisch gegen Ägypten, Jordanien sowie Syrien. Darüber hinaus gelang es ihnen auch ihr Territorium zu vergrößern. Besser gesagt, avancierte Israel zur Besatzungsmacht. Im Jom-Kippur-Krieg, 1973, gelang es der israelischen Armee binnen weniger Wochen Ägypten und Syrien in ihre Landesgrenzen zurück zu drängen. Und das, obwohl es sich hierbei um einen Überraschungsangriff seitens dieser Länder handelte. Ab dem Libanonkrieg, 1982, zeichnete sich allerdings die Tatsache ab, dass die Zeit der erfolgreich gewonnen „Blitzkriege“ für Israel ein jähes Ende fand. Nach monatelangen Kampfhandlungen blieb der Erfolg nach wie vor aus. Israel musste sich eingestehen, dass ein schnelles wie erfolgreiches Ende dieses Kriegsmanövers, aufgrund der Kampfbereitschaft der Palästinensischen Befreiungsorganisation, vorerst ausblieb. Diese Entwicklung setzte sich mit dem Ausbruch der Intifada 1987 fort. Der unangefochtenen Militärmacht schlecht hin, war es nicht einmal nach zwei Jahren möglich gewesen, aus diesem Aufstand einen politischen wie militärischen Sieg zu erzielen. Die Gründe für den zunächst unkoordinierten Volksaufstand waren vielfältig. Nachdem sich auch aufgrund der medialen Inszenierung das Bild „David gegen Goliath“ abzeichnete, waren die internationalen Sympathiebekundungen eindeutig und ein Kriegsverlauf im herkömmlichen Sinn für Israel nicht durchführbar. In den vergangenen Jahrzehnten teilten sich die Kriegsschauplätze Staaten die gegeneinander in den Kampf zogen. Die Intifada brachte jedoch eine

Situation mit sich, mit der Israel bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Berührung gekommen war. Die Maßnahmen die daraufhin ergriffen wurden erschienen überzogen und in gewisser Weise wirkungslos.

Innerhalb des Aufstandes fungierte Israel ebenso als sogenannter Mittelsmann für die Hamas. Im Grunde verdankt die „Islamische Widerstandsbewegung“ ihren politischen Aufstieg Israel, da die israelische Regierung trotz einschlägiger Warnungen in dieser das Pendant zur PLO gesehen hat, um die Palästinensische Befreiungsorganisation mit einer starken Opposition in ihre Schranke zu weisen. Dass mit der Hamas ein einflussreicher politischer und militärischer Gegner an die Öffentlichkeit getreten ist, war trotz der späten Einsicht, dass es sich bei der genannten Gruppierung um eine Terrororganisation handelt, letztlich auch für Israel nicht mehr aufzuhalten.

Im Grunde genommen entlud sich auf eine noch nie dagewesene Art und Weise ein Volksaufstand, der vor allem gegen die Besatzungsmacht gerichtet war. Aufgrund politischer und gesellschaftlicher Diskussionen betreffend der israelischen Besatzungspolitik, sowie im Hinblick auf die anhaltende internationale Kritik, mündete die Intifada letztlich in einen Friedensprozess, welcher in den 1990er Jahren erstmals die Hoffnung für eine Zweistaatenlösung aufkeimen lies.<sup>64</sup>

---

<sup>64</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 27, 29, 34, 38, 61 ff.; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 79, 82; Vgl. Johannsen (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 37; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag, S. 39, 73 ff., 78 f.

## 5.1 Was war der Auslöser für den Ausbruch der Intifada 1987?

Am 6. Dezember 1987 wurde einem israelischen Geschäftsmann auf barbarische Art und Weise die Kehle durch die Gruppe „Streitkraft 17“, welche der Fatah zuzuordnen ist, durchgeschnitten. Zwei Tage später verursachte ein israelischer Lastkraftwagenfahrer einen Verkehrsunfall, in welchem vier palästinensische Arbeiter aus dem Flüchtlingslager Dschebalja bei Gaza den Tod fanden. Leute aus Deschebalja nahmen allerdings dieses Unglück zum Anlass, um das Gerücht zu verbreiten, dass dieser Unfall aus Rache, im Hinblick auf die Geschehnisse vom 6. Dezember, passiert sei. Bereits unmittelbar nach der Beerdigung der vier tödlich verunglückten Palästinenser, am 9. Dezember 1987, wurden im zuvor genannten Flüchtlingslager erste Molotow-Cocktails, Steine sowie brennende Reifen verzeichnet. Diese Vorkommnisse lösten einen sogenannten „Flächenbrand“ in dem 360 Quadratkilometer umfassenden Gazastreifen aus, welcher mit seinen 1,4 Millionen Einwohnern zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt zählt und in welchem mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Status eines Flüchtlings inne hat, sowie auf unrühmliche Weise von acht Flüchtlingslagern gekennzeichnet ist.

Als Ursache für den Ausbruch kann durchaus die Tatsache gewertet werden, dass sich 1983 die PLO in einen moderaten Flügel unter Yassir Arafat in Tunis sowie in einen radikalen in Damaskus unter Präsident Assad gespalten hat. Für die Palästinenser war es äußerst frustrierend, von oberster Stelle nur rhetorische Parolen zu hören – ohne eine deutliche Verbesserung zu verspüren und ohne einer einheitlichen Führung der israelischen Besatzungspolitik ausgeliefert zu sein.

Zu Beginn war seitens der Medien und der Politik nicht von Intifada, welche mit dem Wort „Abschütteln“ zu übersetzen ist, die Rede, sondern vielmehr von Unruhen, denen man bald Einhalt gebieten wird.

Nachdem es sich in der Vergangenheit bewährte, setzte Israel gegen palästinensische Aufständische Geschosse aus Gummi oder Tränengas ein. Jedoch gerieten israelische Soldaten sehr oft in Hinterhalte, in den Flüchtlingslagern. Um sich selbst in Sicherheit zu bringen wurde scharfe Munition eingesetzt. Diese lebensrettende Maßnahme kennzeichnete allerdings sehr unrühmlich die israelische Vorgehensweise, die Unruhen speziell im Gaza sowie in der Westbank zu bekämpfen.<sup>65</sup>

## 5.2 Israelische Reaktionen

Unter der israelischen Regierung sowie unter dem Inlandsgeheimdienst machte sich gleichermaßen Verunsicherung sowie Erstaunen breit, da noch vor kurzem auf Basis von Ermittlungen Unruhen ausgeschlossen werden konnten. Aufgrund der Unsicherheit, die Aufstände richtig einzuschätzen, erschienen die gesetzten Maßnahmen äußerst brutal und fehlerhaft. Trotz ausgeklügelter Militärmanöver und Kollektivstrafen, wie in etwa Häusersprengungen, Ausgangssperren, Arbeitsmarktbeschränkungen sowie mittels Landenteignungen wurde das Ziel, die Aufständischen niederzuzwingen, verfehlt. Trotz der massiven Unruhen war es dem Generalstab, dem Geheimdienst sowie dem Verteidigungsministerium nicht möglich, zu Beginn eine konkrete Einschätzung der Vorkommnisse zu treffen. Dementsprechend zeichnete sich in den Medien das Bild „David gegen Goliath“ ab. Den Aktivisten der Intifada brachte diese mediale Berichterstattung, im Gegensatz zu Israel, weltweite Sympathiebekundungen ein.

Durch die „Rebellion der Steine“ wurde die „Grüne Linie“, welche die palästinensischen Gebiete vom israelischen Staatsgebiet trennte und über die Jahre in Vergessenheit geriet, wieder schlagartig in den Köpfen der Israelis hervorgerufen. Dazu beigetragen hat vor allem die bis dahin

---

<sup>65</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 13 ff., 18, 20, 29; Vgl. Langer (2006): Die Entrechtung der Palästinenser, S. 67.

noch nie dagewesene „Opferbereitschaft“ auf palästinensischer Seite. Zwar flogen in den Jahren zuvor ebenso Steine, aber die Aktionen waren nicht vergleichbar. Offensichtlich zeichnete sich mit dem Ausbruch der Intifada, am 9. Dezember 1987, ein Volksaufstand ab, in dem sich mehr als 20 Jahre israelische Besatzung entluden.<sup>66</sup>

### 5.3 Gaza in der Rolle des Anführers?

Es ist durchaus nachzuvollziehen, dass der palästinensische Aufstand in einem der acht Flüchtlingslager Gazas seinen Ausgang nahm. Im Vergleich zur Situation in der Westbank, war der Hass gegenüber den Besatzern sowie die Aussichtslosigkeit um ein vielfaches höher. Die soziologischen Strukturen, 60 Prozent der dort lebenden Menschen gelten als Flüchtlinge, die in Slums beziehungsweise Lagern auf engstem Raum zusammenleben, ebneten nicht nur den Ausbruch des Volksaufstandes, sondern auch<sup>67</sup> „eine geistige, soziale und politische Hinwendung zum Islam“.<sup>68</sup> Bereits unter der ägyptischen Besatzungsmacht fand die palästinensische Widerstandsgruppe Fatah, die der PLO zuzuordnen ist, im Gaza ein Klima vor, das vom Islam bereits durchzogen war. Der Kampf gegen Israel konnte folglich von dort seinen Ausgang nehmen. Weiters wurden durch diverse ägyptische Lippenbekenntnisse Tendenzen in Richtung Terrorismus verstärkt.<sup>69</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 25, 27, 39; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 79 f.

<sup>67</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 32, 34; Vgl. Langer (2006): Die Entrechtung der Palästinenser, S. 67.

<sup>68</sup> Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 34.

<sup>69</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 34 f.

## 5.4 Die Palästinensische Befreiungsorganisation - PLO

Die PLO ist eine der zentralen Akteure im israelisch-palästinensischen Konflikt. Aus diesem Grund werde ich innerhalb dieses Kapitels auf die wichtigsten Daten und Eckpfeiler der Befreiungsorganisation eingehen, um damit einerseits die inhaltlichen Vorgriffe meinerseits besser zu veranschaulichen, beziehungsweise, um den weiteren Inhalt meiner Arbeit besser darstellen zu können.

An der Gründung der PLO, im Jahr 1964, war vor allem die Arabische Liga interessiert. Zunächst war jedoch die Organisation unter dem Vorsitz des UN-Gesandten Saudi Arabiens Ahmed Shukeiri weit von einer einflussreichen Befreiungsorganisation entfernt. Der Wirkungsbereich der PLO war vorerst äußerst eingeschränkt, da sie in finanzieller wie in politischer Hinsicht eng an die arabischen Staaten gebunden war. Dies änderte sich allerdings mit der Ernennung Yassir Arafats, 1968, zum Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Mit diesem Schritt übernahm gewissermaßen die Fatah die eigentliche Kontrolle über die PLO, da Arafat dieser Organisation bereits vorstand. Erst vier Jahre nach dem eigentlichen Gründungsjahr, war es der Bewegung unter Federführung der Fatah gelungen, sich hin zu einer realen sowie greifbaren politischen Vertretung für das palästinensische Volk zu entwickeln.

Die Fatah wurde 1959 in Kuwait gegründet. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten stand die „Befreiung Palästinas“. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckten Mitglieder der Fatah weder vor Gewaltanwendung noch vor terroristischen Aktivitäten zurück. Der „bewaffnete Kampf“ wurde als das Mittel schlecht hin gesehen, um die Errichtung Palästinas voranzutreiben. Mit der Hilfe Syriens gelang es der Fatah bis 1967 um die 100 Attentate zu verüben. Obwohl die israelische Regierung sehr streng mit Terroristen ins Gericht ging, gerieten immer wieder Zivilisten und Kinder ins Visier der Terroristen. Vor dem Sechstagekrieg war es für die Fatah sehr schwierig, Aktivisten zu rekrutieren. Erst nach der

verheerenden militärischen Niederlage wandten sich die arabischen Führer an die Fatah. Folglich wurde auch die vermehrte Unterstützung der Palästinenser für die Führungsregie der Fatah bemerkbar. Trotz all dem waren die Palästinenser noch nicht bereit im größeren Umfang aktiv gegen Israel vorzugehen. 1967 gelang es der Fatah somit nicht einen Aufstand im größeren Maße zu mobilisieren. Nachdem Yassir Arafat die Führung der PLO inne hatte, wurde auch die Charta aus dem Gründungsjahr überarbeitet. Inhaltlich geht aus dem Statut, neben der Etablierung eines Palästinenserstaates, beziehungsweise der Befreiung Palästinas, der bewaffnete Kampf als unerlässliches Mittel sowie die Zerstörung Israels hervor.

Die ersten diplomatischen Erfolge stellten sich für die PLO im Jahr 1974 ein. Auf internationaler Ebene wurde die Befreiungsorganisation von Seiten der Vereinten Nationen als Verhandlungspartner angesehen. Weiters wurde ihnen ein sogenannter „Beobachterposten“ innerhalb der UN zugesprochen. Regional gesehen, konnte es die PLO als großen Erfolg werten, dass die arabischen Staaten sie nun,<sup>70</sup> „als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“<sup>71</sup> anerkannten.

Am Ende der 1970er Jahre stellten sich allerdings die Erfolge, aus Sicht der Palästinensischen Befreiungsorganisation, beträchtlich ein. Für die PLO wurde einerseits der 1979 geschlossene Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten, welcher innerhalb des „Camp David-Abkommen“ 1978 geregelt wurde, sowie der daraus resultierende Friedensfahrplan, als politischer Rückschlag gewertet. Für den Friedensprozess wurden bestimmte Rahmenbedingungen festgelegt, denen die PLO keinesfalls zustimmen konnte<sup>72</sup>:

---

<sup>70</sup> Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 29, 30 f., 33 ff., 38, 42;

Vgl. Peterson, Paul (1979): PLO kontra Israel. Berneck: Schwengeler-Verlag, S. 23, 25 ff., 31;

Vgl. Baumgarten, Helga (2002): Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München: Ullstein Taschenbuchverlag, S. 54 f., 57.

<sup>71</sup> Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 42.

<sup>72</sup> Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 42 f.

*„Das Abkommen sah den Rückzug der israelischen Armee auf Sicherheitspositionen, das Ende der Militärverwaltung in der West-Bank und im Gaza-Streifen, eine palästinensische Selbstverwaltung für eine fünfjährige Übergangsfrist und Verhandlungen über eine endgültige Regelung nach Ablauf von drei dieser fünf Jahre vor.“<sup>73</sup>*

Die Friedensregelungen wurden vor allem deshalb abgelehnt, da das Recht auf „Selbstbestimmung“ innerhalb des ägyptisch-israelisch-amerikanischen Diskurses unerwähnt blieb, und die Palästinensische Befreiungsorganisation nicht als die politische Vertretung des palästinensischen Volkes deklariert wurde. Sowie, dass der „Status von Ostjerusalem“ nicht als Verhandlungsgegenstand ausgewiesen wurde. Weiters war für einen etwaigen Frieden das Einverständnis Jordaniens unabkömmlich.

Neben den oben erwähnten Rückschlägen widerfuhren der PLO im Laufe der Geschichte neben militärischen ebenso strukturelle Niederlagen, die sie allerdings bedingt, sowie temporär für sich nutzen konnten.

Die Misere nahm ihren Anfang 1970, als Folge des Bürgerkriegs in Jordanien, welcher unter dem Namen „Schwarzer September“ bekannt ist und der gleichfalls dafür steht, dass die PLO aus dem Königreich Jordanien verwiesen wurde. Daraufhin etablierte sich die Palästinensische Befreiungsorganisation im südlichen Teil des Libanon und baute dort ihr neues Hauptquartier auf. Dies verdankte die Befreiungsorganisation rein der politisch, instabilen Situation im Libanon. Es gelang ihnen eigene Organisationsstrukturen, ein Sozialsystem sowie eine Armee auf die Beine zu stellen. Weiters war es ihnen möglich, vom Süden aus, immer wieder Gebiete im Norden Israels militärisch anzugreifen. Diese Vorgehensweise führte indes im Juni 1982 zum Libanonkrieg, der einerseits auf die andauernden Attacken aus dem Süd Libanon zurückzuführen ist, sowie auf den tödlichen

---

<sup>73</sup> Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 42 f.

Anschlag auf den israelischen Botschafter in London Anfang Juni desselben Jahres. Offiziell war der israelische Militärgang nur auf den Süden des Libanons beschränkt. Aufgrund eines Täuschungsmanövers Ariel Sharons dehnte sich die Operation allerdings nicht nur auf die vorgesehene Zone von 40 Kilometer aus, sondern bis zur Hauptstadt Beirut. Mit dieser Vorgehensweise gelang es, die Mitglieder der PLO für mehrere Wochen in der Hauptstadt einzuschließen. Mitte August wurde schließlich auf Druck der USA ein Abkommen verabschiedet, welches den Palästinensern einen Rückzug aus Beirut ermöglichte. Nach dem Abzug, welcher ungemein vom Blutbad im Flüchtlingslager „Sabra und Shatilla“ überschattet wurde, wurde Tunis als neuer Stützpunkt der PLO auserkoren.

Die Vorkommnisse im Libanonkrieg machten der PLO schwer zu schaffen. Sie haben ein weiteres Mal ihren Hauptstützpunkt sowie gegen ihren „Erzfeind“ Israel verloren. Weiters kam es aufgrund von Disputen 1983 zum vorübergehenden Bruch zwischen Arafat, der den gemäßigten Flügel führte, und dem syrischen Präsident Assad, welcher für die Radikalen eine Anlaufstelle bot. Am 15. November 1988 setzte sich allerdings der moderate Flügel der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch, da es in Algier, Bezug nehmend auf die UN-Resolution 181, zur eigenständigen Ausrufung des Staates Palästinas kam. Trotz dieses Triumphes musste sich die PLO relativ rasch den politischen Gegebenheiten anpassen. Die politische Bühne durfte sich die Befreiungsorganisation ab sofort mit der Hamas teilen, die jede erdenkliche Form einer Zweistaatenlösung kategorisch ablehnt, sowie sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Israel vorerst weder die PLO noch die Proklamation Palästinas anerkannte, letzteres ist bis in die Gegenwart nicht erfolgt.<sup>74</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 40, 43 ff., 82 f., 85; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 66 f., 70.

## 5.5 Koordinierte Gewaltaktionen?

Am Beginn des Aufstandes waren sich Politiker, Geheimdienst sowie hochrangige Vertreter der Armee einig, dass es sich hierbei um unkoordinierte Gewaltaktionen seitens der Palästinenser handelte. Selbst die PLO war von der Vorgehensweise der Aufständischen überrascht. Dennoch durfte es die Palästinensische Befreiungsorganisation nicht verabsäumen, sich der Geschehnisse anzunehmen, da die islamischen Bewegungen längst in den Startlöchern standen. Folglich verfolgte die PLO das Ziel, die Bewegung politisch anzuführen, da es vor allem jetzt von enormer Wichtigkeit war, den Kontakt zu den Aktivisten aufrechtzuerhalten.

Der Anschein, dass es sich zu Beginn um eine unkoordinierte Widerstandsbewegung handelte, trog nicht, da es erst durch die Schaffung der „Vereinigten Nationalen Führung der Intifada“ (VNFI), im Januar 1988, den Aufständischen gelang, einen spontanen in einen koordinierten Befreiungskampf zu münden. Die VNFI war eng mit der Führungsspitze der PLO verbunden. Demzufolge war es ein Leichtes, den in Ostjerusalem ausgerufenen Generalstreik auf die restlichen Gebiete auszuweiten. Die Vorgehensweise war vor allem durch Steuerboykott sowie durch verkürzte Öffnungszeiten im Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Die eingesetzten Maßnahmen wurden mittels Flugblätter koordiniert. Die Führungsspitze schreckte auch nicht davor zurück, die eigene Bevölkerung, im Falle einer Nichtbeteiligung zu bestrafen. Im Gegensatz zu denjenigen, welche den Kampf gegen die Besatzungsmacht Israels aufnahmen, und daraufhin sogar finanzielle Unterstützung bezogen.

Im Frühjahr 1998 war bereits erkennbar, dass aus dem Generalstreik „ziviler Ungehorsam“ hervorging. Der Sinn und Zweck bestand darin, sich von der Besatzungspolitik Israels zu befreien, um folglich einen eigenständigen Staat Palästina ins Auge fassen zu können. Die

Bewegung, die vor allem die Dynamik des Aufstandes nutzte, um unter anderem eigene Organisationsstrukturen aufbauen zu können, musste allerdings bereits im Sommer 1988 feststellen, in einer Art Einbahnstraße gelandet zu sein. Im August 1988 wurde nämlich die Hauptschlagader der Widerstandsbewegung getroffen: Sämtliche „Intifada-Komitees“ sowie die Mitgliedschaft in solchen wurden von israelischer Seite verboten. Infolgedessen waren die Führungsebenen der Intifada Aktivisten von Chaos und Durcheinander geprägt. Diese Situation war indessen für die Hamas sehr hilfreich, da die Organisation, welche von Scheich Achmad Jassin gegründet wurde, speziell im Gazastreifen, vermehrt Fuß fassen konnte. Innerhalb von nur wenigen Monaten, nach dem Ausbruch der Intifada, gelang es der Hamas, die sich zu diesem Zeitpunkt von einer sozialorientierten in eine fundamentalistische sowie terroristische Bewegung wandelte, zahlreiche Anhänger für ihre politischen Ziele zu verbuchen. Dies ist unter anderem auf ihre zunächst eingesetzten, sozialen Leistungen beziehungsweise Dienste zurückzuführen.<sup>75</sup>

## 5.6 Hamas

Wie bereits erwähnt betrat Ende der 1980er Jahre ein neuer politischer aus dem Gaza stammender sich neu formierender Akteur die öffentliche Bühne. Aus diesem Grund möchte ich, wie im Falle der Palästinensischen Befreiungsorganisation, auf die Entwicklung beziehungsweise auf die Ziele sowie auch in Umrissen auf die Charta der Bewegung eingehen, da die Hamas bis heute einen nicht zu unterschätzenden Gegner Israels darstellt, und insofern auch für die Entwicklung des Gazastreifen verantwortlich ist.

---

<sup>75</sup> Vgl. Schreiber (1990): Aufstand der Palästinenser, S. 38, 41; Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 76 ff.

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Intifada beriet sich Ahmad Jassin mit der Führungsspitze der Muslimbrüder in Gaza über die neue Lage sowie über eine Neuausrichtung der Bewegung. Daraufhin wurde eine aggressivere beziehungsweise militantere Gangart gegenüber der israelischen Besatzungsmacht festgemacht. Gegründet wurde die Hamas, die auch unter dem Namen „Bewegung des islamischen Widerstandes“ bekannt ist, aufgrund der Gegebenheiten vom 9. Dezember 1987. Die vom Gaza aus operierende Hamas musste von Beginn an auf harsche Rhetorik setzen, um die Wandlung von einer<sup>76</sup> „Wohlfahrtsorganisation in eine einflussreiche Massenprotestbewegung“<sup>77</sup> zu vollziehen.

Die Hamas versuchte, wie die PLO den Ausbruch der Intifada nur für die eigene Bewegung zu reklamieren, wobei sich der Aufstand erst mit der Zeit koordinieren ließ. Wie bereits angemerkt, handelte es sich am Anfang eher um spontane und unkoordinierte Massendemonstrationen. Die Islamische Widerstandsbewegung setzte auch alles daran, mit sogenannten Slogans, in denen vor allem der Islam in den Vordergrund gestellt wurde, die Massen zu mobilisieren. Nachdem die Hamas mit den unterschiedlichsten Wohlfahrtsorganisationen im Gaza vertreten war, war ihr Einflussbereich dementsprechend weitreichend. Folglich war die Rekrutierung der Palästinenser im Gaza relativ einfach.

Bereits wenige Tage nach dem Ausbruch der Intifada publizierte die islamische Bewegung ihr erstes Flugblatt - zählte generell als die erste Druckschrift dieser Art - in welchem bereits die Absichten und Ziele der Hamas angeführt wurden. Infolge umfassten die Flugblätter der Hamas unter anderem folgende Bestandteile<sup>78</sup>:

---

<sup>76</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 37 f.

Vgl. Croitoru, Joseph (2010): Hamas. Auf dem Weg zum palästinensischen Gottesstaat, (aktualisierte Ausgabe), München: Deutscher Taschenbuchverlag, S. 74 f., 81.

<sup>77</sup> Croitoru, Joseph (2010): Hamas, S. 81.

<sup>78</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 38, 40 f., 43 f., 53.

*„Die Definition des palästinensischen Volkes als eine muslimische Gesellschaft“;*

*„Fortsetzung und Verschärfung der Intifada“;*

*„Die Ablehnung aller Arten von Autonomie-Plänen“;*

*„Die konstante Forderung nach Beendigung der Besatzung und Befreiung der heiligen Stätten Palästinas sowie die kategorische Ablehnung auf nur eine Handbreite des Bodens von Palästina.“<sup>79</sup>*

Von Beginn an sah sich die Hamas als eine islamische Widerstandsbewegung, die in ihren Flugblättern immer wieder hervorhob, dass nur der Islam die Lösung beziehungsweise die Befreiung Palästinas erwirken kann. Bereits kurz nach der Neuformierung wurde der „Heilige Krieg“ als ein geeignetes Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele angesehen.

Am 18. August 1988 veröffentlichte die Hamas ihre Charta. Im Wesentlichen ging daraus hervor, dass eine Lösung im Hinblick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt in den Augen der Hamas nicht machbar sei, da ein palästinensischer Staat nur an Stelle Israels auf dem einstigen britischen Mandatsgebiet denkbar ist. Weiters ging aus der Satzung ausdrücklich hervor, dass aus der im Gaza ansässigen Muslimbruderschaft die Islamische Widerstandsbewegung entsprungen ist. Aus der Charta sind neben höchst antisemitischen Ansichten, Parolen zu entnehmen, welche die Vernichtung Israels mit einer einhergehenden Etablierung eines islamischen Palästinas proklamieren. Die Hamas schreckt auch nicht davor zurück, eine „islamische Weltherrschaft“ in Betracht zu ziehen. Weiters wird der Islam, gesellschaftlich wie politisch als die Basis schlechthin betrachtet. Wie bereits angemerkt, wird als Ziel vor allem die Befreiung Palästinas angegeben. Dementsprechend wird dem „Dschihad“ eine maßgebende Rolle zugeschrieben, welche dazu dient, das Land von der „zionistischen Besatzung“ zu befreien. Folglich besteht für jeden einzelnen Moslem die

---

<sup>79</sup> Baumgarten (2006): Hamas, S. 53.

Pflicht, in den Kampf für „Palästina“ zu ziehen. In den Augen der Islamischen Widerstandsbewegung kann auch nur der Dschihad die Lösung bringen, nachdem regionale wie internationale Friedenskonferenzen sowie friedliche Lösungsansätze vehement abgelehnt werden, da sie darin keine Wiedergutmachung am palästinensischen Volk sehen. Innerhalb der Satzung wird auch der „Säkularismus“ der PLO auf das Heftigste kritisiert. Die Hamas sehe sich erst im Stande, gemeinsam mit der Befreiungsorganisation zu kämpfen, wenn diese den Islam genauso in den Mittelpunkt stellen wie sie selbst. Die Proklamation des Staates Palästina am 15. November 1988 wurde von der Hamas als Kapitulation vor dem „Feind“ gewertet. Dementsprechend wurde auch nicht mit Kritik gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation gespart, die einer Zweitstaatenlösung etwas abgewinnen konnten. Erfolglos bemühte sich Yassir Arafat über die ägyptische sowie jordanische Muslimbruderschaft, die im Gaza ansässige Hamas, für die Forderung der PLO zu gewinnen.

Die Politik seitens der israelischen Regierung gegenüber der Hamas war bis zum Juni 1989 sehr ambivalent. Einerseits wurden ihre Aktivitäten geduldet, andererseits wurden sie mit Argusaugen betrachtet. Obwohl es schon ein Jahr vor dem Ausbruch der Intifada eindringliche Warnungen gegenüber den Muslimbrüdern gegeben hat, waren viele Ranghohe des Militärs der Ansicht, dass der Fundamentalismus den Israelis behilflich sein könnte, die PLO in ihre Schranken zu weisen beziehungsweise sie damit politisch zu schwächen. Dadurch konnten die Muslimbrüder unbehelligt ihre Machtbasis innerhalb Gazas ausbauen. Das sich die Hamas als ernstzunehmender Kontrahent der PLO hervortat - verstärkte die israelische Akzeptanz gegenüber der Islamischen Widerstandsbewegung vorerst. Bis zum Spätsommer 1988 waren die Aktivitäten der Hamas, welche die Intifada betrafen, nicht besonders besorgniserregend für die israelische Armee. Dies änderte sich allerdings als im Herbst 1988 bewaffnete Gruppierungen der Hamas ausfindig gemacht werden konnten. Innerhalb der nächsten

zwei Jahre wurden etwa 250 Aktivisten verhaftet, unter anderem Ahmad Yasin. Die Führungsregie fungierte nun nicht mehr vom Gaza aus, sondern von den israelischen Haftanstalten. Schließlich wurde im Juni 1989 die Hamas als Terrororganisation eingestuft. Ausschlaggebend dafür war, dass im Jänner und im Mai desselben Jahres israelische Soldaten gekidnappt und im Anschluss getötet wurden. Weiters gingen Brandstiftungen und Messerangriffe auf das Konto der Islamischen Widerstandsbewegung.<sup>80</sup>

## 5.7 Politische Erfolge der Intifada Aktivisten

Bilder steinewerfender Aufständischer, die sich gegen den mit Munition behangenen Soldaten verteidigten, kursierten weltweit in den Medien. Diese Darstellung der Intifada brachte den Palästinensern große Sympathien entgegen, die wiederum dazu führten, dass die Palästinenserfrage, international, wieder einmal für heftige Diskussionen sorgte.

Eine der ersten Initiativen war der sogenannte „Schultz-Plan“, welcher nach dem US-Außenminister George Schultz benannt wurde. Es stand die Idee einer „palästinensisch-jordanischen Konföderation“ dahinter. Wobei der Plan die Eigenständigkeit „Palästinas“ erst nach einer Übergangsphase von drei Jahren vorsah. Im Juli 1988 legte allerdings König Hussain die Verwaltung der Westbank nieder. Daraufhin war an eine Konföderation mit Jordanien nicht mehr zu denken. Der Schritt des jordanischen Königs ist auf innenpolitische Motive hinsichtlich der Vorkommnisse in Israel zurückzuführen. Er befürchtete, dass die Ausschreitungen auch auf Jordanien überschwappen könnten. Anhand dieser Überlegung sah Hussain seine herrschaftliche Position in Jordanien als gefährdet an. Aufgrund dieser Gegebenheit sowie der harten Linie der Likud Partei, war der genannte Schultz Plan nicht umsetzbar. Wobei dadurch zu Gunsten der Palästinenser eine

---

<sup>80</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 54 ff., 62, 64 ff., 70, 72 ff., 78 f.; Vgl. Croitoru (2010): Hams, S. 75.

Diskussion für ein souveränes Palästina eröffnet wurde, sowie der regionale Erfolg verbucht werden konnte, dass die Westbank nicht mehr unter jordanischer Verwaltung stand. Diese Entwicklungen konnten durchaus als maßgeblicher Erfolg der Intifada Aktivisten gewertet werden, da sie dadurch in aller Munde waren.

Mit dem Rückzug Jordaniens wurde indes ein Machtvakuum freigesetzt, welches die PLO gewillt war, relativ rasch zu füllen<sup>81</sup>: „Am 15. November 1988 rief der Palästinensische Nationalrat auf dem Territorium der West-Bank und des Gaza-Streifens den unabhängigen Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem aus.“<sup>82</sup> Die eigenständige Proklamation wurde mit der Resolution 181 begründet beziehungsweise untermauert. Als Präsident fungierte Yassir Arafat. Parallel dazu wurde eine „Friedensinitiative“ von palästinensischer Seite vorgelegt, die eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts vorsah.

Die Ausrufung „Palästinas“ ist als eine politische Errungenschaft der Intifada zu werten, die wiederum den gemäßigten Kräften der PLO zu gute kam. Ihnen gelang es auch innerhalb der PLO den Kurs festzusetzen, umsetzbare Lösungsvorschläge für den Frieden mit Israel ins Auge zu fassen, da ansonsten mit massivem Machtverlust zu rechnen war. Bis zur Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1988 wurde der gemäßigte Kurs der PLO zwar befürwortet, jedoch mit äußerster Vorsicht in Augenschein genommen. Erst nachdem Yassir Arafat im Plenum der Vollversammlung das Existenzrecht Israels bekräftigte sowie dem Terrorismus abschwor, besser gesagt verurteilte, wurde die moderate Gangart der PLO international als Schritt in die richtige Richtung gewertet. Unmittelbar auf das Bekenntnis Arafats, in seiner Ansprache an die Mitglieder der UN-Generalversammlung, nahmen die USA erstmals Gespräche mit Vertretern der PLO auf. Allerdings wurden die Gespräche bereits am 20. Juni 1990 von amerikanischer Seite abgebrochen, da sich Arafat nicht

---

<sup>81</sup> Vgl. Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 82 f.

<sup>82</sup> Bauer (1993): Palästinenser und PLO, S. 82.

im Stande sah, Abu Abbas - der als „Drahtzieher“ eines nicht geglückten Terroranschlags am Strand von Tel Aviv galt - aus der Befreiungsorganisation auszuschließen.

Trotz der schockierenden Tatsache, dass mit dem Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 bis zum Ende im September 1993, in etwa 1120 Palästinenser ihr Leben im Kampf gegen die israelische Besatzung verloren, war der wohl bedeutendste politische Erfolg, dass die Intifada den Friedensprozess in den 1990er Jahren einleitete. Dazu beigetragen hat auch die umstrittene Vorgehensweise Israels, welche zunehmend von internationalen Organisationen und dem Ausland kritisiert wurde. Folglich entbrannte innerhalb der politischen Lager und der Gesellschaft eine Debatte, welche den Weg zu den Friedensgesprächen ebnete.<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. Bauer (1990): Palästinenser und PLO, S. 83, 85; Vgl. Johannsen (2009): Der Nahost-Konflikt, S. 36 f.

## 6 1990er Jahre – Hoffnung auf Frieden?

Der Zerfall der Sowjetunion und der von amerikanischer Seite erfolgreich zu Ende gebrachte Zweite Golfkrieg, leiteten im Nahen Osten eine Periode von Friedensinitiativen ein. Erstmals bestand seit Jahrzehnten die reale Chance auf eine friedliche Beilegung des Konflikts, zwischen Israel und den Palästinensern. Auf Initiative des amerikanischen Präsidenten George Bush, stellte die „Madrider Friedenskonferenz“ die im Herbst 1991 ihren Anfang nahm, trotz ihres Scheiterns den Ausgangspunkt jahrelanger Verhandlungen dar. Mit der unter Yitzhak Rabin verabschiedeten „Prinzipienerklärung“ aus dem Jahr 1993 sowie mit dem zwei Jahre später folgendem „Interimsabkommen“, rückte tatsächlich die Hoffnung auf Frieden in greifbare Nähe. Allerdings wurde die Verhandlungsbasis weitgehend von der ständig wechselnden israelischen Regierungsspitze bestimmt. Wichtige Themen wie in etwa die Siedlungspolitik, der Grenzverlauf sowie der Status von Jerusalem blieben bis 1999 unbehandelt. Dessen ungeachtet, wurde der Friedensprozess von dem Attentat auf Yitzhak Rabin, am 4. November 1995, sowie von den Selbstmordanschlägen der Hamas überschattet. Aufgrund der stockenden Verhandlungen bildete „Camp David“ im Jahr 2000 nur noch eine letzte Bastion, in einem bereits schon vor Jahren gescheiterten Friedensprozess, dem Israelis, Palästinenser sowie die Weltgemeinschaft mit so viel Zuversicht entgegen blickten. Demnach war es keineswegs überraschend, dass sich die Frustration und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser in Form eines weiteren Volksaufstandes, 2000, entluden.<sup>84</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. Antar, Usama (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 69 ff., 75 ff., 79 ff., 89 ff.; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 114.

## 6.1 Friedenskonferenz in Madrid

Mit dem Ende des zweiten Golfkrieges, im Frühjahr 1991, wurde auf Initiative des amerikanischen Präsidenten George Bush die Madrider Friedenskonferenz, für den 30. Oktober desselben Jahres einberufen, die zugleich den Startschuss für ein Jahrzehnt, das von Friedensgesprächen geprägt war, einleitete. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der erfolgreich zu Ende gebrachten Kuwaitkrise, stieg der amerikanische Einfluss im Nahen Osten beträchtlich an. Folglich war es dem US-Präsidenten ein Anliegen Stabilität und Frieden in der Region nachhaltig zu sichern. Die Friedenskonferenz wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland auf bilateraler sowie multilateraler Ebene geleitet. Auf ersterer wurden insbesondere, mit Syrien, dem Libanon sowie mit der „jordanisch-palästinensischen Delegation“, die jeweiligen spezifischen Problemfelder die mit Israel vorherrschen diskutiert. Mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation war die USA nicht bereit direkt zu verhandeln, da sie sich während der Golfkrise, auf die Seite Saddam Husseins stellten. Dies hatte zur Folge, dass nach dem Krieg die arabischen Golfstaaten ihre Hilfszahlungen aussetzten. Ferner wurde die Befreiungsorganisation auch aufgrund ihrer pro-irakischen Haltung politisch nahezu völlig isoliert. Dementsprechend zählte die PLO neben dem Irak zu einem der „größten Verlierer“ der Kuwaitkrise. Im Gegensatz dazu, kann Israel den Gewinnern zugeordnet werden, da durch den Zusammenbruch der UdSSR, Staaten wie Syrien durch fehlende politische Unterstützung sowie aufgrund ausstehender Waffenlieferungen von Seiten der Sowjetunion, zunehmend geschwächt wurden.

Die Gründe an der Madrider Friedenskonferenz teilzunehmen waren für Israel vielfältig: Einerseits waren die noch andauernde Intifada sowie der ansteigende Einfluss der Hamas ausschlaggebend. Andererseits war von amerikanischer Seite finanzieller Druck zu verspüren. Weiters sah sich die israelische Regierung aufgrund der Raketenangriffe aus dem

Irak dazu veranlasst, eine Lösung für die gesamte Region anzustreben, da nur ein dauerhaftes Arrangement das Sicherheitsproblem Israels lösen kann.

Die Madrider Friedenskonferenz basierte neben den UN-Resolutionen 242 sowie 338 auf dem Grundgedanken „Land für Frieden“. Mit den Ländern Syrien, dem Libanon und Jordanien sollten die Verhandlungen zu Friedensverträgen führen. Im Gegensatz dazu, sollten die indirekten Gespräche mit der PLO auf eine „Zwei-Stufen-Formel“ abzielen. Nach einer fünfjährigen Interimsverwaltung waren Debatten über die endgültige Lage Palästinas angesetzt. Allerdings trennten sich bereits nach der dritten Gesprächsrunde die Wege Israels und die der jordanisch-palästinensischen Delegation. Ausschlaggebend dafür war, dass die Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation einen Autonomieplan vorlegten, welcher einen palästinensischen Staat in den von Israel besetzten Gebieten sowie als Hauptstadt Ostjerusalem vorsah. Des Weiteren wurde ein Siedlungsstopp gefordert. Diese Vorgehensweise erwirkte naturgemäß einen „Frontalzusammenstoß“ zwischen den Verhandlungsparteien. Der ehemalige israelische Ministerpräsident Shamir lehnte die palästinensischen Forderungen ab und verkündete,<sup>85</sup> „dass Israel zwar hungrig nach Frieden sei, jedoch die Rückgabe der besetzten Gebiete ablehne.“<sup>86</sup> Nachdem die bilateralen Verhandlungen scheiterten entschieden sich die zwei Konfliktparteien für multilaterale Gespräche. Wobei die jüdischen Siedlungsaktivitäten nach wie vor das größte Hindernis für den Frieden darstellten, und somit eine Lösung auch über diese Ebene scheitern musste.

Perspektiven für einen Frieden eröffneten sich erst wieder mit der Wahl von Yitzhak Rabin zum sozialdemokratischen Premier Israels, am 23. Juni 1992. Ersichtlich wurde dies insbesondere dadurch, dass am 19. Jänner 1993 ein Gesetzestext verabschiedet wurde, welcher direkte

---

<sup>85</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 68, 70 ff.

<sup>86</sup> Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 74.

Verhandlungen beziehungsweise Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation von Seiten Israels nicht mehr unter Strafe stellt.<sup>87</sup>

## 6.2 Osloer Prinzipienklärung 1993

Am 27. August 1993 erklärte der ehemalige israelische Außenminister Shimon Peres, öffentlich, dass zwischen der PLO und Israel, „geheime Direktverhandlungen“, in Oslo stattfanden, und dass ein Abkommen in Reichweite stehe. Daraufhin wurde am 13. September unter der Obhut des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton die „Prinzipienklärung des Oslo-Abkommens“ in Washington unterzeichnet. Mit dem Abkommen von 1993 keimte erstmals tatsächlich die Hoffnung auf, dass sich der jahrzehntelange Konflikt auf diplomatischer Ebene beenden lässt. Yitzhak Rabin erkannte auch die Notwendigkeit, eine friedliche Lösung mittels Verhandlungen herbeizuführen. Ansonsten müsse sich aller Wahrscheinlichkeit nach, die israelische Regierung, früher oder später mit der Hamas befassen, die jeglichen Friedensprozess ablehnt. Zwischen den Verhandlungspartnern fanden elf vertrauliche Diskussionsrunden statt, die unter der Leitung des norwegischen Ministers Holst für auswärtige Angelegenheiten standen. Die Prinzipienklärung war aber kein Friedensabkommen im herkömmlichen Sinn, sondern symbolisierte eher die Bereitschaft zum Frieden. Rabin war in diplomatischen Belangen durchaus erfahrener als Arafat, und somit war ihm völlig bewusst in welcher prekären Lage sich die PLO seit dem Zweiten Golfkrieg befand. Es kostete dem Ministerpräsidenten nicht viel an Überredungskunst, damit die Palästinensische Befreiungsorganisation die von Israel gestellten

---

<sup>87</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates. S 75 f.

Bedingungen annehmen wird. Infolgedessen gingen aus dem Oslo-Abkommen folgende Ziele hervor<sup>88</sup>:

- „Für eine fünfjährige Übergangsphase soll eine palästinensische Selbstverwaltung im Gazastreifen und in der Region um die Stadt Jericho etabliert werden. Dabei werden diese beiden Gebiete als eine territoriale Einheit angesehen.“
- „Binnen neun Monaten sollen in den palästinensischen Gebieten Wahlen stattfinden.“
- „Israel behält sich das alleinige Recht vor, über Außenpolitik, Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen.“
- „Die bisher der israelischen Militärregierung unterstellte Zivilverwaltung soll ihre Zuständigkeit für Bildung, Gesundheit, Kultur, Soziales, direkte Besteuerung und Tourismus an palästinensische Verwaltungsorgane übergeben.“
- „Der Status von Jerusalem, die Siedlungen, das Selbstbestimmungsrecht, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, Außenbeziehungen sowie andere Fragen von gemeinsamen Interessen werden auf die Statusverhandlungen vertagt.“<sup>89</sup>

Ein unabhängiges Palästina wurde laut der Prinzipienklärung noch nicht in den Raum gestellt. Weitere wichtige Diskussionspunkte wie in etwa die Flüchtlingsfrage, die Siedlungspolitik beziehungsweise der Status von Jerusalem – die historische Stadt beanspruchen beide Konfliktparteien als Hauptstadt für sich selbst – wurden auf die Endstatusverhandlungen vertagt. Im Grunde genommen waren diese von vornherein unüberwindbar. Folglich wurde den Palästinensern, auch nur eine „Teilsouveränität“ in Aussicht gestellt.<sup>90</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 77 f.

<sup>89</sup> Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 78 f.

<sup>90</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 79.

## 6.3 Interimsabkommen – Oslo II

Nach der Prinzipienerklärung von 1993 wurde am 28. September 1995 das Folgeabkommen – Oslo II – unter der Leitung von US-Präsident Clinton unterzeichnet. Im Interimsabkommen wurden neben der „palästinensischen Zivilverwaltung“, israelische Truppenverlegungen, Sicherheitsfragen und wirtschaftliche Belange geregelt. Oslo II war im Wesentlichen auf die Übergangsperiode im Gaza sowie in der Westbank ausgerichtet. Das Abkommen sah auch sogenannte Zonen vor. Aus der „Zone A“ die 3,5 Prozent des Westjordanlandes sowie die Städte, Bethlehem, Jenin, Ramallah, Nablus, Kalkiliya und Tulkarem umfasste, mussten sich die israelischen Militärverbände zurückziehen. Die Zivilverwaltung wird in der „Zone B“ den Palästinensern übertragen. Welche in etwa 420 größere und kleinere Dörfer einschließt. Fragen betreffend der Sicherheit werden in der Zone B weiterhin von Israel geregelt. Im Gegensatz zur „Zone A“, dort obliegt die Sicherheitskontrolle laut dem Interimsabkommen den Palästinensern. „Zone C“ blieb unverändert. 73 Prozent des Westjordanlandes wurden ihr zugeschrieben. Wobei 62 Prozent bereits dem israelischen Staatsgebiet mittels Konfiszierung zuzuordnen waren.

Außer der Zivilverwaltung bot das Interimsabkommen keine nennenswerten Neuerungen für die palästinensische Bevölkerung. Landwirtschaft sowie Grenzübergänge blieben auch nach dem Interimsabkommen unter israelischer Kontrolle. Trotz der „angeordneten“ Truppenverlegung verblieb die israelische Armee, um die Sicherheit der jüdischen Siedler zu gewährleisten, in einem Großteil des Westjordanlandes sowie im Gaza stationiert. Genauer gesagt in 46 Prozent des Gazastreifens und in nahezu 100 Prozent der Westbank. Durch die Siedlungstätigkeiten in den letzten Jahrzehnten wurde das Westjordanland geographisch so zerschlagen, dass es fast vollkommen unmöglich erschien, einen palästinensischen Staat zu etablieren. Diese Tatsache nahm der palästinensischen Bevölkerung die Hoffnung auf einen eigenständigen Staat. Obendrein wurde ein unabhängiges

Palästina auch nicht im Interimsabkommen in Aussicht gestellt, da aus israelischer Sicht, Maßnahmen, die das gegenseitige Vertrauen weiterentwickeln, nach wie vor vonnöten sind. Der Friedensprozess stand jedoch unter keinem guten Stern. Die Islamische Widerstandsbewegung kritisierte auf das Heftigste die Vorgehensweise der PLO, da die Hamas der Ansicht war, dass im Hinblick auf den Friedensprozess, die Positionen der Palästinenser nicht effizient genug gegenüber Israel platziert werden. Für die Opposition waren die Zugeständnisse Yassir Arafats nicht nachvollziehbar, unter anderem wurde Arafat als „Verräter“ deklariert. Yitzhak Rabin musste sich ebenso für seine Politik gegenüber den israelischen Rechtspopulisten rechtfertigen. Auf tragische Weise fiel der Ministerpräsident, am 4. November 1995, sogar einem Fanatiker zum Opfer, welcher nicht verstehen konnte aus Welchen Gründen der sozialdemokratische Premier, Yassir Arafat, als Verhandlungspartner anerkannte. Demnach empfand der Attentäter Rabin als einen Landesverräter. Radikale beider Seiten machten es sich schließlich zur Aufgabe den Friedensprozess mit allen Mitteln stoppen zu wollen.

Am 29. Mai 1996 folgte Benjamin Netanyahu als israelischer Regierungschef Yitzhak Rabin. Netanyahu ist dem konservativen Lager zuzuordnen. Dementsprechend schwierig gestalteten sich auch die zukünftigen Verhandlungen mit Arafat. Ab sofort orientierte sich die Regierung an den Leitlinien<sup>91</sup>:

„Nein zu einem palästinensischen Staat und keine volle Souveränität.“

„Nein zu einem geteilten Jerusalem.“

„Nein zu dem Rückzug von den Golanhöhen.“<sup>92</sup>

---

<sup>91</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 80 ff; Vgl. Hamas (2006): Hamas, S. 97.

<sup>92</sup> Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 84.

Der Friedensprozess war unter Benjamin Netanyahu als durchaus gefährdet anzusehen, da sich die Regierung weigerte, bereits getroffene Abmachungen umzusetzen beziehungsweise die oben angeführten Leitlinien verabschiedete, welche keinerlei Hoffnung auf Frieden boten. Überdies wurden die Siedlungsaktivitäten in Ostjerusalem und im Westjordanland gehörig vorangetrieben.

Die radikale Politik Netanyahus hatte auch zur Folge, dass er bei den vorgezogenen Neuwahlen, am 17. Mai 1999, seinem politischen Rivalen Ehud Barak unterlegen ist. Die Wahlniederlage ist damit zu begründen, dass der Regierungschef die palästinensischen Verhandlungspartner sehr stark unter Druck gesetzt hat. Folglich erwirkte er für die israelische Bevölkerung weder Frieden noch Sicherheit.

Unter Baraks Amtszeit wurde zu Beginn eröffnet, dass neben dem angekündigten Truppenabzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000, ebenso Verhandlungen mit Syrien geplant sind, und dass schließlich die Endstatusverhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde aufgenommen werden. Im Grunde endete bereits am 4. Mai 1999 die fünfjährige Übergangsphase. Jedoch war es Arafat aufgrund der mangelnden internationalen Unterstützung und der stockenden Verhandlungen nicht möglich „Palästina“ auszurufen. Die Ankündigung betreffend der Statusverhandlungen mit den Palästinensern war schlicht haltlos, da der ehemalige Premier sich dem Einfluss ultrakonservativer Politiker nicht entziehen konnte. Folglich legte auch Barak unüberwindbare Grundlagen vor<sup>93</sup>:

- „Keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967.“
- „Ein vereinigt Jerusalem unter israelischer Souveränität als Israels Hauptstadt.“
- „Keine fremde Armee westlich des Jordan-Flusses.“

---

<sup>93</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 84 f., 89 ff.

- „Keine Rückkehr der Flüchtlinge.“
- „Die meisten Siedlungen bleiben erhalten und werden in Siedlungsblocks zusammengefasst und von Israel annektiert.“<sup>94</sup>

Die Vertreter der israelischen Regierung waren schlichtweg davon überzeugt, dass jedes noch so deprimierende Abkommen den Palästinensern aufzwingbar sei. Allerdings wurde seit der Amtszeit Benjamin Netanyahus die palästinensische Bevölkerung vor allem von der Hamas darauf aufmerksam gemacht, sich gegen die israelische Politik zur Wehr zu setzen.<sup>95</sup>

Ob die demonstrative Überlegenheit, die Israel während der 1990er Jahre den palästinensischen Verhandlungspartner signalisierte, letztlich zu ihrem Vorteil war – wurde für die Regierenden spätestens mit der Machtergreifung der Hamas, im Gaza, 2006 ersichtlich.

## 6.4 Camp David

Aufgrund des stockenden Friedensprozesses standen die von US-Präsident Bill Clinton einberufenen Gespräche, in Camp David, am 5. Juli 2000, unter äußerst schlechten Voraussetzungen. Dem amerikanischen Präsidenten war es ein großes Anliegen die seit Jahren andauernden Verhandlungen vor dem Scheitern zu bewahren. Damit er einerseits einen möglichen Durchbruch für sich selbst verbuchen kann, und um demnach in die Geschichte als derjenige einzugehen, welcher dem Nahostkonflikt zu einem Ende brachte. Allerdings waren die Aussichten auf ein friedliches Abkommen im Grunde genommen undenkbar. Die Verhandlungsbasis war aufgrund der „roten Linie“, die seit Netanyahu vorgegeben wurde, sehr einseitig. Somit waren die

---

<sup>94</sup> Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 91 f.

<sup>95</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 92.

Gespräche von vornherein in einer Einbahnstraße gelandet, da sich Ehud Barak außer Stande sah, die Forderungen Arafats aufzugreifen beziehungsweise der PLO Zugeständnisse zu unterbreiten. Für einen möglichen Friedensvertrag stellte die palästinensische Seite folgendes zur Debatte<sup>96</sup>:

- „Den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten in Übereinstimmung mit der Resolution 242 und 338.“
- „Räumung aller israelischen Siedlungen.“
- „Rückkehrrecht oder eine angemessene Entschädigung für die Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194.“
- „Ost-Jerusalem soll die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates sein.“<sup>97</sup>

Die Forderungen Arafats änderten weder die Verhandlungspositionen noch konnte damit der Friedensprozess vor seinem Ende bewahrt werden. Für Arafat war es dennoch von enormer Wichtigkeit auf der Gipfelkonferenz auf die palästinensischen Standpunkte zu plädieren, da ansonsten seine Stellung innerhalb der palästinensischen Bevölkerung mehr als gefährdet gewesen wäre. Erst am 20. Jänner 1996 konnte sich Yassir Arafat, in den palästinensischen Gebieten seinen Wählern stellen. Mit 88,1 Prozent der Stimmen wurde er in seinem Amt, als Präsident der PLO, offiziell bestätigt. Hätte Arafat jedoch nicht auf die palästinensischen Forderungen in Camp David plädiert – wäre er trotz der mehrheitlichen Zustimmung, als Präsident, für die palästinensische Wählerschaft vermutlich nicht mehr tragbar gewesen.<sup>98</sup>

---

<sup>96</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 91, 93.

<sup>97</sup> Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 93.

<sup>98</sup> Vgl. Antar (2004) Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 81, 93 f.

Mit der Prinzipienerklärung von 1993 fiel der definitive Startschuss für einen langjährigen Friedensprozess. Die Chancen auf eine friedliche Beilegung des Konflikts waren seit der Staatsgründung 1948 nicht mehr gegeben. Demnach wurde den Verhandlungen, von beiden Seiten sowie auch von der Weltgemeinschaft, mit sehr viel Hoffnung entgegengeblickt. Allerdings waren die Gespräche von vornherein sehr einseitig konzipiert und die wichtigsten Verhandlungspunkte wurden auf die Endstatusverhandlungen, 1999, vertagt. Nachdem die Verhandlungsbasis weitgehend von der israelischen Regierungsspitze bestimmt wurde, ist es letztlich nicht überraschend, dass der Friedensprozess scheitern musste.

## 6.5 Al-Aksa Intifada

Aufgrund der gescheiterten Friedensverhandlungen machte sich innerhalb des palästinensischen Volkes Frustration und Hoffnungslosigkeit breit. Ariel Sharons Besuch am Tempelberg tat schließlich sein Übriges, um die „Al-Aksa Intifada“ im Jahr 2000 auszulösen.

Die Anfänge der Intifada glichen wie 1987 eher einem unkoordinierten Volksaufstand. Jedoch wurde von Beginn an scharfe Munition eingesetzt. Israel setzte vermehrt auf „Panzerabwehrraketen“ sowie auf den Einsatz von „Kampfhubschraubern“. Auf palästinensischer Seite wurde neben Selbstmordanschlägen, auf „Heckenschützen“ und „Sprengsätze“ zurückgegriffen. Die „steinewerfenden Jugendlichen“ wurden sichtlich zur Seltenheit. Aufgrund der beiderseitigen Maßnahmen verzeichneten die Palästinenser eine sehr hohe Opferzahl: 237 Zivilisten verloren während der Intifada ihr Leben. Trotz dieser Tatsache war die Zustimmung, die dem Volksaufstand galt, ungebrochen. Dazu beigetragen haben vor allem die vom „islamischen Dschihad“ und Hamas rekrutierten Selbstmordattentäter, die Israels Zivilbevölkerung in Atem hielten.

Hinsichtlich dieser Vorkommnisse startete, am 19. Jänner 2001, US-Präsident Bill Clinton in Sharm el-Sheik nochmals einen Versuch eine Lösung im Nahostkonflikt herbeizuführen. Es wurden zwar inhaltliche Fortschritte erzielt; jedoch wurden die Gespräche nach Sharons Wahlsieg über Ehud Barak, am 6. Februar 2001, nicht mehr fortgeführt. Für Sharon stand vor allem die Niederschlagung der Al-Aksa Intifada und die politische Isolierung, Yassir Arafats, im Mittelpunkt des tagespolitischen Geschehens. Allerdings haben die von Israel eingesetzten, restriktiven ökonomischen und militärischen Maßnahmen die Selbstmordanschläge in Israel zunehmend verstärkt.<sup>99</sup>

## 6.6 Hamas – Einleitung der Selbstmordattentate

Die Position gegenüber den Osloer Friedensgesprächen war in den Reihen der Hamas eindeutig: Am 13. September 1993, an jenem Tag als die Prinzipienklärung in Washington zwischen der PLO und Israel unterzeichnet wurde, wurde diese, von der Islamischen Widerstandsbewegung offiziell abgelehnt. Sie verstanden das Osloer Abkommen aufgrund der autoritären Gangart Arafats als einen rücksichtslosen Verkauf „palästinensischer Positionen“ an Israel. Trotz ihrer Haltung konnten sie den Friedensprozess weder stoppen noch mit konstruktiven Gegenvorschlägen aufwarten. Der Hamas war es lediglich möglich, dem Friedensprozess die seit 1987 andauernde Intifada entgegenzusetzen.

Mit dem „Hebron Massaker“ veränderte sich allerdings die politische und militärische Gangart der Islamischen Widerstandsbewegung. Am 25. Februar 1994 ereignete sich in der „Machpela-Höhle“, in welcher „Abraham“ bestattet sein soll - demnach für das Judentum wie für den Islam gleichermaßen wichtig – ein, von einem israelischen Extremisten verübtes Massaker. Der Attentäter, der letztlich auch sein Leben verlor, erschoss unmittelbar vor dem Morgengebete 29 Palästinenser, sechs

---

<sup>99</sup> Vgl. Antar (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 94 ff.; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 141.

weitere wurden von israelischen Soldaten im Zuge eines Fluchtversuches getötet. Das Hebron Massaker wurde schließlich von der Hamas zum Anlass genommen, Rache für die Toten, in Form von Terroranschlägen, zu üben. Am 6. April 1994 erfolgte bereits der erste Selbstmordanschlag in Afula. Ein weiterer Anschlag passierte bereits sieben Tage später in Hadera. In beiden Fällen handelte es sich um einen Selbstmordattentäter. Weiters wurden neben den Attentätern zahlreiche Verletzte sowie zwölf Tote verzeichnet. Daraufhin verfolgte die israelische Regierung Maßnahmen, die Kollektivstrafen glichen: Die okkupierten Gebiete wurden abgeriegelt, obwohl sich die Hamas für diese und weitere Vorkommnisse verantwortlich zeigte.

Fortan verfolgten die Muslimbrüder ihren politischen Kurs der Selbstmordattentate bis ins Jahr 1997. Während der Amtszeit Netanyahus sah sich die terroristische Organisation allerdings mit verschiedensten Problemen konfrontiert. Neben Verhaftungswellen mussten sie sich zunehmend mit der israelischen Streitkraft auseinandersetzen, sowie der Tatsachen stellen, dass sie politisch, als weitgehend isoliert galten. Weiters betrachteten die Palästinenser die terroristischen Attentate sehr kritisch. Aufgrund dieser prekären Lage vollzog die Hamas einen politischen Kurswechsel und konzentrierte sich bis zum Frühjahr 2001 nahezu ausschließlich auf die Entwicklung und den Ausbau ihrer Institutionen. Fünf Monate nach Beginn der Al-Aksa Intifada, leitete allerdings die Muslimbruderschaft ihren Kampf gegen Israel, in Form von Selbstmordattentaten, wieder ein. Die terroristischen Anschläge wurden von Hamas Funktionären mit folgenden Argumenten begründet<sup>100</sup>:

- „Diese Attentate seien als Märtyrer-Operationen eine legitime Verteidigung gegen eine gewaltsame, gnadenlose und tödliche Besatzung, die trotz alle UN-Resolutionen von der internationalen

---

<sup>100</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 97 ff., 105 f., 113 f., 119 f., 128 f., 143, 154; Vgl. Antar (2006): Voraussetzungen eines existenzfähigen palästinensischen Staates, S. 77.

Gemeinschaft bis 2001, also seit 31 Jahren, nicht beendet worden sei.“

- „Diese Attentate seien das einzig effektive und legitime Mittel in der Hand der Palästinenser gegen die weit überlegene militärische Macht der israelischen Armee mit ihren Apache-Hubschraubern und F-16-Bombern.“<sup>101</sup>

Die Attentäter der Islamischen Widerstandsbewegung stammen vorwiegend aus Großfamilien sowie aus ärmlichen Verhältnissen. Zwecks Rekrutierungsmaßnahmen werden den Terroristen häufig finanzielle Zuwendungen für die Familien in Aussicht gestellt. Im Allgemeinen sind ihre Merkmale<sup>102</sup>:

- „Männlich, unter 25 Jahre alt,
- gebildet und unverheiratet,
- Mitglied einer islamistisch-radikalisierten Gruppe mit der klaren Anerkennung des militärischen Dschihad,
- die persönliche Empörung über eine bestimmte gesellschaftliche Realität,
- überwiegend „Gesinnungsgenossen“ in seinem sozialen Umfeld,
- Rückzug aus mittel- oder langfristigen Lebensplänen und Konzentration auf kognitive Erfordernisse, welche seine geplante Tat rechtfertigen sollen,
- Gespräche über das Jenseits, die Märtyrer, das Paradies usw.“<sup>103</sup>

---

<sup>101</sup> Baumgarten (2006): Hamas, S. 154.

<sup>102</sup> Vgl. Wimmer, Hannes (2009): Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Wien/Berlin: LIT Verlag, S. 436.

<sup>103</sup> Wimmer, Hannes (2009): Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, S. 436 f.

## 7 Krisenherd Gaza

Als im Spätsommer 2005 der israelische Rückzug aus Gaza erfolgte, standen nach einer jahrelangen Gewaltspirale die Bedingungen für eine friedliche Koexistenz außerordentlich gut. Allerdings wurde auf palästinensischer Seite die politische Bühne zunehmend von der Hamas eingenommen. Mit dem Sieg der Islamischen Widerstandsbewegung bei den palästinensischen Parlamentswahlen, am 25. Jänner 2006, wurde auch zeitgleich eine neue Welle der Gewalt eingeleitet. Zum einen entstanden für die Palästinenser aufgrund der bürgerkriegsähnlichen Zustände im Gaza zwei politische Anlaufzentren, das eine in Ramallah, unter der Führung der Fatah, sowie ein weiteres im Gaza. Andererseits fühlte sich Israel von den seit dem Jahr 2000 andauernden Raketenschüssen auf israelisches Gebiet zunehmend von der Muslimbruderschaft provoziert. 2002 konnten die Selbstmordanschläge zwar durch restriktive Sicherheitsmaßnahmen reduziert werden, allerdings änderte daraufhin die Hamas ihre Taktik. Raketen und dergleichen kamen infolge vermehrt zum Einsatz. Im Jahr der Gaza Invasion, 2006, gingen beispielsweise circa 860 „Quassam Raketen“ auf die südliche Region Israels nieder. Das internationale Embargo, das seit der Machtergreifung der Islamischen Widerstandsbewegung auf der Bevölkerung im Gaza lastete, bekam durch den Gaza-Krieg 2008/2009 eine neue Dimension, da die israelische Regierung die eigenen Sicherheitsmaßnahmen auf massivste Art und Weise ausweitete. Neben politischer wie wirtschaftlicher Isolationen prägten geschlossene Grenzübergänge, Arbeitslosigkeit und Armut den Alltag der Bevölkerung im Gazastreifen. Die Ziele, die sich Israel in den Kriegen 2006 sowie 2008/2009 setzte, blieben bis heute unerreicht. Ungeachtet dessen, muss sich die israelische Regierung nach wie vor internationaler Kritik stellen, da die militärische Vormachtstellung in den Augen der Weltgemeinschaft unverhältnismäßig zum Einsatz kam.<sup>104</sup>

---

<sup>104</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 184, 187 ff., 196; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 161, 171, 178;

## 7.1 Rückzug aus dem Gazastreifen

Nach dem Ableben Yassir Arafat im November 2004 wurde die politische Bühne zunehmend von der im Gaza residierenden Islamischen Widerstandsbewegung eingenommen. Allerdings einigte sich die palästinensische Bevölkerung nach fast vier Jahren Intifada, der Gewalt Einhalt zu gebieten, um Wahlen durchzuführen beziehungsweise um Verhandlungen mit Israel aufzunehmen. Bereits im Juni 2003 wurde ein Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel geschlossen. Jedoch hielt dieser nur einige Wochen, da weder die Selbstmordanschläge noch die Raketenschüsse auf israelisches Gebiet ausblieben. Um eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt auf internationaler Ebene herbeizuführen, wurde am 30. April 2003 eine weitere Friedensinitiative ins Leben gerufen, die unter dem Namen „Roadmap“ bekannt wurde. Diese sollte als Basis dienen und sah hinsichtlich der Errichtung „Palästinas“ einen Drei-Stufen-Plan bis zum Jahr 2005 vor. Allerdings scheiterte der vom Nahostquartett initiierte Friedensprozess bereits ein knappes Jahr später, nachdem von beiden Seiten nach wie vor Vorbehalte sowie offene Fragen im Raum standen. Folglich stellte Ariel Sharon, am 2. Februar 2004, den israelischen Abzug aus Gaza zur politischen Diskussion. Für diese Entscheidung spielten mehrere Gründe eine Rolle. Zum einen war die Situation aussichtslos, zum anderen befürchtete Sharon nationalen wie internationalen Druck. Des Weiteren waren auch wirtschaftliche Motive ausschlaggebend. Von amerikanischer wie von europäischer Seite wurde der Vorstoß positiv bewertet. Im Gegensatz dazu, sprachen sich im Mai 2004 nur noch knapp über 40 Prozent der „Likud-Mitglieder“ für Sharon aus. Auch ranghohe Offiziere standen der Idee, aus Gaza abzuziehen, skeptisch gegenüber, da sich die Frage aufdrängte, ob davon nicht die Hamas am meisten profitiere? Schließlich fiel Scheich

---

Vgl. Wunder, Simon (2007): Israel – Libanon – Palästina. Der Zweite Libanonkrieg und der Israel-Palästina-Konflikt 2006, in: Krech, Hans (Hg.): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. (Band 20), Berlin: Verlag Dr. Köster, S. 100 f., 142.

Ahmad Yasin am 22. März 2004 einer „außergerichtlichen Tötung“ zum Opfer, welche im November 2001 erstmals von der israelischen Regierung aufgenommen wurden. Allerdings gelang es Israel damit weder die Selbstmordattentate zu unterbinden noch konnten die Aufständischen dazu bewogen werden, ihren Kampf gegen Israel aufzugeben.

Trotz unterschiedlichster Meinungen und Ansichten wurde dennoch am 26. Oktober 2004 Sharons Vorhaben, Rückzug aus Gaza, im Parlament verabschiedet. Im Spätsommer 2005 wurden schließlich die jüdischen Siedlungen geräumt, und die Armee zog ihre letzten Streitkräfte am 12. September 2005 aus Gaza ab.

Neben der Räumung des Gazastreifens fiel in Sharons Amtszeit auch der Bau der Sperranlage entlang des Westjordanlandes. Durch die Errichtung der Mauer, welche international auf das Heftigste kritisiert wurde, wurde die Westbank in drei nicht zusammenhängende Abschnitte geteilt. Der „Internationale Gerichtshof“ verurteilte die israelische Bauoffensive bereits am 9. Juli 2004.<sup>105</sup> „Die von Israel vorgebrachten Sicherheitsargumente, das Recht auf Notwehr, weist er zurück.“<sup>106</sup> Die Sperranlage wurde letztlich für illegal erklärt.

Aufgrund der politischen Erfolge, die der Premierminister für sich verbuchen konnte, gründete Sharon noch im September 2005 die Fraktion „Kadima“ und brach schließlich mit Likud. Im März 2006 konnte sogar die neugegründete Partei, trotz des akuten Gesundheitszustandes ihres Gründers, die Parlamentswahlen unter Ehud Olmert, neben der Arbeiterpartei, für sich verzeichnen. Ein paar Wochen zuvor ereignete sich im Gaza ebenfalls ein sehr medienträchtiges Ereignis, welches vor allem die politische wie sozioökonomische Situation grundlegend veränderte. Am 25. Jänner

---

<sup>105</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 176, 178 ff. 187; Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 144, 158 f., 161, 163 f.

<sup>106</sup> Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 179.

2006 gewann die Hamas die von internationaler Seite angeordneten Wahlen zum „palästinensischen Legislativrat“.<sup>107</sup>

## 7.2 Palästinensische Parlamentswahlen

Vor den Parlamentswahlen im Januar 2006 konnte die Hamas bereits die Kommunalwahlen, in den palästinensischen Gebieten, für sich entscheiden. Die Wahlen auf Gemeindeebene nahmen ihren Anfang im Dezember 2004. Die Islamische Widerstandsbewegung konnte letztlich in mehreren Wahlrunden, speziell in Flüchtlingslagern, im Gaza sowie in den Städten, insgesamt 81 Gemeinden für sich verzeichnen. Die Fatah gewann lediglich in 21. Der Wahlerfolg der Hamas konnte vor allem auf das soziale Engagement und auf die einzelnen Institutionen, die der Bevölkerung geboten wurden, wie in etwa Kinderbetreuungsstätten, Sportklubs sowie Lehranstalten, zurückgeführt werden. Weiters spielte auch das Bedürfnis nach einer politischen Kehrtwende eine weitreichende Rolle. Außerdem wurden die Muslimbrüder von der palästinensischen Bevölkerung als uneigennützig Partei wahrgenommen.

Zwischen den Kommunalwahlen und der Wahl zum palästinensischen Legislativrat, am 25. Jänner 2006, entwickelte die Hamas einen bis ins kleinste Detail geplanten Wahlkampf. Von der politischen Linke wurde allerdings die Befürchtung geäußert, dass die Hamas „Palästina“ in einen islamistischen Staat, nach dem Vorbild des Taliban-Regimes, umwandeln möchte. Die Hamas Führung beschwichtigte<sup>108</sup>: „Der religiöse Status quo wird aufrechterhalten.“<sup>109</sup>

---

<sup>107</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 179, 184 f.

<sup>108</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 165 ff.

<sup>109</sup> Baumgarten (2006): Hamas, S. 170.

Den letzten Umfragen zufolge wurde der Fatah ein hauchdünner Sieg vorausgesagt. Überraschenderweise gewann schließlich, unter den Augen von 900 internationalen Wahlbeobachtern, die Hamas mit einem überwältigenden Vorsprung die Parlamentswahlen 2006. Die Islamische Widerstandsbewegung konnte mit ihrem Ergebnis 74 Sitze im Legislativrat erzielen. Die Fatah hingegen nur 45.

Der überragende Wahlerfolg der Hamas ist nur damit zu begründen, dass der vollkommen „reformunfähigen“ und „zerstrittenen“ Fatah sowie der Autonomiebehörde schlicht ein Denkmahl vom palästinensischen Volk verpasst wurde. Überdies hinaus spielten, wie schon bei den Kommunalwahlen, die sozialen Hilfestellungen eine bedeutende Rolle. Weiters etablierte sich die Islamische Widerstandsbewegung zu einer Basisorganisation, die scheinbar weitaus besser ihre Wählerschaft mobilisieren konnte, als der politische Kontrahent Fatah.

Eine „Regierung der nationalen Einheit“ wurde zu Beginn von Ismail Haniyeh, Listenführer der Hamas, angestrebt. Allerdings war sich die Opposition nicht einig, und die Mehrzahl sprach sich definitiv gegen eine Regierungsbeteiligung aus. Weiters stieg auch für „Unabhängige“ der Druck aus dem Westen. Somit kam es zu einer Alleinregierung der Hamas, welche von Mahmud Abbas, seit 2005 Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, am 29. März 2006 angelobt wurde. Allerdings wurden daraufhin von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika wirtschaftliche Sanktionen über den gesamten Gazastreifen verhängt, welche besonders die palästinensische Bevölkerung traf. Die Bedingungen für die Aufhebung implizierten, dass die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennt, Gewaltverzicht, und dass die bereits ausgehandelten Abkommen, zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und Israel, seitens der Hamas akzeptiert werden. Folglich verschlechterte sich die Situation zunehmend. Obwohl eine Lockerung des Embargos keine wesentliche Verbesserung bedeutet hätte, da zum einen die politische Handlungsweise der Muslimbrüder internationale Partner

abschrecken würde und zum anderen die Volkswirtschaft durch die ständig wachsende Islamisierung geschwächt wäre.

Noch kurz vor der israelischen Offensive, im Juni 2006, gelang es der Muslimbruderschaft ihre politischen Gegner aus dem Gazastreifen zu verdrängen. Die in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Kämpfe zwischen der Islamischen Widerstandsbewegung und der Fatah spalteten die Palästinenser in zwei Lager.<sup>110</sup> „Die Kämpfe wurden von standrechtlichen Erschießungen, Racheakten und Plünderungen begleitet, und beide Lager bezichtigten ihre Gegner, vom Ausland finanziert worden zu sein.“<sup>111</sup> Infolge entwickelte sich für die Palästinenser ein politisches Zentrum in Ramallah, unter der Führung der Fatah, sowie ein weiteres unter der Aufsicht von Hamas-Aktivisten im Gaza.<sup>112</sup>

### 7.3 Gaza Invasion 2006

Nachdem Hamas-Aktivisten am 25. Juni 2006 den israelischen Soldaten Gilad Shalit entführten und zwei weitere Soldaten töteten, leitete Israel aufgrund der anhaltenden Provokationen, die vorwiegend durch den Beschuss von Quassam-Raketen für die israelische Zivilbevölkerung zum Vorschein kamen, am 28. Juni 2006, ihr militärisches Vorgehen im Gazastreifen ein. Die israelischen Streitkräfte gingen vor allem gegen die Infrastruktur und die Tunnelanlagen zwischen Ägypten und Gaza vor, um zum einen die Waffenlieferungen zu unterbinden und zum anderen, dadurch, den Beschuss von Raketen auf den Süden Israels einzustellen. Ebenso wurde mit der „Operation Sommerregen“ auch die Freilassung des bis heute verschleppten Soldaten angestrebt. Mit der Entführung von Gilad Shalit erhoffte sich

---

<sup>110</sup> Vgl. Baumgarten (2006): Hamas, S. 177 ff., 182 ff.; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 184 f., 188 ff., 193;

Vgl. Wunder, Simon (2007): Israel – Libanon – Palästina, S. 175.

<sup>111</sup> Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 191.

<sup>112</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 192.

die Hamas einen Austausch von den in Israel inhaftierten politischen Gefangenen zu erwirken. Allerdings ging die israelische Regierung nicht auf die Bedingungen beziehungsweise Forderungen der Muslimbrüder ein, da unter die bereits genannten Ziele, auch die Ausschaltung der Islamischen Widerstandsbewegung fiel.

Obwohl die israelische Armee ihre militärischen Operationen in den folgenden Monaten ausweitete - blieben die Erfolge weitgehend aus. Israel war auch zukünftig den Raketenschüssen ausgesetzt sowie Shalit nicht befreit werden konnte. Zu Beginn der Invasion war der internationale Druck hinsichtlich der militärischen Vorgehensweise Israels im Gaza relativ gering, da die israelische Armee auch im Libanon aktiv tätig war. Das Interesse galt zunächst den kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der im Libanon ansässigen Hisbollah und Israel. Im November desselben Jahres konnte die israelische Regierung jedoch der weltweiten Kritik nicht mehr standhalten, und somit mussten die militärischen Handlungen eingestellt werden. Israel wurde ebenso wegen Kriegsverbrechen belangt, da die Zivilbevölkerung sowie die Infrastruktur nach internationalem Recht in zu geringem Maße geschützt wurden.

Weder der 33 Tage andauernde Krieg im Libanon, der mit der Tötung von acht israelischen Soldaten und zwei Entführungen am 12. Juli 2006 durch die Hisbollah seinen Ausgang nahm noch die Gazaoffensive brachten die erwünschten Ergebnisse für Israel. In der arabischen Welt wurden sogar die Hamas sowie die Hisbollah als die Gewinner der beiden Kämpfe angesehen.<sup>113</sup>

---

<sup>113</sup> Vgl. Wunder (2007): Israel – Libanon – Palästina, S. 5, 99 ff; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 188.

## 7.4 Gaza-Krieg 2008/2009

Aufgrund dessen, dass von Hamas-Aktivisten selbst nach der Gazaoffensive im Sommer 2006 Quassam-Raketen vom Gazastreifen auf Süd-Israel, abgefeuert wurden, entschied sich die israelische Regierung am 27. Dezember 2008 erneut in den Gaza militärisch vorzudringen. Mit dieser Operation wurde beabsichtigt, die politische wie militärische Struktur der Islamischen Widerstandsbewegung in ihren Grundfesten dauerhaft zu erschüttern. Demzufolge galten militärische Einrichtungen wie Kommandozentralen sowie die feindlichen Truppenverbände als die erklärten Ziele der israelischen Armee. Um die eigenen Verluste relativ gering zu halten, setzte das Militär vorwiegend auf den Einsatz der Luftwaffe.<sup>114</sup> Um die Kampfhandlungen so schnell als möglich zu beenden, plädierte die UN für einen sofortigen Waffenstillstand. Dieser beinhaltete die „Öffnung der Grenzübergänge“ sowie die „Unterbindung des Waffenschmuggels“ nach Gaza. Allerdings lehnten beide Konfliktparteien die UN-Resolution ab.<sup>115</sup> Zum selben Zeitpunkt wurde hinsichtlich einer Waffenruhe auch über eine „ägyptisch-französische Initiative“ diskutiert. In den Debatten ging es vorwiegend um die Grenzsicherung zwischen Ägypten und Gaza.<sup>116</sup> Allerdings gestalteten sich die Verhandlungen sehr schwierig, da die Hamas-Aktivisten in Syrien andere Bedingungen für einen Waffenstillstand stellte als die Führungsregie im Gaza. Aufgrund der anhaltenden Kämpfe und Bombardements kristallisierte sich jedoch heraus, dass die Regierungsspitze im Gaza dazu bereit wäre, einer Waffenruhe ohne jeglichen Konzessionen zuzustimmen. Jedoch stellten die Muslimbrüder in Damaskus zur Vorbedingung, dass Israel zum einen die Grenzübergänge öffnen muss sowie zum anderen die Beendigung der Kampfhandlungen, erst dann werden die Raketenschüsse auf israelisches Gebiet eingestellt. Im Gegensatz dazu, erhoffte sich die

---

<sup>114</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 196, 198.

<sup>115</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Trotz Einigkeit in der UNO gehen die Kämpfe weiter, in: Der Standard, 10./11. Jänner 2009 (6074), S. 4.

<sup>116</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Olmert: Israel nähert sich den Zielen, in: Der Standard, 12. Jänner 2009 (6075), S. 3.

israelische Regierung mit ihrem militärischen Vorgehen eine bessere Ausgangslage für eine dauerhafte Waffenruhe mit der Hamas zu erzielen.<sup>117</sup> Für Israel war es von enormer Wichtigkeit, dass es den Aktivisten der Hamas zukünftig nicht mehr möglich sein wird, Geschosse über die Grenze nach Gaza zu schmuggeln.<sup>118</sup> Nachdem sich die Islamische Widerstandsbewegung allerdings auf keine gemeinsame Position hinsichtlich der ägyptisch-französischen Initiative einigen konnte, blieb es vorerst lediglich bei einer Feuerpause um Hilfsgüter passieren zu lassen.<sup>119</sup>

Die israelische Offensive, „Gegossenes Blei“, endete letztlich am 18. beziehungsweise 19. Jänner 2009.<sup>120</sup> Die Konfliktparteien erklärten jeweils einen von einander unabhängigen Waffenstillstand. In den Kampfhandlungen verloren insgesamt über 1.400 Personen ihr Leben. Dazu zählten 926 Zivilisten. Weiters wurden über 5.300 Verwundete registriert.

Die militärische Vorgehensweise der israelischen Armee wurde auf internationaler Ebene auf massivste Art und Weise kritisiert, da die Zerstörung im Gazastreifen unfassbar war. Obendrein war auch von Kriegsverbrechen die Rede. Einen weiteren Kritikpunkt stellte die Tatsache dar, dass es Journalisten nicht gewährt wurde, in den Gazastreifen einzureisen, um über die Kriegsgeschehnisse direkt vor Ort berichten zu können.<sup>121</sup> Die prekäre Lage in der sich Israel nach dem Krieg befand, wurde auch noch von dem Vorfall überschattet, dass im

---

<sup>117</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Hamas gespalten über Waffenruhe, in: Der Standard, 13. Jänner 2009 (6076), S. 6.

<sup>118</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Olmert: Israel nähert sich den Zielen, in: Der Standard, 12. Jänner 2009 (6075), S. 3.

<sup>119</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Israelische Armee bereitet sich auf Häuserkampf vor, in: Der Standard, 14. Jänner 2009 (6077), S. 4.

<sup>120</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): UN-Generalsekretär ringt um Waffenruhe für Gazastreifen, in: Der Standard, 15. Jänner 2009 (6078), S. 5; Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 218.

<sup>121</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 196 f., 218.

Zuge der Gefechte das „Palästinenserhilfswerk der UNO (UNRWA)“ getroffen wurde.<sup>122</sup>

Das von Israel immer wieder vorgebrachte Argument, dass das Recht auf Selbstverteidigung im Gaza-Krieg 2008/2009 in Anspruch genommen wurde – prallte meines Erachtens in den westlichen Medien im Grunde genommen weitgehend ab, da immer wieder die militärische Überlegenheit der israelischen Armee hervorgehoben wurde und in welcher schwieriger Situation sich die Bewohner Gazas aufgrund der restriktiven Sicherheitspolitik Israels nun befänden. Dass es sich bei der Hamas um eine ausgewiesene Terrororganisation handelt, und dass sich die Bewohner Süd-Israels vor der militärischen Auseinandersetzung mit den nahezu täglichen Raketenschüssen auseinandersetzen mussten, ist meiner Ansicht nach, nur sehr unterschwellig vom Westen zur Kenntnis genommen worden.

Trotz der aussichtslosen Situation, die sich für die Palästinenser durch den Krieg zum Jahreswechsel ergab - politische wie wirtschaftliche Isolation, Arbeitslosigkeit, nicht passierbare Grenzübergänge - verlor die Islamische Widerstandsbewegung weder an Beliebtheit noch an Zustimmung innerhalb der Bevölkerung im Gaza.<sup>123</sup>

---

<sup>122</sup> Vgl. Segenreich, Ben (2009): Israel beschießt UN-Gebäude in Gaza, in: Der Standard, 16. Jänner 2009 (6079), S. 4.

<sup>123</sup> Vgl. Gresh (2009): Israel – Palästina, S. 198.

## 8 Schlussfolgerungen

Die heutige Lage des Nahostkonflikts ist zum einen auf die britische Politik am Beginn des 20. Jahrhunderts sowie auf den entscheidenden Schritt führender Zionisten, den Teilungsplan der Vereinten Nationen am 29. November 1947 anzunehmen, zurückzuführen. Die damals unbedachte Vorgehensweise der Palästinenser die UN-Resolution 181 nicht anzuerkennen hatte für das palästinensische Volk zur Folge, dass ein souveränes „Palästina“, welches die Westbank, Gaza sowie Ostjerusalem umschließen sollte, ausblieb. Im Wesentlichen entwickelte sich die Geschichte ab 1948 trotz mehrfacher Verteidigungskriege zugunsten des jüdischen Staates. Der Sechstagekrieg im Jahr 1967 war allerdings für beide Konfliktparteien zukunftsweisend. Die anfängliche Euphorie, welche die israelische Öffentlichkeit über die gewonnene Schlacht erfasste sowie die weitreichenden Gebietsgewinne wurden jedoch mit den Jahren zu einer immer größer werdenden Belastung. Die von der israelischen Regierung seit 1967 eingesetzte Besatzungspolitik, wurde letztlich in einem gravierenden Sicherheitsproblem für die israelische Zivilbevölkerung sowie für das israelische Staatsgebilde sichtbar. Die politische Entwicklung, die sich nach dem Sechstagekrieg in den palästinensischen Regionen abzeichnete, machte eine Herausbildung eines eigenständigen palästinensischen Staates nahezu unmöglich. Aufgrund der aussichtslosen Situation entlud sich der palästinensische Volkszorn erstmals 1987 in Form der sogenannten Intifada. Der von den Palästinensern ins Leben gerufene Volksaufstand brachte immerhin mit sich, dass die 1990er Jahre von einem zunächst vielversprechenden Friedensprozess geprägt waren. Die geführten Friedensverhandlungen gerieten jedoch relativ rasch in eine Sackgasse, da zum einen die Verhandlungsleitlinien ausschließlich von israelischer Seite vorgegeben wurden, und zum anderen ultrakonservative Politiker zunehmend an Macht gewannen. Des Weiteren versuchten Radikale beider Seiten den Friedensprozess zum Scheitern zu bringen. Die Al-Aksa Intifada im Jahr 2000 war schließlich nur ein neuerlicher

Ausdruck der scheinbar auswegslosen Situation, in welcher sich die palästinensische Bevölkerung befand. Nachdem ein eigenständiger palästinensischer Staat über die Jahrzehnte immer unwahrscheinlicher wurde und sich die Bevölkerung durch die israelische Besatzungspolitik zunehmend eingeschränkt fühlte, wurde der Weg für eine zunächst sozial orientierte Bewegung, die sich mit der Zeit in eine terroristische wandelte, geebnet. Der Hamas gelang es innerhalb von nur zwei Jahrzehnten die politische Bühne für ihre Ziele gekonnt einzunehmen. Schließlich war es der Islamischen Widerstandsbewegung mit Hilfe der palästinensischen Parlamentswahlen, im Januar 2006, auch möglich die Machtstrukturen im Gazastreifen zu übernehmen. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Bewegung auch zum direkten Kriegsgegner Israels. Allerdings musste die israelische Regierung in den Gazakriegen 2006 sowie zum Jahreswechsel 2008/2009 feststellen, dass sie an ihre militärischen Grenzen geraten sind. Trotz des militärischen Vorgehens war es Israel nicht möglich ihre gesetzten Ziele zu erreichen.

Meiner Ansicht nach bestand in den 1990er Jahren eine reale Chance die Zweistaatenlösung umzusetzen. Allerdings war die harte Linie Israels und die ständigen Regierungswechsel für einen Friedensprozess alles andere als förderlich. Weiters wurden durch terroristische Aktivitäten beider Seiten die Friedensverhandlungen torpediert. Eine Lösung die zugunsten aller ist, konnte auch deshalb nicht umgesetzt werden, da die Radikalen zunehmend an Einfluss gewannen.

Die Friedensgespräche von heute drehen sich thematisch hauptsächlich um die Gebiete nach der UN-Resolution 181 sowie um die umstrittene israelische Siedlungspolitik. Von israelischer Seite werden allerdings die Verhandlungen nur mit Mahmud Abbas beziehungsweise mit den jeweiligen Vertretern der Fatah geführt. Trotz laufender Gespräche gerät die israelische Regierung jedoch immer mehr unter internationalen Druck. Israel wird hauptsächlich für die Siedlungspolitik sowie für die erst kürzlich zurückliegenden militärischen Manöver im Gazastreifen kritisiert. Seit dem Gaza-Krieg 2008/2009 gilt dieser Landstrich als ein einziges „Freiluftgefängnis“ – die Grenzen zu Israel und Ägypten sind

geschlossen, des weiteren wird der Luft- beziehungsweise Seeweg von israelischen Militäreinheiten kontrolliert. Zur prekären Situation im Gazastreifen trägt allerdings auch die Politik der Muslimbrüder bei. Sowohl Hilfsgelder als auch Hilfspakete erreichen für gewöhnlich nur jene die eine Nähe zur Bewegung aufweisen. Die restriktiven Sicherheitsmaßnahmen, die Israel nach der kriegerischen Auseinandersetzung ergriff, werden von israelischen Politikern sehr oft mit dem Argument, das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen, untermauert. Allerdings wird dieser politischen Vorgehensweise international nicht sehr viel Verständnis entgegen gebracht. Die Befürchtung, die Israel lange Jahre hegte, irgendwann mit den Muslimbrüdern Friedensverhandlungen führen zu müssen ist meiner Meinung nach eingetroffen, da die gegenwärtige Situation nicht länger aufrechtzuerhalten ist.

Meines Erachtens ist eine Lösung des jahrzehntelangen Nahostkonflikts nach den heutigen Gegebenheiten nur noch möglich, wenn sich zum einen auf palästinensischer Seite die Hamas mit ihrem politischen Kontrahenten in Ramallah auf eine gemeinsame Verhandlungslinie einigen könnte, bei gleichzeitigem Gewaltverzicht. Das Problem besteht jedoch darin, dass die beiden gänzlich unterschiedliche Ziele und Forderungen verfolgen. Wenn es der Fatah gelingen sollte, wieder die notwendige Mehrheit im palästinensischen Legislativrat zu erlangen, wäre die Situation um ein Vielfaches leichter. Jedoch gilt dies momentan als nahezu unwahrscheinlich, da sie noch immer als zerstritten und reformunfähig gilt. Andererseits müssten sich auf israelischer Seite, konservative Politiker mit dem Gedanken auseinandersetzen, einen Dialog mit Vertretern der Hamas einzugehen, trotz ihrer radikalen Positionen, da nur mit Einbeziehung aller Parteien ein palästinensischer Staat sowie Frieden in der Region zur Realität werden kann. Wird dieser Prozess in den kommenden Jahren verabsäumt oder von einer nicht enden wollenden Gewaltspirale eingenommen, werden sich die Zukunftsperspektiven besonders für die Bevölkerung im Gaza noch weitaus verschlechtern. Folglich würden

terroristische Organisationen einen enormen Zulauf aus dem von Armut und Hoffnungslosigkeit überzogenen Gazastreifen verbuchen, welchen letztlich die israelische Zivilbevölkerung auf leidvolle Weise wahrnehmen würde. Ob eine Verhandlungsbasis zwischen der Hamas und Israel existiert, wird sich womöglich zeigen. Wobei ich sehr stark annehme, dass beide Parteien der Perspektive einer Zweistaatenlösung zustimmen werden, da Israel das damit vorhandene Sicherheitsproblem lösen könnte sowie ein Friedensvertrag, einen Ausweg aus der politischen und lokalen Isolation für die Gaza-Hamas bedeuten würde.

Trotz der teils auswegslosen Situation, die die jeweiligen Positionen mit sich bringen, ist die Zweistaatenlösung die einzige Perspektive, die Frieden für die Völker bringen kann - und daran muss einfach festgehalten werden.

## 9 Quellenverzeichnis

### 9.1 Literatur

Antar, Usama (2004): Voraussetzungen eines existenzfähigen Staates. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin.

Bauer, Kirsten (1993): Palästinenser und PLO. München: Wilhelm Heyne Verlag.

Baumgarten, Helga (2002): Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München: Ullstein Taschenbuchverlag.

Baumgarten, Helga (2006): Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen/ München: Heinrich Hugendubel Verlag.

Berry, Mike/ Philo, Greg (2007): Israel und Palästina. Kampf ums „gelobte“ Land – eine vergleichende Betrachtung, Berlin: Kai Homilus Verlag.

Croitoru, Joseph (2010): Hamas. Auf dem Weg zum palästinensischen Gottesstaat, (aktualisierte Ausgabe), München: Deutscher Taschenbuchverlag.

Gresh, Alain (2009): Israel – Palästina. Hintergründe eines Konflikts, Zürich: Unionsverlag.

Hilal, Jamil (1976): Class Transformation in the West Bank and Gaza, in: MERIP (Middle East Research and Information Project)-Reports No. 53, Washington, in: Bunzl, John (Hg.) (1981): Der Nahostkonflikt. Analysen und Dokumente, Wien: Wilhelm Braumüller Verlag Wien, Campus Verlag Frankfurt.

Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt. (2. Auflage), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kiefer, Michael (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf: Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation.

Langer, Felicia (2006): Die Entrechtung der Palästinenser. 40 Jahre israelische Besatzung, Göttingen: Lamuv Verlag GmbH.

Mejcher, Helmut (1999): Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten, (2. Auflage), München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Peterson, Paul (1979): PLO kontra Israel. Berneck: Schwengeler-Verlag.

Segev, Tom (2009): 1967. Israels zweite Geburt, München: Pantheon.

Schreiber, Friedrich (1990): Aufstand der Palästinenser. Die Intifada, Opladen: Leske und Budrich.

Steininger, Rolf (2003): Der Nahostkonflikt. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Wimmer, Hannes (2009): Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Wien/ Berlin: LIT Verlag.

Wolffsohn, Michael (2007): Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, (7. Auflage), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wolffsohn, Michael (2007): Wem gehört das Heilige Land? Die Wurzeln des Streits zwischen Juden und Arabern, (8. Auflage), München: Piper.

Wunder, Simon (2007): Israel – Libanon – Palästina. Der Zweite Libanonkrieg und der Israel-Palästina-Konflikt 2006, in: Krech, Hans (Hg.): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. (Band 20), Berlin: Verlag Dr. Köster.

## 9.2 Zeitungsartikel

Segenreich, Ben (2009): Trotz Einigkeit in der UNO gehen die Kämpfe weiter, in: Der Standard, 10./11. Jänner 2009 (6074).

Segenreich, Ben (2009): Olmert: Israel nähert sich den Zielen, in: Der Standard, 12. Jänner 2009 (6075).

Segenreich, Ben (2009): Hamas gespalten über Waffenruhe, in: Der Standard, 13. Jänner 2009 (6076).

Segenreich, Ben (2009): Israelische Armee bereitet sich auf Häuserkampf vor, in: Der Standard, 14. Jänner 2009 (6077).

Segenreich, Ben (2009): UN-Generalsekretär ringt um Waffenruhe für Gazastreifen, in: Der Standard, 15. Jänner 2009 (6078).

Segenreich, Ben (2009): Israel beschließt UN-Gebäude in Gaza, in: Der Standard, 16. Jänner 2009 (6079).

## 9.3 Internetquellen

Israel Ministry of Foreign Affairs: 1947 UN Partition Plan, 29. November 1947:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/1947+UN+Partition+Plan.htm>

Abfrage: 2. März 2011.

Israel Ministry of Foreign Affairs: 1949-1967 Armistice Lines, 24. February 1949:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/1949-1967+Armistice+Lines.htm>

Abfrage: 2. März 2011.

Israel Ministry of Foreign Affairs: June 10, 1967: Israel After the Six Day War, 10 June 1967:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/June+10-+1967-+Israel+After+the+Six+Day+War.htm>

Abfrage: 2. März 2011.

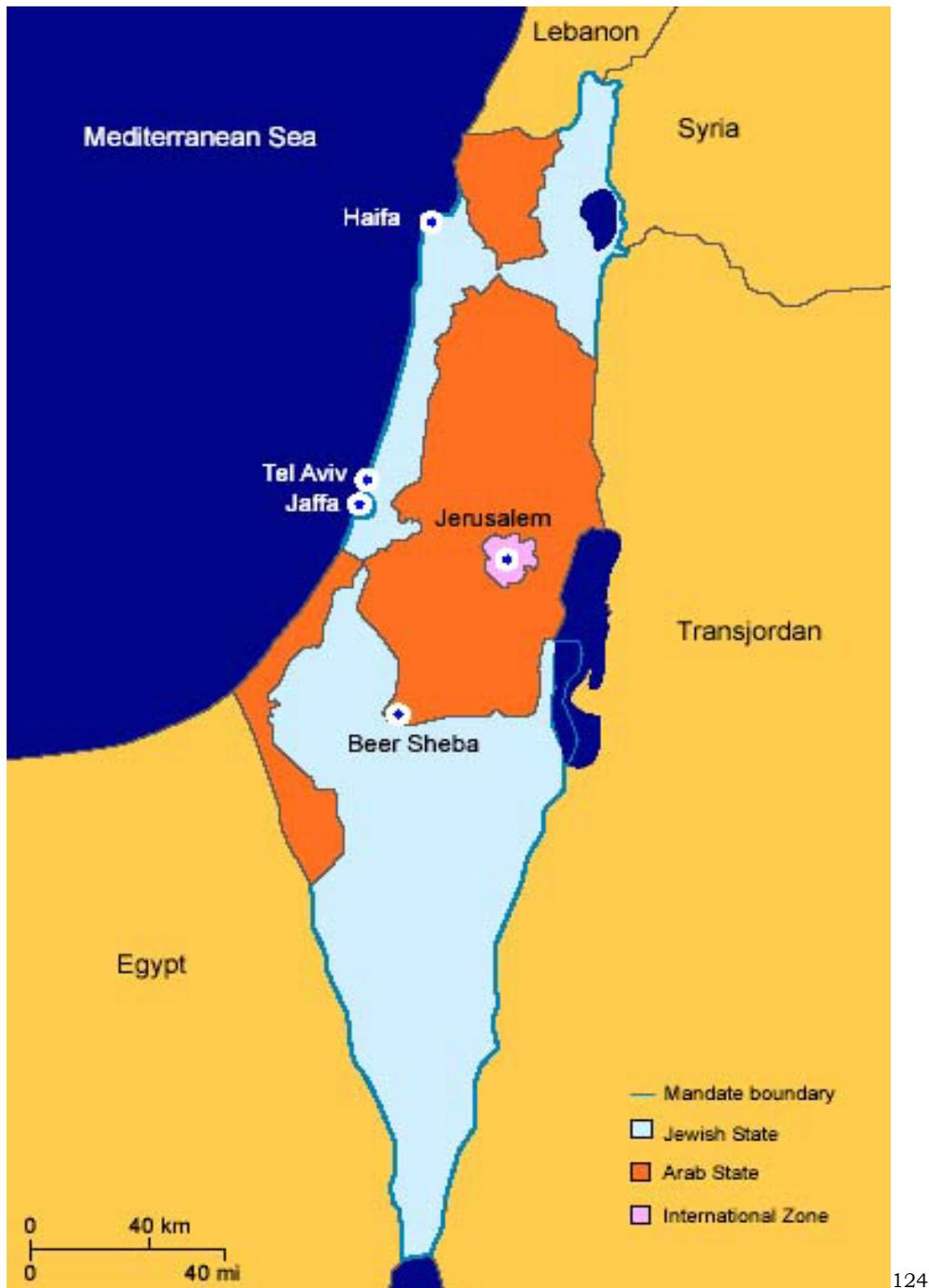
Israel Ministry of Foreign Affairs: Israel's Disengagement Plan: 2005:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/Israel+s+Disengagement+Plan-+2005.htm>

Abfrage: 2. März 2011.

## 10 Anhang - Landkarten

### 10.1 1947 – UN Teilungsplan



<sup>124</sup> Israel Ministry of Foreign Affairs: 1947 UN Partition Plan, 29. November 1947: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/1947+UN+Partition+Plan.htm>; Abfrage: 2. März 2011.

## 10.2 1949-1967 Waffenstillstandslinie



<sup>125</sup> Israel Ministry of Foreign Affairs: 1949-1967 Armistice Lines, 24. February 1949: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/1949-1967+Armistice+Lines.htm>; Abfrage: 2. März 2011.

## 10.3 1967 – Israel nach dem Sechstagekrieg

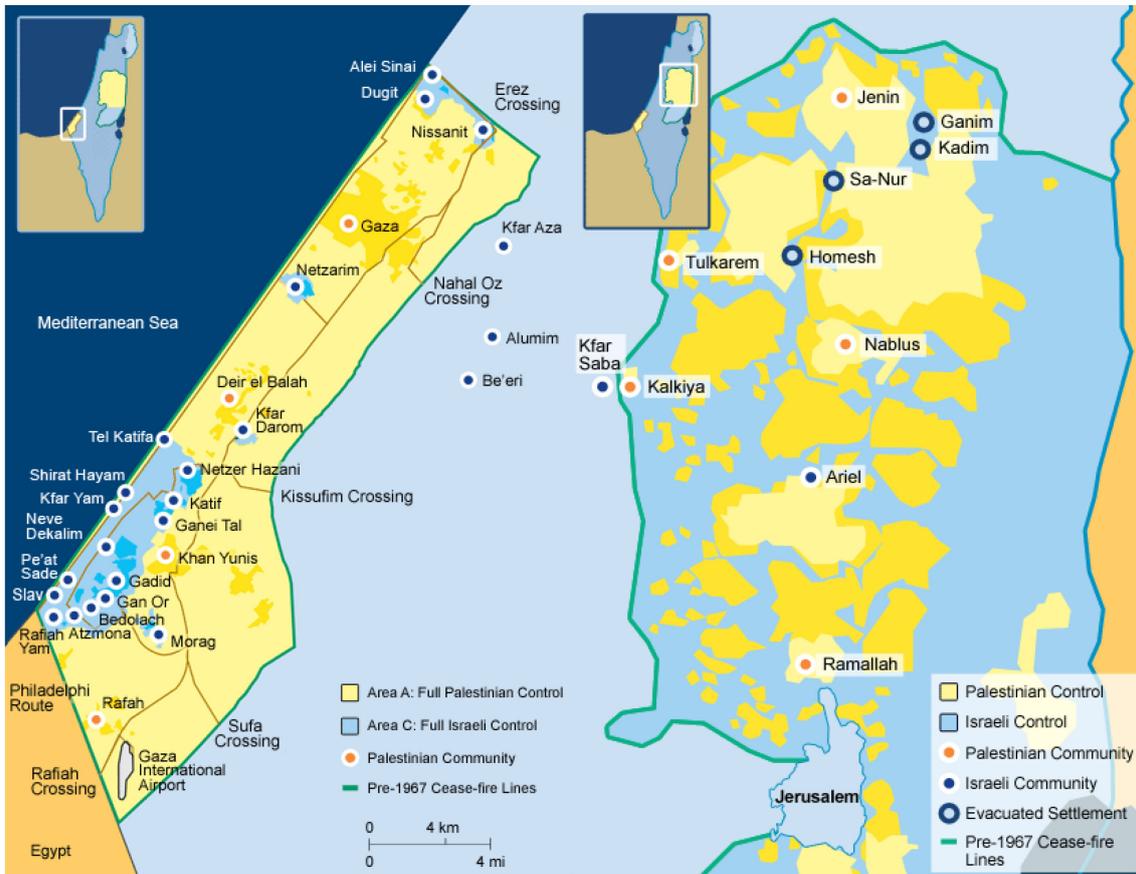


126

<sup>126</sup> Israel Ministry of Foreign Affairs: June 10, 1967: Israel After the Six Day War, 10. June 1967:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/June+10-+1967-+Israel+After+the+Six+Day+War.htm>; Abfrage: 2. März 2011.

## 10.4 2005 – Israelischer Abzugsplan



127

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte auffindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

127 Israel Ministry of Foreign Affairs: Israel's Disengagement Plan: 2005: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/Israel+in+Maps/Israels+Disengagement+Plan+-+2005.htm>; Abfrage: 2. März 2011.

## 11 Abstract

Der Nahostkonflikt gilt als einer der größten Krisenherde des 20. Jahrhunderts. Folglich setzte ich mir zum Ziel die wichtigsten Eckpfeiler der Geschichte Israels aufzuarbeiten, um eine mögliche Erklärung für die Teils aussichtlose Situation zu erhalten. Letztlich war es mir allerdings ein Anliegen herauszufinden, ob eine Zweistaatenlösung überhaupt noch im Bereich des Möglichen liegt. Im Kern umfasst meine Diplomarbeit neben einem historischen Überblick, das Schicksalsjahr 1967 sowie die weitreichenden Folgen, die sich für Israel und die Palästinenser durch den Sechstagekrieg ergaben. Abschließend beendete ich meine Arbeit mit der Machtergreifung der Islamischen Widerstandsbewegung im Gaza 2006, und den darauffolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel.

## 12 Lebenslauf

### Angaben zur Person:

Vor- und Zuname:	Barbara Irene Wohlfahrt
Alter:	27
Geburtsort:	Klagenfurt
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Familienstand:	ledig

### Aus- und Weiterbildung:

Seit dem Wintersemester 2004, <b>Studium der Politikwissenschaft</b> , an der Universität Wien
2004 Reifeprüfung - am Centrum humanberuflicher Schulen des Bundes, in 9500 Villach
1998-1999 Fachschule für wirtschaftliche Berufe, in 9500 Villach
1994-1998 Hauptschule, in 9220 Velden
1990-1994 Volksschule, in 9231 Köstenberg

### Auslandsaufenthalt:

Wo:	Kalifornien – San Francisco
Beruf:	Au-Pair
Zeitraum:	03.06-16.09.2006

### Berufserfahrung:

<b>Assistentin im Kabinett des Bundesministeriums für Inneres</b>	
Zeitraum:	11.08.2009 bis heute
Adresse:	Herrengasse 7, 1014 Wien
<b>Praktikum am Oiip – Österreichisches Institut für Internationale Politik</b>	
Zeitraum:	15.09.-15.10.2008
Adresse:	Operngasse 20 B, 1040 Wien
<b>Praktikum im Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung</b>	
Zeitraum:	01.07.-29.08.2008
Adresse:	Stiftgasse 2a, Mosertrakt Stiege 2, 1070 Wien